

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

169 · November 2004

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	963
Essay	
KURT PÄTZOLD Paris in den Zeiten der Erbfeindschaft	965
Gesellschaft – Analyse & Alternativen	
RAINER RILLING Über starke Ökonomie und starke Politik	975
KLAUS-RAINER RUPP Das TAMARA-Projekt	986
Das Weltsozialforum	
HILARY WAINWRIGHT Das Forum als Jazz	992
MICHAEL LÖWY Eine neue Internationale?	997
BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS Das Weltsozialforum: Für eine gegenhegemoniale Globalisierung	1004
ARTURO ESCOBAR Andere Welten sind (schon) möglich: Selbstorganisation, Komplexität und postkapitalistische Kulturen	1017
Vergessene Geschichte	
JENS LANGER Europa in Siebenbürgen. Eginald Schlattner, Dichter in Europa	1026
GÜNTER WIRTH »Der Todesgang des armenischen Volkes«	1034

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 1040

Bücher & Zeitschriften

Siegfried Unseld:
»Und jeder Schritt ist Unermeßlichkeit«.
Gedanken über Goethe
(ULRICH BUSCH) 1042

Alan Woods, Ted Grant:
Aufstand der Vernunft.
Marxistische Philosophie und moderne Wissenschaft
(MARKUS WÖHR) 1043

Intervention –
Zeitschrift für Ökonomie.
(FABIO DE MASI) 1044

United Nations Industrial Development Organization,
International Yearbook of Industrial Statistics 2003
(JÖRG ROESLER) 1046

Detlev Claussen:
Theodor W. Adorno. Ein letztes Genie
(JÜRGEN MEIER) 1047

Gazi Çağlar:
Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen.
Der Westen gegen den Rest der Welt.
Eine Replik auf Samuel P. Huntingtons
Kampf der Kulturen
(ERNESTO KIZA) 1049

Stefanie Wohmann
Realität – Kunst – Propaganda.
Willi Bredel und die Exilzeitschriften
»Internationale Literatur« und »Das Wort«,
(WOLFRAM ADOLPHI) 1051

Summaries 1054

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 1056

VorSatz

Wenn dieses Heft von »UTOPIE kreativ« in den Druck geht, ist das Europäische Sozialforum in London bereits wieder Vergangenheit. Vom 14. bis 17. Oktober haben sich dort zum dritten Mal nach Florenz 2002 und Paris 2003 zehntausende Menschen aus ganz Europa zusammengefunden, um über Fragen der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit, der Geschlechterverhältnisse, der ethnischen Gleichstellung, des Kampfes gegen jede Form von Diskriminierung, der Friedenssicherung und eines Prozesses zu diskutieren, den man als »Globalisierung von unten« bezeichnen kann. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums kommen aus verschiedensten sozialen Bewegungen, Verbänden, Initiativen; sie sind möglicherweise Mitglieder von Parteien, obwohl Parteien selbst nicht handelnde Subjekte dieses Forums sind; und möglicherweise sind sie auch ganz auf eigenes, mit keiner Organisation verbundenes Ticket angereist. Was sie alle eint, ist der Wunsch, einen offenen Raum vorzufinden, in dem sie ihre Ansichten und Erfahrungen mit den Ansichten und Erfahrungen anderer austauschen können; ist das Bedürfnis, ein reichhaltiges Programm von Seminaren und Podiumsdebatten zu politischen Themen mitzugestalten; und ist der Wunsch, an einer Abschlußmanifestation teilzunehmen, die ein Gefühl der Gemeinsamkeit der politischen Ziele über viele Ländergrenzen hinweg vermittelt, das man mitnehmen kann in die Aktivitäten zu Hause.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist beim Europäischen Sozialforum (ESF) wie auch beim Weltsocialforum (WSF) – das letztere traf sich 2001, 2002 und 2003 in Porto Alegre in Brasilien, 2004 in Mumbai in Indien und wird sich im Januar 2005 erneut in Porto Alegre treffen – mit Angeboten der politischen Bildung vertreten. Dabei geht es zum Beispiel um die Frage der »Neuerfindung der Linken«, ihres Kampfes um Hegemonie und um Projekte des Einstiegs in eine Transformation, die über den Kapitalismus hinausweist. Fortgesetzt wird eine Seminarreihe über den Umgang der Gesellschaft mit den Öffentlichen Gütern: über die Folgen der kommunalen, nationalen und internationalen Privatisierung dieser Güter und über Wege zur Bewahrung oder Wiedergewinnung öffentlicher Kontrolle und Teilhabe. Andere Angebotsschwerpunkte liegen in der Gender- und Queer-Thematik und in der Thematik der Friedenssicherung und Konfliktbeilegung.

Aber damit nicht genug. Zwischen dem WSF in Mumbai im Januar 2004 und dem ESF in London im Oktober hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung die deutschsprachige Fassung eines Buches produziert, in

dem so ausführlich wie noch nie zuvor die Entwicklung des WSF insgesamt dargestellt wird. »World Social Forum: Challenging Empires« heißt das bei der Viveka-Stiftung in New Delhi (Indien) erschienene, von Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen und Peter Waterman herausgegebene Original. »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum« heißt die deutsche Ausgabe. Mehr als 40 Autorinnen und Autoren aus vielen Ländern der Welt beschreiben und kommentieren den Weg, den das WSF bisher gegangen ist. Sie bleiben bei der Beschreibung nicht stehen, sondern üben Kritik, unterbreiten Vorschläge, schildern regionale und lokale Aktivitäten – und erörtern mit höchstem Anspruch historische und philosophische Aspekte dieses alternativen Globalisierungsprozesses. Darüber hinaus enthält der Band eine Reihe der wichtigsten Dokumente, die zum WSF gehören.

»UTOPIE kreativ« präsentiert im vorliegenden Heft vier Aufsätze aus diesem Band. Hilary Wainwright schildert in »Das Forum als Jazz« einige »innere« Entwicklungsprobleme des Forums. Michael Löwy stellt die Frage, ob das WSF sich zu einer neuen (fünften) Internationale entwickeln könnte. Boaventura de Sousa Santos entwickelt – an Ernst Bloch anknüpfend – seine Vorstellungen vom WSF als kritischer Utopie, als »Epistemologie des Südens« und als »politisches Aufkommen«. Arturo Escobar nutzt Kategorien der Komplexitätstheorie wie Selbstorganisation, Nichtlinearität und Nicht-Hierarchie zur Untersuchung der Entwicklung der globalen Bewegungen und des Cyberraums.

Spätestens hier wird klar: Beim WSF und ESF geht es um weit mehr als nur um die eine oder andere Form neuen sozialen Engagements. Es geht um ein so noch nie gehabt internationales Netzwerk sozialer Bewegungen. Es geht um – auch wenn der Begriff ein wenig aus der Mode gekommen ist – »neues Denken«. Es geht um die Kraft politischer Utopie. Es geht um nicht nur punktuelle, sondern komplexe Alternativen zur neoliberalen Globalisierung.

Es geht mithin um einen Prozeß, dem sich auch die demnächst 15 Jahre alt werdende Partei des Demokratischen Sozialismus nicht verschließen darf. Gerade erst – am 19. September – hat sie bei den Landtagswahlen in Brandenburg erfahren müssen, dass auch ein mit Rekordergebnis von 28 Prozent der Wählerstimmen gewonnener klarer zweiter Platz die mit jeweils 7 Prozentpunkten Verlust belasteten Parteien SPD (31,9 Prozent) und CDU (19,7 Prozent) nicht daran hindert hat, erneut eine Koalition zu bilden und alle im Wahlergebnis sich ausdrückende Hoffnung auf einen Politikwechsel in den Wind zu schlagen.

Wirkliche Veränderung braucht noch viel stärkeren Druck von außerhalb der Parlamente. Sich dieser Herausforderung mit »neuem Denken« und verändertem, auch wieder visionsgeleitetem Handeln zu stellen ist für die demokratischen Sozialisten ein Gebot der Stunde.

WOLFRAM ADOLPHI

KURT PÄTZOLD

Paris in den Zeiten der Erbfeindschaft

»Ich will den Hass gegen die Franzosen nicht bloß für diesen Krieg, ich will ihn für lange Zeit. Ich will ihn für immer ... Dieser Hass glühe als Religion des deutschen Volkes ...« schrieb Ernst Moritz Arndt 1813 und reimte *Das ist des Deutschen Vaterland, wo Zorn vertilgt den welschen Tand, wo jeder Franzmann heißet Feind ...* Das war eine, aber wohl die prominenteste und in keiner Sammlung deutscher Patrioten- und Kriegsliteratur fehlende Aufforderung, die aus den Jahren der napoleonischen Besetzung herrührende Feindschaft gegen Frankreich von Generation zu Generation weiter zu geben. Es war die Forderung nach Erbfeindschaftspflege, die nicht nur eine äußere Funktion besaß, sondern zugleich eine Barriere gegen das Eindringen französischer Einflüsse und Erfahrungen darstellte, denn deren wichtigste war die Revolution der Franzosen von 1789. Entsprechend die Hoffnung des Karl Marx, dass eines Tages das Schmettern des »gallischen Hahns« Europa wachkrähen und auch den deutschen Auferstehungstag verkünden werde.¹

Ein Jahr, nachdem Arndt seine Tirade wider die westlichen Nachbarn geschrieben hatte, standen preußische Truppen unter dem Kommando Leberecht von Blüchers gemeinsam mit russischen, die Michael Andreas Barclay de Tolly befehligte, vor Paris, insgesamt etwa 100 000 Bewaffnete. Man schrieb den 29. März 1814. Tags darauf, am 30. März, kam es zu kurzem Kampf mit den Truppen der Provisorischen Regierung, aber schon gegen Abend zu deren Kapitulation. Die Einnahme der Stadt war erleichtert durch den Abfall Marschall Marmonts.² Mit 36 000 Mann rückten Zar Alexander I. von Russland am 31. März und nach ihm Friedrich Wilhelm III., König von Preußen, mit den jeweiligen Gardien in die Stadt ein. Die Royalisten jubelten und die Mehrheit der Einwohner war der Kriege und ihrer Lasten müde und fragte sich, ob die Sieger nun Rache für Moskau nehmen würden. Am 10. April gab es vor den Majestäten auf dem Marsfeld einen Appell der Sieger. Napoleon I., vom Senat, der eine »Provisorische Regierung« gebildet und Talleyrand an deren Spitze gesetzt hatte, am 1. April bereits für abgesetzt erklärt, gab die Idee einer Rückeroberung von Paris auf. Er war auf der Verliererstraße und erklärte seinen Thronverzicht. Die Besatzungszeit endete für die Pariser erst am 1. Juni 1814, nachdem am vorausgegangenen Tage die Friedensverhandlungen abgeschlossen worden waren. Am 3. Juni begab sich auch der »Zar der Zaren«, Alexander I., aus Frankreich auf die Rückreise gen Osten. Jedoch: die Feiern des »herrlichsten von Helden errungenen Sieges über den Welttyran-

Kurt Pätzold – Jg. 1930, Prof. Dr., Historiker, Arbeiten über Faschismus, Antisemitismus und Judenverfolgung, u. a. Hitler- und Heß-Biographie sowie »Schlagwörter und Schlachtrufe« (2 Bände – alle zusammen mit Manfred Weißbecker

1 MEW, Bd. 6, S. 7-12.

2 Die Truppen Auguste-Frédéric-Louis Viesse de Marmonts waren in der Schlacht bei Fère-Champenoise, 70 km östlich von Paris, am 25. März geschlagen und der Verlauf des Kampfes war auch als Zeichen dafür gedeutet worden, dass die Marschälle und Generale die Sache Napoleons bereits verloren gegeben hatten. Marmont diente später den Bourbonen bis zu deren Sturz in der Julirevolution 1830.

nen«, so zeitgenössische Kennzeichnungen, waren um ein Geringes verfrüht inszeniert, Triumphlieder zu zeitig gedichtet und gesungen worden.

Rascher als wohl von irgendeinem Zeitgenossen gedacht, waren preußische Truppen wieder in Paris. Zuerst war Napoleon I. aus seinem ersten Verbannungsort, der ihm überlassenen Mittelmeerinsel Elba, zurückgekehrt und nach einem Siegeszug von nur zwanzig Tagen am 20. März 1815 wieder in der Hauptstadt eingetroffen. Doch wurde er mit seinen Truppen am 18. Juni 1815 in der Schlacht bei Waterloo besiegt. Die Niederlage war diesmal definitiv. 14 Tage darauf, Napoleon hatte seine zweite Abdankung bereits verkündet, standen die Preußen unter Blücher wieder vor der französischen Hauptstadt. Schon am 30. Juni – 8 Tage zuvor war Napoleons zweite Abdankung erfolgt – hatte Gneisenau an seine Frau geschrieben: »Wir sind in schnellem Fluge bis vor die Tore von Paris gekommen und sind, außer der Hauptstadt und den Festungen, die Herren von Frankreich.« Noch war nicht klar, ob die Stadt nur durch Gewalt in den Besitz der Verbündeten gebracht werden könnte, zumal sich in ihr Kräfte befanden, der Briefschreiber nannte sie den bewaffneten Pöbel und die »Jakobinerrotte«, die bereit waren, sich gegen diese »Befreiung«, welche die erneue Inthronisation der Bourbonen bedeutete, zu wehren. Jedoch wurde sie am 3. Juli nur kurzzeitig umkämpft, dann in einer mit Blücher und Wellington getroffenen Militärkonvention der Abzug der wiederum von Marschall Louis Nicolas Davout befehligten französischen Truppen vereinbart, die sich hinter die Loire zurückzogen. Am 6./7. rückte preußisches und englisches Militär in die Stadt, dem Napoleon-Nachfolger König Ludwig XVIII. den Weg frei machend. Darauf soll am 8. Juli eine Parade der Sieger stattgefunden haben, noch nicht vor der Kulisse des Arc de Triomphe de l’Etoile (heute: Place Charles de Gaulle), dessen Bau auf Napoleons Geheiß nach der Schlacht bei Austerlitz im Jahre 1806 begonnen worden war, der aber erst dreißig Jahre später fertig gestellt wurde. So weit diese Ereignisse vom Beginn des vorvorigen Jahrhunderts auch zurückliegen, an sie wurde kürzlich merkwürdig erinnert. In St. Petersburg eröffnete im dortigen militärhistorischen Museum eine Ausstellung, die aus Anlass des 190. Jahrestages der (ersten) Besetzung von Paris 1814 gezeigt wurde.

55 Jahre später standen deutsche Truppen wieder vor Paris. Danach verkürzten sich die Abstände zwischen den deutsch-französischen Waffengängen. Bis zum nächsten vergingen nur 43 Jahre, dann waren er gar nur knapp 21. Nun leben die Deutschen und die Franzosen schon nahezu sechs Jahrzehnte, ohne aufeinander zu schießen, eine Tatsache, die vor diesem geschichtlichen Hintergrund sich besser noch würdigen lässt. Ja, sie ließe sich uneingeschränkt feiern, hätten die beiden Nationen aufgrund der Entscheidungen ihrer Regierungen nicht kürzlich in Gemeinschaft mit anderen und unter fadenscheinigen Vorwänden Rest-Jugoslawien bekriegt und im Lande mit ihrer überlegenen Militärtechnik nachhaltige Verheerungen angerichtet.

1870 also, um unseren Faden noch einmal aufzunehmen, standen nach dem bei Sedan am 1. September errungenen Sieg und der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. am 19. September deutsche

Truppen in Stärke von nahezu 150 000 Infanteristen und Kavalleristen vor Paris. Sie schlossen es anfangs nur locker ein, ohne dass die Belagerten unter dem Festungsgouverneur (seit 17. August 1870) General Louis Jules Trochu, der zugleich Präsident der Regierung der Nationalen Verteidigung war, bei Ausfällen im September und Oktober erfolgreich gewesen wären. Die preußisch-deutsche Streitmacht wurde bis zum 21. Oktober und mit dem Ziel des Sturmes auf die Stadt noch einmal um nahezu 90 000 Mann vermehrt und vor allem mit Belagerungs-(Festungs-)Artillerie ausgerüstet. Bismarck, aus politisch-diplomatischen Erwägungen an der baldigen und vollständigen Niederwerfung Frankreichs interessiert und sich in die Planungen des Generalstabs einmischend, drängte auf den Einsatz der Artillerie und schlug generell eine entschiedenere und brutale Fortsetzung der Kriegshandlungen vor.

Mit dem preußischen Generalleutnant Georg Arnold Karl von Kameke wurde ein Spezialist für den Einsatz des so genannten Ingenieurkorps zum Befehlshaber der Belagerungstruppen ernannt. Ziel des Beschusses, der am 27. Dezember begann und wobei auch so genannte 42-Pfünder verwendet wurden, waren vor allem die Forts, aber auch Wohngebiete der Stadt, die Tote und Verwundete zu beklagen hatte. Regelmäßig erhielt das Hauptquartier Berichte über Ziele, Dauer und die Intensität des Artilleriefeuers.³ Die Eingeschlossenen, sich in aussichtsloser Lage befindend, versuchten mehrfach aber vergeblich Ausbrüche, hinter denen zudem wenig Entschlossenheit und Zielstrebigkeit stand. Der letzte wurde am 19. Januar 1871 unternommen. Neun Tage später, am 28. Januar, kam es zum Abschluss des Waffenstillstands, dessen Bedingungen Bismarck seit dem 23. Januar mit Jules Favre, dem Außenminister der Provisorischen Regierung, ausgehandelt hatte. Am folgenden Tage besetzten preußisch-deutsche Truppen die Befestigungsanlagen, betraten aber die Stadt zunächst nicht. Bis auf eine Division wurden die gegnerischen Linientruppen entwaffnet, nicht aber die Nationalgarde. Die Artillerie musste den Siegern ausgehändigt werden. Am 26. Februar war auch der Vorfriede ausgehandelt, der für Frankreich den Verlust von Elsass-Lothringen und eine Kriegskontribution bestimmte sowie in Artikel III die Besetzung von erheblichen Teilen des Landes festlegte.

Ohne militärische Notwendigkeit rückten dann doch am 1. März 30 000 Mann des Siegers unter dem General von Kameke in die Stadt und durch den Arc de Triomphe de L'Etoile. Doch wurden, wie Sieger und Besiegte in einem weiteren Übereinkommen bestimmt hatten, nur exakt eingegrenzte Teile der Stadt besetzt, deren westliche, vorwiegend von situierten Bürgern bewohnte, so dass die Truppen mit dem Pariser Proletariat und Kleinbürgertum und mit den bewaffneten Nationalgarden kaum in Berührung kamen. Festgelegt worden war zudem, dass deutschen Soldaten unter der Führung eines Offiziers gestattet sein sollte, im unbesetzten Gebiet die Galerien des Louvre und den Invalidendom zu besuchen. Als das tags darauf eine Gruppe unternahm, kam es in der Bevölkerung zu Unruhe und weitere Unternehmen dieser Art wurden unterlassen. Auch der König von Preußen, Wilhelm I., eben zum deutschen Kaiser ausgerufen, Moltke und Bismarck betraten die Stadt nicht. Seine Majes-

3 Doch ist es schlicht Unsinn, wenn Jörg Friedrich behauptet, Molke hätte die Stadt 1870 »mit Artillerie zerhämmernt«. Jörg Friedrich: *Der Brand*, Berlin 2002, S. 64.

tät hatte sich, aus Versailles kommend, lediglich bis zur Rennbahn von Longchamps im Bois de Boulogne begeben und dort bayerische und preußische Truppen inspiziert und an sich vorbeimarschieren lassen, deren Ziel das Stadtgebiet war. Dessen Besetzung sollte die in Bordeaux tagende, Anfang Februar rasch gewählte Nationalversammlung drängen, die am 26. Februar unterzeichneten Friedenspräliminarien zu akzeptieren. Das tat sie an jenem 1. März auch und so räumten die Truppen die Hauptstadt bereits am 3. März wieder. Sie behielten aber Forts im Osten und Norden der Stadt in ihrem Besitz und damit eine Linie, durch die sie später Regierungstruppen zur Niederschlagung der Pariser Kommune in die Stadt eindringen ließen. Weniger ins Bewusstsein der Öffentlichkeit geriet, dass Bismarck schon vordem angewiesen hatte, private Bankfachleute nach Paris zu entsenden, die als seine Berater und Helfer die technischen Details der französischen Reparationszahlungen regeln sollten.

Am 6. März räumte der preußische Generalstab Versailles, am 12. März verließen das berühmte Schloss auch die deutschen Truppen. Der deutsch-französische Krieg war beendet. Sein diplomatischer Schlussakt fand am 10. Mai 1871 in Frankfurt am Main mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages statt, der alle früheren Abmachungen zu Ungunsten Frankreichs bekräftigte. Am 16. Juni 1871 gab es einen pomphaft gestalteten Einzug der preußischen und weiterer deutscher Truppen in Berlin, deren Zug vom Tempelhofer Feld auf weitem Weg durch das Brandenburger Tor bis zum Schloss und in den Lustgarten führte. Es war ein hochaufwändiges und -kostspieliges Siegesfestspektakel ohne Beispiel, hinter dem die vergleichbaren Kundgebungen im Lustgarten am 21. September 1866 nach dem preußischen Sieg über Österreich verblassten, mit Glockengeläut, Jubelgesängen, Ehrenbogen, Ehrensäulen, Ehrenjungfrauen, Siegesmasten und der Präsentation eroberter Fahnen und Geschütze. Der letzte deutsche Soldat, die Besatzungstruppen hatten sich etappenweise aus dem Lande zurückgezogen, verließ Frankreich am 16. September 1873, nachdem die Kontributionszahlungen vor der Frist vollständig geleistet worden waren.

In den Schlachten des deutsch-französischen Krieges waren auf Seiten der Deutschen 1058 Offiziere und 47320 Unteroffiziere und Soldaten, Gemeine, wie sie damals genannt wurden, umgekommen. Auf die Kämpfe und die Toten wurden noch im Zweiten Weltkrieg in deutschen Schulen rührselige Lieder gelernt und gesungen wie das »Volkslied« *Fern bei Sedan* mit der üblichen Verklärung des Kriegssterbens. In deutschen Dörfern und Gemeinden erinnern bis heute eine Vielzahl von Denkmälern und Gedenktafeln an sie. Mit ihnen erhielt sich über die Wende ins 20. Jahrhundert die Vorstellung von leicht errungenen Siegen und die wurde in die Zukunft projiziert, wie sich im August 1914 zeigte, als die »ins Feld Rückenden« glaubten, sie wären Weihnachten oder schon, wie Kaiser Wilhelm II. versprach, wenn die Blätter fallen, wieder zu Hause.

Dann sollte es wieder nach Paris gehen. Doch der längst fertige und nun modifiziert befolgte Kriegsplan, entworfen von dem 1913 verstorbenen einstigen Generalstabschef Alfred Graf von Schlieffen und unter dessen Namen bekannt, ließ sich nicht verwirklichen. Er hatte vorgesehen, dass die deutsche Streitmacht von Norden her, die

Neutralität Belgiens missachtend, in das Feindesland einfallen, die französische Hauptstadt westlich weit umfassen, die Masse der gegnerischen Streitkräfte im Rücken attackieren, gegen Osten drängen und sie vernichten werde. Durch Belgien kamen die deutschen Eindringlinge, wenn auch langsamer als gedacht, noch voran und veranstalteten ihre Siegesparade in Brüssel. Das Kräfteverhältnis gestaltete sich nach Anfangerfolgen jedoch alsbald planwidrig anders und manifestierte sich im angeblichen »Wunder an der Marne«. Das Ziel der Begierde, das vermeintlich greifbar nahe Paris, aus dem die Regierung am 2. September 1914 bereits nach Bordeaux geflüchtet war, blieb unerreichbar. Dieses Scheitern anderthalb Monate nach Beginn des Krieges erwies sich in den folgenden vier Jahren als unkorrigierbar. Einzig ein deutscher Zeppelin kam am 21. März 1915 noch über das Stadtgebiet und lud seine verheerende Last ab, ohne dass ein militärisches Ziel auch nur hätte ins Visier genommen werden können. Das gleich geschah mittels Flugzeugen zwischen März und September 1918, wobei wegen der verbesserten Abwehr nur eine geringe Zahl der Angreifenden bis in das Stadttinnere vorzudringen vermochte. Anders hingegen der etwa zur gleichen Zeit erfolgende Beschuss des Stadtgebiets mit dem so genannten »Paris-Geschütz«, einer neu entwickelten Waffe der Artillerie, deren Reichweite 130 km betrug, jedoch eine Trefferstreuung besaß, die jedes exakte Zielen unmöglich machte, sodass ihr Einsatz von vornherein nur dem Zweck diene, Furcht, Schrecken und Chaos zu erzeugen, irgendwelche Zerstörungen zu bewirken und Menschen, gleichgültig wen, zu töten.

Auf Jahrzehnte hinaus besaßen Militärtheoretiker und -historiker, namentlich die schließlich unterlegenen und geschlagenen Akteure, und mit ihnen die Stammtischstrategen in Deutschland ihr Thema. Noch jüngst in einer Veröffentlichung des Jahres 1944 erörtert der Autor die Frage, ob 1914 Paris nicht doch hätte eingenommen, der Krieg nicht doch hätte gewonnen werden können. Und die Antwort, die er seinen Lesern gibt, lautet: Ja, vorausgesetzt, die kaiserliche Armee hätte einen wirklichen Feldherren besessen, inspiriert von Heldentum, der alles auf eine Karte gesetzt, das äußerste Abenteuer gewagt haben würde. So erscheinen der Rückzug der 1. und 2. Armee als das Ergebnis einer Fehlentscheidung und nicht als das einer Fehlrechnung, die bereits in sich abenteuerlich war, und als das Resultat eines militärischen Denkens und Planens, das keine Alternative kannte und vorsah. Knapp fünf Jahre später hatte das Deutsche Reich nahe Paris, im Schloss von Versailles, die Niederlage zu quittieren. Wohin sich in Deutschland das Denken vieler in den folgenden Jahren der Republik entwickelte, das charakterisierte Heinrich Mann in seiner Ende 1932 erschienenen Schrift »Bekenntnis zum Übernationalen«: Der Nationalhass gegen Frankreich wäre früher maßvoll gewesen, »verglichen mit dem, der jetzt in den künstlich verdunkelten Köpfen fest sitzt.«⁴

Am 3. September 1939 befanden sich Deutschland und Frankreich wieder im Kriegszustand, nachdem die Regierung in Paris gemeinsam mit der in London auf den Einfall der Wehrmacht in Polen mit einem Ultimatum und dann mit der Kriegserklärung geantwortet hatten. Diesem »Fall« hatten die Spitzen der deutschen Generalität

4 Heinrich Mann: Der Haß. Deutsche Zeitgeschichte. Mit einem Nachwort von Werner Herden, Berlin und Weimar 1983, S. 20.

mit Unbehagen entgegen gesehen. Und nach dem »Blitzkrieg« gegen Polen fürchteten viele und gerade entscheidende Militärs, dass eine Offensive an der Westfront zu keinem anderen Ergebnis führen werde wie jene dem modifizierten Schlieffen-Plan folgende von 1914. Die Erfahrungen, die sie im Ersten Weltkrieg, damals noch auf unteren Rangstufen des Offizierskorps gemacht hatten, Erlebnisse, die sich mit Namen und Begriffen wie Marne, Somme, Flandern, Verdun verbanden, saßen tief und hemmten die Angriffslust. Zwei der drei Generale, die im Frühjahr 1940 auf den Schlachtfeldern Westeuropas siegten, suchten über den Heereschef Walther von Brauchitsch Hitler zu bewegen, auf ein Abenteuer zu verzichten, das, so meinten sie, nach Geländegewinn, wieder nur in einem Stellungskrieg enden werde.

- Das war vergessen, als am 14. Juni 1940 in einer Sondermeldung des OKW bekannt gegeben werden konnte: »Soeben findet der Einmarsch der siegreichen deutschen Truppen (es waren die der 18. Armee unter dem Befehl des Generals der Artillerie Georg von Küchler, der es später bis zum Generalfeldmarschall brachte) in Paris statt.«⁵ Von Küchler nahm gemeinsam mit Fedor von Bock, dem Oberbefehlshaber der deutschen Heeresgruppe B, auch eine Parade ab, die in der Nähe des Arc de Triomphe – und, dies gewiss nicht zufällig, entlang der Avenue Foch – inszeniert wurde. Der Oberkommandierende der französischen Truppen, General Maxime Weygand, einer der »Helden Frankreichs« im Ersten Weltkrieg, hatte Paris zur offenen Stadt erklärt. Zuvor hatten sich, beginnend mit dem 3. Juni, deutsche Luftangriffe auf Industrieanlagen und Vororte der Metropole gerichtet, bei einem von ihnen war auch die Frau des deutschen Schriftstellers Bruno Frei umgekommen. Anna Seghers, die aus der Stadt geflohen war, im Chaos aber schließlich in sie zurückkehrte, schrieb von »einer schrecklichen Woche«. Im OKW-Bericht vom 15. Juni hieß es, die Stadt sei von deutschen Truppen »besetzt und durchschritten« worden. Triumph sprach aus dem Satz: »Über dem Schloss von Versailles, in dem 1871 deutsches Schicksal gestaltet und 1919 deutsche Schmach besiegelt wurde, weht die Reichskriegsflagge.«⁶ Und welche Erleichterung lässt sich aus einer weiteren Sondermeldung des gleichen Tages ablesen: »Stadt und Zitadelle der im Weltkrieg schwer umkämpften Festung Verdun (sind) von uns genommen.«⁷ Am 18. Juni erklärte Winston Churchill im Parlament, die Niederlage unumwunden bekannt gebend, was General Weygand die Schlacht um Frankreich genannt habe, sei vorüber, aber die um Großbritannien habe erst begonnen.

- Hitler verzichtete, anders als vordem im eroberten Warschau, wo er am 5. Oktober 1939 eine Siegesparade abgenommen hatte, auf eine ähnliche Veranstaltung in Paris, obwohl er, glaubt man den Erinnerungen Speers,⁸ den Gedanken erwogen und mit dem Oberst Hans Speidel, der ihn während seines am 23. Juni nur wenige Stunden dauernden Besuches in der eroberten Stadt begleitete, auch erwogen haben soll. Diese Blitzvisite gemeinsam mit den Architekten Albert Speer und Hermann Giesler sowie dem Bildhauer Arno Breker führte ihn zum Gebäude der Großen Oper, entlang der Champs Elysées zum Eiffelturm und Triumphbogen, sodann zum Invalidendom an die Grabstätte Napoleons I. und zum Pantheon und

5 OKW-Berichte I, S. 210.

6 Ebenda, S. 211.

7 Ebenda, S. 213.

8 Albert Speer: Erinnerungen, Berlin 1976 (14. Auflage), S. 186 ff.

abschließend auf den Montmartre zu Sacre Coeur. Auch seinen Leibfotografen hatte Hitler bei sich, der ihn hoch über der Stadt auf dem Montmartre und mit dem Hintergrund des Eiffelturms aufnahm. Letzteres Bild zierte den Einband des bald darauf in Massenaufgabe erscheinenden Bild-Text-Buches *Mit Hitler im Westen*, ein Fotodokument, das einen vermeintlich weltgeschichtlichen Moment festhalten sollte. Nur Tage nach seinem »Führer« reiste auch Goebbels in die besetzte französische Hauptstadt, dort auf Hitlers Spuren die Stadt besichtigend und nicht anders wie dieser sie mit dem Gedanken verlassend, was geschehen müsse, um die Reichshauptstadt anziehender noch als die Metropole Frankreichs zu machen. »Was« – stöhnte Goebbels gleichsam vor sich hin – »müssen wir noch aus Berlin machen!«⁹

Eine Parade großen Stils, mit der Militärs wohl rechneten, fand in Paris indessen nicht statt. Für diesen Fall war von deutschen Offizieren vage ein Attentat erwogen worden, das den auf der Tribüne postierten »Führer« töten sollte. Ungewiss ist, ob das Militärspektakel wegen befürchteter britischer Luftangriffe unterblieb oder weil nicht der verfrühte Eindruck des Kriegsendes hervorgerufen werden sollte. Goebbels hatte sich nach einer Nachricht vom »Führer« sogar schon einen Termin, den 28. Juni, dafür notiert; erfuhr später aber in einem Gespräch mit Göring, dass der von der Absicht wegen möglicher Luftangriffe nichts hielt,¹⁰ eine Gefahr die nahe lag angesichts der täglichen Angriffe der britischen Luftwaffe auf deutsche Städte, die zwar noch nicht die Wucht späterer Attacken besaßen, aber doch klarmachten, dass dieser Gegner nicht bereit war zu kapitulieren. Es könnte eine solche Demonstration deutschen Triumphes aber auch nicht in das Konzept gepasst haben, in Frankreich Kollaborationswillige mit Einfluss zu gewinnen, im besetzten wie im unbesetzten Teil des Landes Ruhe zu haben, um dessen Kräfte für die Weiterführung des Krieges ausnutzen zu können. Über den Wert von Rüstungswerken wie denen von Citroën, Renault, Schneider-Creuzot und weiteren mussten sich die Eroberer nicht erst vor Ort informieren.

Hitler ließ es bei der Zeremonie der Unterzeichnung des Waffenstillstands am 21./22. Juni 1940 an eben jener Stelle im Walde von Compiègne in der Picardie bewenden, an der am 11. November 1918 deutsche Delegierte die ihnen vom Oberkommandierenden der Alliierten, dem französischen Marschall Ferdinand Foch vorgelegte Urkunde der Kapitulation hatten unterzeichnen müssen. Dort war inzwischen eine Gedenkstätte errichtet worden, die an den französischen Sieg im Ersten Weltkrieg erinnerte. Der geschichtsträchtige Salonwagen wurde als Trophäe nach Berlin gebracht wie einst die Quadriga von Berlin nach Paris.

Die Nachricht, Paris befände sich in deutschem Besitz, so berichteten die Beobachter des Sicherheitsdienstes, »versetzte die Bevölkerung in allen Teilen des Reiches in eine bisher in diesem Maße noch nicht erlebte Begeisterung. Auf vielen Plätzen und Straßen kam es zu lauten Freudenkundgebungen und Begeisterungsszenen.«¹¹ Victor Klemperer aber notierte in sein Tagebuch, er und die Seinen durchlebten »qualvollste Zeit«.¹² Als Wochen später deutsche Truppen, die am Westfeldzug teilgenommen hatten, in das Reich und ihre

9 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Hrsgg. von Elke Fröhlich, Teil I: 1923-1941, Bd. 8: April – November 1940, S. 200 und 202, wo der Vorsatz »Umbau von Berlin« genannt wird.

10 Goebbels: Tagebücher, a. a. O., S. 182. Das Gespräch mit Göring fand beim Zusammentreffen in der Reichkanzlei nach der Rückkehr Hitlers aus seinem Hauptquartier im Schwarzwald statt. Goebbels notierte: »Von einer Führerparade will er (Göring, K. P.) nichts wissen, zu leicht englischen Luftangriffen ausgesetzt.« S. 209.

11 Meldungen aus dem Reich, Bd. 4, S. 1261.

12 Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941, Berlin 1995, S. 534.

heimatlichen Garnisonsstädte und Kasernen zurückkehrten, brach dort wiederum hysterischer Siegestaumel aus. Zentrum dieser Veranstaltungen war die Rückkehr Hitlers in die Reichshauptstadt am 6. Juli 1940. In einem vom Propagandaministerium inszenierten Triumphzug fuhr er vom Anhalter Bahnhof in die nahe Reichskanzlei in der Wilhelmstraße, wo sich auf dem gleichnamigen Platz eine jubelnde Menschenmenge drängte. Viele meinten, der Krieg wäre gewonnen und der »Endsieg« errungen, denn auch Großbritannien würde nun kapitulieren müssen. Der Abschlussbericht des OKW über den Feldzug strich die vergleichsweise geringfügigen deutschen Opfer hervor, wobei die Zahlen der Jahre von 1914 bis 1918 mit denen der Monate Mai und Juni 1940 verglichen wurden. 27 074 Tote und 18 346 Vermisste insgesamt also 45 422 Mann eigene Verluste wurden genannt, dazu mehr als 110 000 Verwundete.¹³ Nun, hieß es da noch einmal und als wäre der Krieg um dieses Zieles willen geführt worden, sei »die Schmach von Versailles getilgt«.¹⁴ Viel näher an der Wahrheit, nimmt man die Absichten der deutschen Führung, lag Propagandaminister Goebbels mit seiner schon am 16. Juni 1940 vorgenommenen Eintragung in sein Tagebuch: »Die Welt wird neu verteilt ...«¹⁵

Den überraschenden Sieg feierte auch das bald entstandene Lied des deutschen so genannten Afrika-Korps, es begann mit den Versen: *Über die Schelde die Maas und den Rhein / stießen die Panzer nach Frankreich hinein. / Husaren des Führers im schwarzen Gewand, / so haben sie Frankreich im Sturm überrannt!* Sofort war dem Geschehen auch das Etikett der »größte Feldzug aller Zeiten«¹⁶ aufgeklebt. Von Wilhelm Keitel, dem OKW-Chef, stammt die Charakteristik vom »größten Feldherrn aller Zeiten«. Goebbels notierte in sein Tagebuch, Hitler sei »das größte geschichtliche Genie, das wir je besessen haben«.¹⁷ Es erzeugte nicht nur im Kopfe Hitlers ein Denken, das sich nach der Eroberung von Jugoslawien und Griechenland in dem Satz äußerte: »Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich.« Die Militärelite an der Wehrmachtsspitze erwies sich als unfähig, zu verstehen, was geschehen war. Wie nach 1918 ihre Vorgänger gegenüber der Herausforderung versagt hatten, sich die Gründe ihres Scheiterns einzugestehen, so diesmal die Nachfolger gegenüber der erneuten, sich die Ursachen ihres Sieges klar zu machen. Letzteres mündete im extremsten Größenwahn mit seinen mörderischen und selbstmörderischen Folgen. Die deutschen Besatzungssoldaten in Paris wie in Frankreich überhaupt mochten sich darüber während der längsten Zeit ihres Dortseins wenig Gedanken machen. Sie waren, namentlich seit massenhaft auf dem Eroberungszug gen Osten gestorben wurde, froh, sich weit vom Schuss zu befinden und mancherlei Privilegien zu genießen. Eine davon hat Bertolt Brecht in seinem berühmten Gedicht vom »Soldatenweib« festgehalten, in dem es in einer Strophe heißt: »Und was bekam des Soldatenweib / Aus der Lichterstadt Paris / Aus Paris bekam sie das seidene Kleid / Zu der Nachbarin Neid das seidene Kleid.«

Fünfundzwanzig Monate waren seit der Besetzung der französischen Hauptstadt vergangen, da klangen die OKW-Berichte anders. Am 25. August 1944 wurden Kämpfe am westlichen Stadtrand von Paris gemeldet, am 26. Straßenkämpfe im Südteil der Stadt, am 28. lautete

13 OKW-Berichte I, S. 244.

14 Ebenda, S. 241

15 Goebbels: Tagebücher, a. a. O., S. 175.

16 OKW-Berichte, a. a. O., S. 241.

17 Goebbels: Tagebücher, a. a. O., S. 106.

die Nachricht, es verteidigen sich noch »zahlreiche deutsche Stützpunkte« in der Stadt. Dass Paris den deutschen Besatzern verloren gegangen war, konnten sich die Hörer und Leser hinzudenken. Dann tauchte der Name der Stadt nur noch in den OKW-Berichten der drei folgenden Tage auf, er bezeichnete nun die Gegend der Rückzugskämpfe.

Was hatte sich tatsächlich ereignet? Mit ihren Offensiven vom 25. und 31. Juli – mit den deutschen Niederlagen in den Kämpfen gegen US-amerikanische Truppen westlich von Saint-Lo und bei Avranches – hatten die Westalliierten die Linien durchbrochen, die von Wehrmachtseinheiten bis dahin gehalten werden konnten und die Geländeten in ihrem Brückenkopf festhalten sollten. Diese Wendung hatte sich abgezeichnet. Es begannen Rückzug und Flucht der deutschen Divisionen und Dienststellen aus Frankreich. In dessen Hauptstadt hatten am 10. August Streiks begonnen, die sich rasch ausweiteten. Am 19. August erhob sich ein Aufstand, an dem verschiedene Widerstandskräfte, unter ihnen auch deutsche Antifaschisten¹⁸ beteiligt waren und der ganze Bezirke der Stadt für die deutschen Besatzer unbretbar und diese zunehmend zu Gefangenen der Situation machten. Hitlers am 23. August erteilter Befehl,¹⁹ die Stadt und den Brückenkopf über die Seine unter allen Umständen und unter Einsatz brutaler Mittel zu behaupten, war durch die Entwicklung bereits überholt. Am Abend des 24. erreichte die im Verband der von George S. Patton geführten 3. US-amerikanischen Armee kämpfende, dem XV. Korps unter General Wade H. Haislip zugewiesene 2. französische Panzerdivision unter Generalmajor Jacques Leclerc (eigentl. Philippe Francois Marie de Hautecloque), die sich seit dem 1. August auf heimatlichem Boden befand, Paris. Tags darauf war die Stadt befreit. Die Reste der deutschen Besatzung unter General Dietrich von Choltitz, dem der Ruhm des Eroberers von Sewastopol nachging und der – als verlässlich geltend – am 7. August nach dem Attentat in der Wolfsschanze und der Aufdeckung der Verschwörer in Paris, zum Wehrmachtsbefehlshaber von Groß-Paris und vier Tage später zudem zum Festungskommandanten der Stadt ernannt worden war, kapitulierten, ohne das befohlene Zerstörungswerk verrichtet zu haben, das unter anderem die mehr als 60 Brücken über die Seine treffen sollte. Über diese Episode hat er schon 1950 in einem Buch ... *brennt Paris* (Mannheim 1950) berichtet, bevor er, schon im Titel ganz dem berechnend-gleichmacherischen Zeitgeist der ersten Nachkriegsjahre verhaftet, seine Erinnerungen *Soldat unter Soldaten* vorlegte.

Charles de Gaulle wurde in Paris am 26. August begeistert begrüßt und sein Einzug bedeutete die Demonstration eines Führungsanspruchs in Nachkriegsfrankreich. Drei Tage später, so den Anteil der US-amerikanischen Truppen an der Befreiung von Paris klarmachend, fand im Stadtzentrum eine Parade der Truppen der 28. Infanterie-Division statt, die von Dwight D. Eisenhower in Anwesenheit der Generale Omar N. Bradley, Leonard T. Gerow, Charles de Gaulle und Leclerc abgenommen wurde. Der geladene britische Feldmarschall Bernhard Law Montgomery ließ mitteilen, er sei zu beschäftigt. Paris feierte die Befreiung nach einer Besatzungszeit, die mehr als vier Jahre gedauert hatte.

18 Deutsche bei Befreiung von Paris. Peter Gingold erinnert sich, in: *antifa*, August/September 2004, S. 22.

19 Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 5, Berlin 1986, S. 667 (dort im Faksimile).

20 Olaf Groehler: Der Luftkrieg, Berlin 1975, S. 450.

Es gehörte zu den Akten blinder Rache, dass am 26./27. August 111 deutsche Bomber des IX. Fliegerkorps die Stadt heimsuchten, wobei 213 Menschen zu Tode kamen. Am 8. September wurden dann auch noch A4-Waffen, die so genannte V1 auf Paris gerichtet und von 21 Raketen erreichten 19 auch ihr Ziel.²⁰ Die deutschen Truppen wurden auf die Reichsgrenze zurückgeworfen. Französische Einheiten waren an den Kämpfen zur Zerschlagung der Wehrmacht beteiligt. Frankreich erhielt eine eigene Besatzungszone in Südwestdeutschland, wo in Freiburg seine Soldaten am 28. Oktober 1945 vor General de Gaulle paradierten, und es bekam einen Besatzungssektor in Berlin.

RAINER RILLING

Über starke Ökonomie und starke Politik

Der Neoliberalismus ist die hegemoniale Struktur der Zeit. Er steckt allerdings mittlerweile in einer doppelten Kalamität: Sein ökonomischer record ist für seine Hauptprotagonisten keineswegs überzeugend und legitimationsstark. Die Macht und Kraft seiner noch jüngst so festen ideologischen Rechtfertigungen schwindet daher nicht nur in Lateinamerika, Europa oder auch, auf andere Weise, in Russland. Er hat also ein neues Hegemonieproblem. Zugleich ist der Kampf zwischen seinen Repräsentanten im kapitalistischen Zentrum um den Weg, den er in Zukunft nehmen soll, voll entbrannt: Hier ist der zentrale gegenwärtige Konflikt, ob das Projekt eines *neuimperialen Neoliberalismus* – also eines in sich widersprüchlichen *neoliberalen Empire* und einer nach innen autoritär und nach außen vorwiegend militärisch durchgeführten, konkurrenz- und finanzmarktgetriebenen Globalisierung – innerhalb des globalen neoliberalen Feldes dominant werden kann. Damit ändert sich auch das Reden über die Ordnung der Welt: während in den 90ern die *Globalisierung* das »neutrale« Leitthema in der Politik bzw. den Sozialwissenschaften war und über freundliche *Dritte Wege* oder machtsanfte *Good Governance* räsoniert wurde, sind im Folgejahrzehnt *Empire* und *Imperialismus* wieder legitime oder befragungswürdige Begriffe geworden.

Starke Ökonomie: Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist weder einfach von großen Theoretikern wie Hayek noch von den Ideologen der neoklassischen Chicagoer Schule erfunden, von großen PolitikerInnen wie Thatcher und Reagan durchgesetzt oder durch einen *Washington Konsensus* der kapitalistischen Welteliten besiegelt worden. Es waren nicht Theorien und ökonomische Konzepte, die den Neoliberalismus zur globalen Machtwirklichkeit werden ließen. Ideen blamieren sich bekanntlich, wenn sie ohne die Zuneigung der Wirklichkeit auskommen müssen. Seine Chance auf die *Wirklichkeit* waren die Krise des fordistischen Sozialstaatskapitalismus, der Hegemonieverlust der USA in den 60ern und frühen 70ern und die geduldig machteffiziente Diskurspolitik der neoliberalen Think-Tanks und Netzwerke. Seine Chance zur *Verallgemeinerung* im globalen Rahmen war die Zäsur Mitte der 70er in zahlreichen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, als im Unterschied zu früher der Aufschwung der zyklischen Krise keinen wesentlichen Abbau der Arbeitslosigkeit brachte, die Armut zunahm und eine Situation struktureller Überakkumulation entstand, in welche der Lösungsvorschlag der neoliberalen Konstellation hinein-

Rainer Rilling – Jg. 1945; Prof. Dr., Bereich Politik-analyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hochschul-lehrer für Soziologie an der Universität Marburg. Aktueller Arbeitsschwerpunkt: Internationale Beziehungen, USA, Eigentumstheorie. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Verirrt im Amerika-Diskurs?«, Heft 137 (2002). Homepage: www.rainer-rilling.de

Beitrag zum Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Reform oder Revolution? Gesellschaftliche Konflikte, Konzepte, Akteure, Strategien des Kampfes gegen den Neoliberalismus«, Rio de Janeiro, Juni/Juli 2004 (gekürzt).

stieß. Seine Chance auf *Hegemonie* endlich kam aus seiner Fähigkeit und Bereitschaft zur Verkoppelung und Bündelung ungewöhnlich unterschiedlicher politisch-sozialer, ideologischer und kultureller Akteure, Strömungen und Kulturen. Die wirkliche materiale Matrix der politischen Ökonomie des tatsächlich existierenden Neoliberalismus und sein starker politischer Muskel aber ist der Süden der USA gewesen. Der Pfad, dem sie folgten, war der Bedingungs- und Machtraum des Militarismus des Kalten Krieges. Insofern ist der Neoliberalismus ein US-amerikanisches Projekt.¹

1 Jan Nederveen Pieterse: *Globalization or Empire?* New York/London 2004, S. 2 ff.

Neoliberalismus im mächtigsten Land der Welt bedeutete in den 70ern und 80ern die Durchsetzung des gewerkschaftsfeindlichen, arbeitsintensiven, reaktionären, rassistischen und bürgerrechtsfeindlichen Niedriglohn- und Niedrigsteuermodells der Extraktions- und Ausbeutungsökonomie des amerikanischen Südens, das bereits vor Reagan existierte, von ihm aber in den USA auf nationaler Ebene endgültig durchgesetzt wurde und das im übrigen auch die Bush-Dynastie prägte. Diese Zielkulturen machen den wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischen Kern des Neoliberalismus aus. Es waren der *Dixie Capitalism* des Südens der USA, das *Wallstreet-Dollar-Regime* seines Nordens, die staatsverwobene Militärökonomie und Kriegerkultur des *Cold War* und die Ideologen aus der *Mont-Pelerin-Society* oder der Chicago School und ihrer Vorläufer mit ihrer marktenthusiastischen Leitkultur, die den global werdenden Neoliberalismus der 80er und 90er als ein neues politisches Projekt der (*Re-*) *Kommodifizierung und Vermarktlichung aller Lebensbereiche* und damit der Beseitigung der verschiedenen fordistischen Regimes sozialer Sicherheit und solidarischer Integration konfigurierten, dessen Instrumentarien der Privatisierung und Deregulierung seit den 70er Jahren sich auf eine global ansetzende Neuverteilung der Ungleichheit und Macht fokussierten. Die globalräumliche Ungleichheit und ökonomische Hierarchisierung als eigentliche Funktionsvoraussetzung dieser dabei planetar gewordenen kapitalistischen Akkumulation, die zugleich der Boden der Globalisierungskritik ist, reproduziert sich deutlich, nachhaltig und dominant. »Absolute« ökonomische Schranken eines solchen Musters diesseits der Erschöpfung seiner Naturbasis existieren nicht. Die Globalisierung erfolgte im Wesentlichen konkurrenz- und finanzmarktgetrieben und hegemonialpolitisch, also ohne den breitflächigen Einsatz militärischer Mittel zur gezielten Herstellung, Reproduktion und damit Sicherung der Märkte. Dieser Neoliberalismus ist ein Gesellschafts- und Herrschaftsmodell der *starken Ökonomie*.

Starke Politik: neoliberales Empire

Während somit beginnend in den 70er Jahren und dann dominierend in den 80er Jahren der Neoliberalismus sich als Logik und Form der *Herrschaft* und *Gesellschaftsregulierung* etablierte, welche die Ökonomie auf neue Weise stark machte, rückte nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Welt dann in den 90er Jahren sukzessiv zunächst die Frage nach der ökonomischen Transformation (»Globalisierung«) und danach die Frage nach der Neugestaltung des internationalen Systems in den Vordergrund. Denn eine globalisierte kapitalistische Ordnung wirft, ob man will oder nicht, die

Frage nach Herrschaft auf. Globalisierung meint ja nicht Austausch von Materialien, Waren oder Arbeit(kraft) oder Interaktion und Akteursvernetzung, sondern Globalisierung der Waren-, Geld- und Kapitalmärkte, des Kapitalverhältnisses und seiner Konkurrenz also, das diese Tauschprozesse und Interaktionen zu vermitteln vermag und hierzu eine global wirksame rechtliche und politische Form benötigt. Und hier gibt es nun offenbar eine Neugewichtung des Verhältnisses von neoliberaler Globalisierung und militärischem Globalismus bei dem Versuch, das Projekt eines neoliberalen Empire zu realisieren. Die imperialistische *Tradition* des Projekts hat eine Jahrhundertgeschichte – so gesehen ist es bislang nicht mehr als eine Episode. Sein neoliberales *Milieu* entstand in den letzten vier Jahrzehnten. Seine mächtigsten *Akteure* fanden sich im letzten Vierteljahrhundert. Seine Ambition, Praxis und das Profil seiner *grand strategy* konturierten sich in den 90er Jahren. Sein Katalysator und machtpolitischer Durchbruch endlich war 9/11. Der lange Irak-Krieg ist seine erste Probe. Schlägt sie fehl, womöglich dramatisch, ist dieses Projekt noch lange nicht aus der Wirklichkeit. Denn so etwas fällt nicht einfach vom Himmel und es geht schließlich um die Zukunft des Neoliberalismus und seines amerikanischen Zentrums.²

Das neuimperiale Projekt

Tatsächlich existiert gegenwärtig keine explizite und durchsetzungsfähige sowie relativ kohärente *grand strategy einer starken Politik der Ordnung der Welt* außer der US-amerikanischen. Ihr Gedanke ist: Sicherung des globalisierten Kapitalismus durch *ein dauerhaftes American Empire, das nicht herausgefordert werden kann*. Ihr Ausgangspunkt ist eine Feststellung: Es gibt eine qualitativ neue globale Disparität der Macht, die Tony Judt in der *New York Review of Books* als eine neue globale Ungleichheit beschrieb: »Unsere Welt ist in vielfacher Weise geteilt: Zwischen arm und reich, Nord und Süd, westlich/nichtwestlich. *Aber mehr und mehr ist die Spaltung, die zählt jene, welche Amerika von allem anderen trennt.*«³ Der zweite Gedanke ist, dass erstmals seit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung das Ungleichgewicht der Mächte *auf Dauer* gestellt werden kann. Die strategische Idee operiert also im großen historischen Bezug: Sie konstatiert den *Ausgangspunkt* einer neuartigen qualitativen Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt (»American Empire«), formuliert ein außerordentliches *Ziel*, diese global auf Dauer zu stellen (»pax americana«) und hebt auch mit neuem Gewicht die *Methodik* einer aktivistischen Politik hierzu hervor (»military superiority beyond challenge«, »war against terror«, »prevention«), die sie mit dem Verweis auf die neue Privatisierung des Krieges durch Terrorismus legitimiert. Der Gedanke der globalen Souveränität meint, dass die USA international unilateral Regeln (z. B. über Allianzen und Blockbildungen) setzen, universell gültige Zielsetzungen formulieren (»expand liberty«), den Krisenfall (»Notstand«) bestimmen sowie die Unterscheidung zwischen Freund und Feind wie die damit verknüpfte Entscheidung über den Einsatz von Gewalt treffen und sich damit das exklusive Recht auf präventive militärische Intervention überall auf der Welt vorbehalten können. Ein solches neuimperiales

2 Zur Frage des American Empire ausführlich Rainer Rilling: *Outbreak. Let's Take Over. American Empire als Wille und Vorstellung*, Berlin 2004, <http://www.rainer-rilling.de/texte/american%20empire.pdf> (work in progress); Ders.: »American Empire« as will and idea. The new major strategy of the Bush administration, RLS Policy Paper 2/2003.

3 Tony Judt: *Review Its Own Worst Enemy*, in: *The New York Review of Books* v. 15. 8. 2002. Hervorhebung R. R.

Muster verbindet auf sehr *widersprüchliche* Weise traditionell neoliberale und imperiale Praxen miteinander – also den starken nationalen Sicherheitsstaat mit einem »small government«, den Shareholderkapitalismus mit einem staatsalimentierten Militär-Industrie-Komplex, die Unendlichkeit der globalen Finanzmärkte mit der Begrenztheit territorial ansetzender Geopolitik der Militär-, Rüstungs- und Extraktionsindustrie (Ö!), den Multilateralismus mit dem Unilateralismus, die Disziplin des freien Marktes mit der Disziplin des Militärischen und der neuen *landscapes of fear*, den politischen Kriegern, die für eine starke Politik kämpfen mit den Marktradikalen, die auf Schwächung des Marktstaates und der Politik aus sind, den Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Besitzbürger mit dem Besatzer.

Gespielt wird darum, ob ein neoliberales Empire der Anfang vom Ende von drei Jahrzehnten Neoliberalismus oder ein Neuaufschwung des neoliberalen Kapitalismus ist, ob es eine relativ stabile Form oder eine Passage zu etwas anderem wird, ob wir es zu tun haben mit einem *Empire in Decline* oder ob wir in ein *Rising Empire* hineinsteuern. Warum sollten potenzielle oder wirklich große Mächte eine solche Entwicklung und ihre dauerhafte Ausschaltung aus dem Spiel um die Welthegeemonie akzeptieren? Sie erhalten dafür eine Dienstleistung: eine globale Sicherung der kapitalistischen Weltordnung, die sie selbst oder kooperativ nicht leisten können. Wahrhaft ein *Big Deal*. Wer ist der unmittelbare Träger dieser Politik?

Seine Subjekte

Unmittelbar präsentiert wird diese *neuimperiale grand strategy* von einer über drei Jahrzehnte hinweg sich verdichtenden Allianz aus Think-Tanks, Stiftungen, Medien, Konzernen, Staatsapparaten und politischen Organisationen. Ihre Avantgarde: eine Gruppe neokonservativer konzeptiver Ideologen aus US-Think-Tanks und strategischen Planungseinrichtungen. Zusammen mit radikalreaganitisch geprägten Militärs und der evangelikal-fundamentalistisch christlichen Rechten bildeten sie den dynamischen politischen Kern der konzeptionell, strategisch und politisch dominanten *nationalistisch-neuimperialen Gruppe* in der zweiten Bush-Administration. Diese *heterogene Konfiguration der neuimperialen politischen Rechten* in den USA war eine auf den ersten Blick geradezu beispiellose politische Innovation, in der sich zusammenband, was bislang in gar keiner Weise zusammenzugehen schien. Eine solche Bildung eines gemeinsamen Machtkörpers aus neokonservativ-reaganitischen *warriors*, christlichen *Fundamentalists* und marktradikalen *Neoliberals* war eine Kopplung ganz ungewöhnlich heterogener Richtungen. Es gelang im Geist einer geduldigen Kombination von Pragmatismus und ideologischer Selbstsicherheit. Auch das politische Design des Wahlkampfes 2004 der Republikaner trägt seine Handschrift. Dieses Machtprojekt spiegelt, nimmt vorweg und imitiert im Nachhinein, was andernorts geradezu deckungsgleich geschah: die Bildung eines neuen, im Kern linken und antikapitalistischen, global ansetzenden politischen Raums von Seattle über Genua bis nach Porto Alegre und Mumbai, in dem sich eine ganz andere politische

Diversität zusammenband, die der neuimperialen Rechten das gegenimperiale Selbstverständnis einer neuen Multitude entgegengesetzte.⁴

Dieses Mikronetzwerk der Macht hat vieles gemeinsam: den Berufsverlauf im politischen Feld, oft Generationszugehörigkeit, vor allem aber die ideologische Orientierung, politische Schlüsselprojekte, Reichtum und ähnliche oder gar dieselben institutionellen Vernetzungen. Dazu gehören Intellektuelle, Wissenschaftler, Ideologen, Strategen, Demagogen, Visionäre, Politiker, Wirtschaftler, Machtbroker, Organisatoren und Netzwerker. Innerhalb der Bush-Regierung bildet dieses Netzwerk Cluster um den Vizepräsidenten, das Pentagon, den Nationalen Sicherheitsrat sowie das Justizministerium. In anderen Ministerien wie auch dem Außenministerium sind einzelne Verbindungsknoten installiert, das institutionelle Zentrum liegt im Pentagon. Die innere Struktur dieses Kerns ist heterogen; Gruppen mit hoher Interaktionsdichte und äußerst locker geknüpfte Netzwerke gehen zusammen. Zu ihrem Führungskern gehören Richard Bruce Cheney, Paul Dundes Wolfowitz, Donald Rumsfeld, Condoleezza Rice, Colin Powell, Richard Perle, William Kristol, Irv Lewis »Scooter« Libby, Douglas Feith, Richard Armitage, John R. Bolton, David Wurmser, James Woolsey, Zalmay Khalilzad, Elliott Abrams, Stephen J. Hadley, John F. Lehman Jr., Kenneth Adelman, Eliot Cohen, Eric Edelman Aaron Friedberg, Dov S. Zakheim, Peter Rodman, William J. Schneider, Stephen Cambone, Thomas Donnelly und Reuel Marc Gerech (Detailliert in: Rilling, 2004). Es gehören dazu *Think-Tanks* und *policy shops* wie: *Project for the New American Century* (PNAC), *Center for Security Policy* (CSP), *Committee for the Liberation of Iraq* (CLI), *Project on Transitional Democracies* (PTD), *Middle East Forum*, *National Institute for Public Policy*, *U.S. Space Foundation*, *National Strategy Information Center*, *Jewish Institute for National Security Affairs*, *Empower America*, *Institute for Religion and Democracy*, *Washington Institute*, *Institute for Religion and Public Life*, *National Institute for Public Policy*, *United States Committee for a Free Lebanon*, *Coalition for Democracy in Iran* (CDI), *Americans for Victory over Terrorism* oder das *Ethics and Public Policy Center*, sowie eine Reihe weiterer großer *Think-Tanks* und weiterer Einrichtungen der politischen Rechten, in denen Neokonservative zum Teil feste Machtpositionen haben und die zum Rückrat des Feldes der neuimperialen Strömung gehören: *Hoover*, *Heritage*, *Hudson Institute*, *American Enterprise Institute*⁵, *Center for Strategic and International Studies* (CSIS), *Jewish Institute for Security Affairs*, *Manhattan Institute for Policy Research*, *Jamestown Foundation*, *Lexington Foundation*, *Foreign Policy Research Institute*, *Nixon-Center*. Charakteristisch für das gesamte Netzwerk ist neben dieser institutionellen Verankerung die starke Präsenz bekannter neokonservativer und neuimperialer Autoren in einigen nationalen Medien wie dem *Wall Street Journal*, den *Fox News*, der *Washington Times* und der *New York Post* sowie ein Bündel eigener Zeitschriften wie *Public Interest*, *Policy Review*, *Public Opinion*, *National Review*, *The National Interest*, *The New Republic*, *American Spectator*, *Insight*, *Frontpage*, *First Things* und dem *Commentary Magazine* und Verlagen wie *En-*

4 Siehe Rainer Rilling: Geopolitik von links, in: Z, Nr. 55 (2003) <http://www.rainer-rilling.de/texte/poarari.pdf>; Michael Hardt, Antonio Negri: *Multitude. War and Democracy in the Age of Empire*, New York 2004.

5 Das 1943 gegründete AEI ist der mächtigste und ressourcenstärkste neokonservativ dominierte *Think Tank* in den USA. Mehr als zwei Dutzend AEI-Mitglieder sind unmittelbar oder über Beratungseinrichtungen in die Bush2-Regierung involviert, darunter Cheney, Bolton, Frum, Perle. Sein Jahresbudget liegt bei 25 Mio. \$, finanziert von allen großen konservativen Stiftungen sowie mehreren Dutzend amerikanischer Konzerne.

6 Zur Rolle dieser Stiftung, die in 18 Jahren bis 2003 über 500 Mio. \$ an Förderungsgeldern ausgab und zusammen mit den Stiftungen der Koch-Familie und der Olin-Stiftung als mächtigste rechtsstehende US-Stiftung angesehen werden kann, siehe Bruce Murphey: Neoconservative clout seen in U.S. Iraq policy, in: Milwaukee Journal Sentinel v. 6. 4. 2003 sowie generell Washington Post v. 2. 5. 1999

7 Corey Robin: Endgame. Conservatives after the Cold War, in: Boston Review 1/2004.

counter Books oder *Basic Books Publishing*. Als intellektuelles Leitorgan des Neokonservatismus gilt der 1995 von William Kristol gegründete *Weekly Standard*. Die Finanzierung des neokonservativ-reaganitischen Kerns dieses Netzwerks und seiner Einrichtungen erfolgt insbesondere durch Stiftungen wie *Lynde & Harry Bradley*⁶, die *Scaife*-Stiftungen, die *John M. Olin*, *Castle Rock*, *Smith Richardson*, *Carthage*, *Earhart*, *JM Foundation* und die Stiftungen der *Koch-Familie*. Die finanzielle Macht dieser Stiftungen ist beträchtlich: Richard Mellon Scaife – der enge Verbindungen zu Hoover, Heritage und PNAC pflegt – gehörte in den 90ern zu den 50 reichsten Privatpersonen der USA, die Koch-Industries sind das zweitgrößte private Unternehmen der USA.

Die neuimperiale Machtgruppe repräsentiert einen epochalen Wandel, in dem Ideen und Träume kulminieren, deren zeitgemäße intellektuelle Ursprünge sich über die Reagan-Administration auf die Regierungen Nixon/Ford in den 70er Jahren zurückverfolgen lassen, als sich in Reaktion auf die amerikanische Niederlage im Vietnam-Krieg und Nixons Entspannungspolitik gegenüber der UdSSR eine politische Richtungsdivergenz ausbildete, die für einen Großteil der späteren Schlüsselakteure Katalysator, Ressource, Umfeld, Erfahrung und Heimat war. Sie setzte damals auf Konfrontation statt Entspannung und auf militärische Macht, also auf *starke Politik*. Dies war die Geburt eines lange Zeit kaum bemerkten Paradoxons der Macht: Während auf der einen Seite die 70er Jahre den Durchbruch des neoliberalen Marktfundamentalismus und seiner *antipolitischen* Apologie des radikal freien Marktes und der ökonomischen Deregulierung brachten, bildete sich zugleich eine ganz andere, neue Linie der *starken militaristischen Politik*. Die Generation der Hohen Priester des *marktradikalen Neoliberalismus* in WTO, IMF und Weltbank ist dieselbe Generation wie die reaganitischen *political warriors* des Kriegskabinetts Bush. Ebenso wie in den 90ern die »Globalisierung« das imperialistische Codewort der ökonomischen Neoliberalen war, wurde im Folgejahrzehnt das »Empire« das imperialistische Codewort der militanten warriors. Für die *political warriors* war und ist weder Kultur noch Geschichte oder Ökonomie, sondern *Politik* der große Bewegende. Die Niederlage der USA im Vietnam-Krieg prägte ihr Bild von der amerikanischen Außenpolitik und der Beziehungen Amerikas zur Welt. Die Ökonomie des Kapitalismus ist für sie zwar eine selbstverständliche Handlungsprämisse, doch Markt, Geld und Unternehmertum und die Idole des wohllebenden Bourgeois sind nicht alles, schon gar nicht die höchste Errungenschaft der konfliktgeprägten Zivilisation, wie sie sie verstehen. Ihre ideologische Welt fokussiert sich auf die epische Größe Roms als die Utopie neuimperialer Macht, die Kultur des Kriegers und politische Moral. Sie sind eben »*politische Krieger*« (Robin)⁷, zuweilen diplomatisch (Powell), zumeist aber martialisch (Rumsfeld) – sie lassen sich durch ein paar Folterfotos nicht erschüttern. Als ganz eigenartige politische Generation unterscheidet sie sich von den zwei anderen herausragenden politischen Generationen der US-Außenpolitik: den »*Wise Men*« (Isaacson/Thomas) wie Acheson, Kennan, Harriman, McCloy, die nach 1945 die globale liberalimperialistische Ordnung des Kalten Krieges errichteten und den »*Best*

and *Brightest*« (Halberstam) wie den Kennedys, McNamara, den Bundys oder Rostows, die in den 60er Jahren für den Vietnam-Krieg verantwortlich waren und versuchten, den Einfluss der USA in der Dritten Welt und gegen den Kommunismus auszudehnen. Die erste Generation stammte aus den Welten des Business, der Banken und des Rechts. Die Wallstreet war ihre spirituelle Heimat. Sie konzentrierte sich auf den Aufbau internationaler ökonomischer, diplomatischer und rechtlicher Einrichtungen wie UN, IMF, Weltbank. Die zweite Generation hatte einen akademischen Hintergrund, ihre spirituelle Welt waren Cambridge, Harvard und Yale.

Die dritte Generation ist die Reagan/Bush-Generation der Cheney, Rumsfeld, Powell, Wolfowitz, Rice, Armitage, Libby, Feith, Khalilzad, Hadley oder Perle. *Sie ist die militärische Generation*. Ihre spirituelle Heimat ist das Pentagon. Diese Generation eint der gemeinsame Glauben an die überragende Relevanz der militärischen Macht Amerikas. In ihrem Dienst wurde sie gebildet und formierte sie sich. Außenpolitik sieht sie vorweg unter militärischer Perspektive. Sie konzentriert sich auf Fragen der nationalen Sicherheit und überläßt die Probleme der Ökonomie den Neoliberalen und den Führern des privaten Sektors. In den 70er und 80er Jahren arbeitete diese Generation daher am Wiederaufbau der amerikanischen Militärmacht nach Vietnam und kämpfte gegen die Rede vom *american decline*. Die Wende zu den 90er Jahren erlebte sie als den größten Triumph in der amerikanischen Geschichte: Die USA hatten den dritten, den Kalten Krieg gewonnen. In den 90er Jahren konzipierten die Aktivistinnen der *political warriors* eine neue offensive Schlüsselrolle des militärischen Faktors. Nach 9/11 ging sie dann daran, ein *militärimperiales Projekt* durchzusetzen. Zu Beginn ihres Aufstiegs waren die USA im Persischen Golf militärisch kaum präsent, am Ende waren sie zu einer Militärinvasion im großen Stil imstande. In diesen drei Jahrzehnten war ihr Aufstieg zur Macht verbunden mit dem Wiederaufstieg des amerikanischen Militärs zu einer exzeptionellen Machtposition »beyond challenge«. Die Republikaner gewannen sechs von neun Präsidentschaftswahlen und errichteten nach der Jahrtausendwende eine fast einmalige parlamentarische Dominanz. *Diese Generation erlebte diese Zeit als Erfolgsgeschichte und als Zeit, in der sie nicht scheiterte, sondern gewann*. Als Zeit, in der Amerika in ihrer Sicht erfolgreich als moralische, demokratieförderliche Kraft (»benign hegemon«) auftrat. *Nichts schien ihr am Ende unmöglich – auch nicht ein amerikanisches Imperium*. Sie überbrückt die zwei Einschnitte 1989/1991 und 2001, ihr Bezug ist ein anderer: »It is the story of the gradual rise of an America, whose strength is without precedent in the history of the world ... Between the early 1970 and 2003 American power rose gradually from its nadir, at the end of the war in Vietnam, to a position of incontestable military power.«⁸

Der Blick auf diese Generation erhellt das zentrale Signum der Zeit dieser drei Jahrzehnte: den neuen Aufstieg der USA im internationalen System. Diese Allianz repräsentiert diese Geschichte. *Ihr politisches Projekt bildete konzeptionell zunehmend eine imperiale Dimension aus. Politikpraktisch jedoch oszilliert es zwischen hegemonialem und imperialem Internationalismus*. Seine Konturen sind unscharf und strittig sind Grundfragen: gibt es schon ein American

8 James Mann: Rise of the Vulcans: the history of Bush's war cabinet, New York 2004, p. XIV.

Empire, ist es im Aufstieg, muss es erst hergestellt werden, wer oder was gehört dazu, wie realisiert es seine Macht? Das Projekt ist aber nicht voraussetzungslos, sondern knüpft an eine hegemoniale Traditionslinie der US-amerikanischen Außenpolitik an.

Seine Tradition: Machtsteigerung

Der Außenpolitik der USA liegt nicht das Konzept der Gegenhegemonie, sondern der Grundgedanke der offensiven Expansion und aktiven Machtsteigerung zugrunde. Tatsächlich gingen sie nach der inneren Eroberung des Kontinents und dem Bürgerkrieg Ende des vorletzten Jahrhunderts zur aktiven *transkontinentalen Expansion* der amerikanischen Interessen und nach dem Zweiten Weltkrieg zum Kampf um *globale* Hegemonie oder Dominanz über. Sie dehnten in der Nachkriegszeit die räumliche Dimension ihrer Interessen ins Globale aus, schufen eine internationale Ordnung, die ihren Interessen förderlich war, kontrollierten das ökonomische, technische und vor allem das finanzielle System. Ihre Bündnispartner waren von ihnen abhängig und erhielten eine sozioökonomische und liberale Entwicklungsperspektive. Sie bauten eine Nuklear-, Luft-, Weltraum- und Schiffsmacht sowie ein System Hunderter militärischer Stützpunkte auf, die sie weltweit militärisch interventionsfähig machten und eine Kontrolle der regionalen strategischen Umgebung potenzieller Rivalen ermöglichten; sie schufen sich eine multilaterale Ordnung und Kultur des Zugangs in Europa und Ostasien. Und sie propagierten ein Set von Werten mit universellem Geltungsanspruch. Erstmals konnte so ein einzelner bürgerlicher Nationalstaat die alte zwischenimperialistische Konkurrenz eindämmen und eine *koordinierende* Funktion übernehmen, was zugleich bedeutete, dass die politisch-institutionellen Außenbeziehungen der kapitalistischen Kernstaaten, die sich bislang auf ihre Kolonien und von ihnen regional abhängige Staatenbünde richteten, nun auf die USA umorientiert wurden. Die Zeit des formellen Imperialismus mit seinen Merkmalen Staatsinterventionismus, Kolonialismus, Okkupation, Protektionismus und der Territorialpolitik mitsamt den Weltkriegskämpfen um die direkte Neuzu- und -aufteilung formell abgegrenzter Territorien war vorbei und damit die bisherige Konstellation einer Konkurrenz großer kapitalistischer Mächte, die Einflusszonen gegeneinander aufstellten. Kooperation zwischen den kapitalistischen Ländern geschah vorweg nicht durch Zwang, sondern durch Koordination und diese vollzog sich vor allem durch den Anreiz zum Replikat des *Amerikanismus*, der die avancierteste und verallgemeinerungsfähigste Form der kapitalistischen Produktion, Kultur und Ideologie präsentierte und als globaler Pol der Attraktion wirkte und wirkt: ein *empire by invitation* (Geir Lundestad). Die USA waren also nach 1945 nicht nur einfach die größte Macht unter den großen Mächten: sie *dominierten* zumindest den *Kern* des kapitalistischen Weltsystems. Die Ordnung der internationalen Politik außerhalb des sowjetischen Blocks wurde *sternförmig* neu konfiguriert (*hub-and-spokes-structure*). *Ihr souveränes nationalstaatliches Zentrum waren nun die USA*. Sie konzentrierten ihre Ressourcen darauf, den zunächst 1917 und dann nach 1945 in noch größerer Macht entstandenen globalen Rivalen zu beseitigen. Als das staatssozialistische

Bündnis zusammenbrach, war dieses Ziel erreicht. Seit 1990 setzen die USA ihre Politik der Expansion folgerichtig kontinuierlich fort: rapide Ausdehnung ihrer militärstrategischen Präsenz in Bereichen, in denen sie bislang noch nie Fuß fassen konnten: Balkan, Osteuropa, Zentralasien, Mittlerer Osten, wobei sie mehrere größere Kriege im Balkan und im Persischen Golf führten und in mehr militärische Konflikte verwickelt waren als in der Zeit des Kalten Krieges; sie versuchen, endgültig die strategische Kontrolle über den zentralen Rohstoff Erdöl zu erreichen, auf den potenzielle Hegemonialkonkurrenten zunehmend angewiesen sein werden; sie beanspruchen ein Recht auf präventive Intervention im globalen Maßstab. Und sie bauten ihre Kontrolle des globalen Finanzsystems massiv aus.

Die 90er Jahre waren in den USA also eine Zeit des Übergangs, in der die Achse einer Politik nach rechts rückte, die sich zunächst (unter Clinton) auf die hegemoniale Organisation der globalen Ökonomie fokussierte und parallel hierzu und danach einen neuen außenpolitischen Konsens in den US-Eliten bildete, der eine neue Qualität in der dauerhaften Ausdehnung der globalen Macht der Vereinigten Staaten thematisierte, noch unter Clinton zunehmend avisierte und am Ende dann unter Bush 2 in eine neuimperiale Perspektive radikalisierte. Am Ende des Jahrhunderts sind die USA unbestritten und eindeutig die einzige Großmacht im internationalen System – ob sie allerdings alle anderen Staaten oder auch nur Elemente dieses globalen Systems dominieren, sie führen oder gar imperial beherrschen, ist eine ganz andere Frage.

Das erste Problem: Hegemonialkonkurrenz

US-Außenpolitik war und ist durch das doppelte politische Ziel charakterisiert, »to make world safe for capitalism« und »to ensure American primacy within world capitalism.«⁹ Die kapitalistische Welt zu sichern bedeutete grundsätzliche Frontstellung gegen tendenziell und real nichtkapitalistische Formationen zu beziehen, im Kern also: Beseitigung antikapitalistischer Formationen durch Integration oder Destruktion. Das Primat der USA zu sichern erforderte die Lösung zweier Aufgaben: Es geht um die *besondere* Dominanz in der Konkurrenzbeziehung zwischen den zentralen kapitalistischen Staaten ebenso wie um die *allgemeine* Dominanz im internationalen System. Das erste bedeutete die Realisierung dieser Zielsetzung unter geokräftepolitischem Aspekt, das Entstehen eines eurasischen Konkurrenten zu verhindern und seine potenziellen Randzonen (Westeuropa, Naher Osten, der »Pazifische Bogen«) zu kontrollieren. Dies ist das klassische, zentrale Ziel der US-amerikanischen Geostrategie. *Dies ist die Frage des politischen Imperialismus.* Es ging bereits im letzten Jahrhundert durchgängig für die USA darum, in einem »langen Krieg«¹⁰ von 1917 bis 1989 konkurrierende Hegemonen im eurasischen Herzland einzusiegeln, zu zerschlagen und zu verhindern, dass andere Territorialstaaten in ihren Regionen mit den USA vergleichbare Hegemonialpositionen erreichten – unabhängig von ihrer sozialökonomischen und politischen Ordnung, ob sie kapitalistisch oder nichtkapitalistisch verfasst waren, ob es um die Staaten am östlichen (China, Russland) oder am westlichen (EU) Ende

9 Perry Anderson: Force and Consent, in: New Left Review, September/Oktober 2002, p. 5ff.

10 Philip C. Bobbitt: The Shield of Achilles: War, Peace, and the Course of History, New York 2002, p. 21ff.

des eurasischen Blocks ging. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus geht es für die USA allerdings nicht mehr nur um »Abschreckung« eines Konkurrenten, Gegners oder Feindes, sondern darum, *durch Blockade, Inklusion oder präventive Intervention bereits im Ansatz die Entstehung einer Situation der Konkurrenz selbst zu verhindern*. Dies ist die erste qualitativ neue Problemstellung, auf welche das Projekt des *neoliberal empire* zu reagieren versucht.

Das zweite Problem: Weltordnung

Sicherung des amerikanischen Primats bedeutet aber zum anderen noch weit darüber hinausgehend, das spezielle Tauschgut der USA im globalen Big Deal – die »Sicherung der Welt für den Kapitalismus« – so zu gestalten, dass sie zugleich dieses Primat befördert, indem sie das gesamte internationale politische und ökonomische System für die USA zugänglich und offen hält (*open door, free trade, access*), also Schließungen, Merkantilismus oder Autarkiepolitiken verhindert. Damit geht es um die Frage der Gestaltung des *gesamten* internationalen Systems und nicht »nur« um das Problem, wie man *einen* Hegemonialkonkurrenten verhindert oder ausschaltet. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus fallen Globalismus und Planetarismus erstmals weitgehend zusammen. Es geht nun tatsächlich erstmals um die unmittelbare Produktion von *Weltordnung*. Dies ist die zweite qualitativ neue Problemstellung, auf welche nun das Projekt des neoliberalen Empire zu reagieren versucht. Und dies ist das alleinige amerikanische Projekt der Gegenwart. *Man kann dies deshalb die Frage des Empire nennen*. Die atemberaubende Radikalvariante dieser Zielsetzung ist nicht aus der Welt, aber noch kaum in ihr: die Option, nicht mehr die Welt für Amerika sicher zu machen, sondern aus Amerika die Welt und aus der Welt Amerika zu machen: *globus americanus*.

Der Begriff Empire nun wird in der seit 2001 aufflammenden Debatte meist für einzelne Bereiche zugelassen, selten aber zur Bezeichnung einer Ordnung oder eines Systems. Tatsächlich gehen imperiale Projekte auf ein Ganzes, das sie von anderen Ordnungen unterscheidet. Die Qualitäten, welche eine imperiale Unternehmung ausmachen, haben unterschiedliches Gewicht und jedes dieser Merkmale für sich genommen findet sich auch anderswo.

Wo die zentrale politische Grundform des globalisierten Kapitalismus der Nationalstaat ist,¹¹ muss jedes imperiale Projekt ein Problem lösen: Es existiert eine grundsätzlich widersprüchliche Beziehung zwischen der Dynamik einer vorhandene – auch territoriale – Grenzen ständig neu überwindenden kapitalistischen Akkumulation einerseits und der beharrenden und »konservativen« territorialen Logik der Politik in ihrer nationalstaatlichen, lokalen und regionalen Form andererseits. Ständig oder zumindest grundsätzlich muss eine delikate Balance gehalten werden »between keeping the world open enough to allow the capitalistic logic to unfold relatively free of constraints and keeping territorial logics stable and confined enough to prevent the rise of any grand challenge to US military and political dominance.«¹² Die Realisierung der doppelten Zielstellung der Sicherung des kapitalistischen Weltsystems und seiner Akkumulation einerseits, der Dominanz der USA in einem relativ stabil aufgestell-

11 S. Ellen Meiksins Wood: *Empire of Capital*, New York & London 2003, p. 141: »The political form of globalization ist not a global state or global sovereignty ... The very essence of globalization is a global economy administered by a global system of multiple states and local sovereignties, structured in a complex of domination and subordination.«

12 David Harvey: *The New Imperialism*, Oxford 2003, p. 84.

ten und sicheren Staatensystem andererseits stellt sich dar in der Form eines *informal American Empire*, das diese beiden Momente der geopolitischen Stabilisierung (»cop«) und der gleichzeitigen Relativierung (Akkumulation) durchsetzen und bearbeiten muss. Die territoriale Logik globaler Hegemonie vollzieht sich als ein Empire, das durch ein Staatensystem *informell* herrscht – dessen »formelle« Struktur es nur dann verändert, wenn ein »Schurkenstaat« aus dem kapitalistischen Akkumulationsraum auszuschneiden versucht (»state change«) – und welches daher die »Offenheit« und die *open door* (eben auch für die hegemoniale Penetration seiner Machtinteressen und der Diffusion des »Amerikanismus«) zum globalen Wert verdinglicht: »be open to people, ideas, and goods from across the globe« (National Security Directive 2002).

Das amerikanische Imperium war somit von Beginn an informell. Durchdringung von Grenzen, nicht ihre Auflösung ist sein Arbeitsmodus. Es funktioniert nur »durch« und vermittelt real existierender nichtamerikanischer Nationalstaaten, die zu »penetrated systems« (James N. Rosenau) werden. Es war kein *command empire* (Gowan). Panitch/Gindin's Charakterisierung des zentralen Problems der US-amerikanischen Politik ist daher zuzustimmen: »The need to try to refashion all the states of the world so that they become at least minimally adequate for the administration of global order – and this is now also seen as a general condition of the reproduction and extension of global capitalism – is now the central problem for the American state.«¹³

Das Projekt eines US-amerikanischen imperialen Neoliberalismus ist »an attempt to merge the America whose business is business with the America whose business is war«.¹⁴ In ihm kontiniert sich die Kultur der Zusammenballung und neuen Zentralität der Macht, die der Neoliberalismus und seine Kontrollindustrie für die weltweit verteilte Produktion seit drei Jahrzehnten hervorbringt und verdichtet sich in einem politisch imperialen Zugriff. Dieses Projekt zu Fall zu bringen, ist von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Gestalt der globalen politischen Ordnung – und deren innerer Verfassung. Eine von vielen Anfängen ist dabei, diesem Projekt seinen richtigen Namen zu geben: Empire.

13 Leo Panitch, Sam Gindin: *Global Capitalism and American Empire*, in: *Socialist Register* 2004.

14 Pieterse, *Globalization*, a. a. O., p. 45.

KLAUS-RAINER RUPP

Das TAMARA-Projekt

Eigentlich fing alles mit einem Wortspiel an. Ich war bei der Vorbereitung für eine Veranstaltung zum Thema Beteiligungshaushalt in Porto Alegre und überlegte mir ein paar einleitende Worte. Kaum angefangen, stolperte ich zu meinem Ärger wieder mal über TINA. »There is no alternative«, das Mantra der neoliberalen Glaubenskrieger. Nun ist aber grade Porto Alegre ein gutes Beispiel für Alternativen zu neoliberalen Politikmustern. Das wollte ich bei der Begrüßung hervorheben und suchte deshalb nach einer »Frau«, die ich TINA entgegenstellen konnte, und nach einigem Pusseln mit Buchstaben und Wörtern wurde TAMARA geboren. »There are many and real alternatives«, es gibt viele und realistische Alternativen. Meine Begrüßung wurde dann auch mit freundlichem Beifall bedacht und das kleine Spiel mit Worten hatte eigentlich bereits seine Schuldigkeit getan.

Klaus-Rainer Rupp –
Jg. 1955, Dipl. Ing. (FH)
Verfahrenstechnik, seit 1984
Inhaber eines Ingenieur-
büros für Steuerungs- und
Automatisierungstechnik.
Seit 2000 Landesvor-
sitzender der PDS Bremen,
Mitglied im Beirat der
kommunalen Vertretung
»Östliche Vorstadt« in
Bremen. Zuletzt in UTOPIE
kreativ: Beteiligungshaus-
halt als linke Alternative
zur »Bürgerkommune«, Heft
158 (Dezember 2003)

»Die transzendenten
Entwürfe müssen, um
wirkungsmächtig werden zu
können, mit realen Möglich-
keiten übereinstimmen ...«
Herbert Marcuse: Der ein-
dimensionale Mensch.
Studien zur Ideologie der
fortgeschrittenen Industrie-
gesellschaft. München
1998, S. 232.

Aber wie es manchmal so ist mit Abkürzungen, Worten und Losungen, sie setzen sich irgendwo im Hinterkopf fest und verbreiten dort eine kreative Unruhe. Ein paar Wochen später, während ich auf einer Aktionskonferenz im Plenum saß und die Ausführungen des aktuellen Redners nicht dazu geeignet waren, meine Aufmerksamkeit zu fesseln, meldete sich TAMARA wieder zu Wort und fragte mich: »Warum bin ich eigentlich so wichtig und wenn ich wichtig bin, warum kennen mich noch zu wenige?«. Was bleibt mir übrig, als diesen Fragen nachzugehen.

Die folgenden Thesen sind der erste Versuch, meine Antworten zusammenzufassen. Und wenn im Text zwangsläufig immer wieder von Alternativen geschrieben ist, so meine ich damit Alternativen zur neoliberalen und marktradikalen Ideologie in ihren theoretischen Ansätzen und ihrer praktischen Umsetzung, sowohl auf globaler als auch auf nationaler und regionaler Ebene. Ich denke dabei sowohl an bisher nicht oder nur in Ansätzen realisierte Alternativen als auch an praktische Beispiele.

Worin liegt eigentlich die Bedeutung von politischen Alternativen?

Nur durch die Popularisierung von vorhandenen und möglichen Alternativen ist die Meinungsführerschaft des neoliberalen Aberglaubens langfristig zu brechen.

Propagandistischer Kern neoliberaler Politik ist die ständige Perpetuierung ihrer Unausweichlichkeit. Um diesen Mythos zu erhalten, müssen gedachte und auch schon verwirklichte Alternativen tot

geschwiegen oder diskreditiert werden. Es reicht deshalb nicht, die Ziele und Hintergründe neoliberaler Politik zu entlarven und ihre negativen Folgen zu propagieren. Beides ist, mehr oder weniger konkret, vielen Menschen längst klar, bzw. sie erfahren es bitter an der Verschlechterung ihrer Lebensumstände. Jüngste Umfragen belegen das. Sie belegen aber auch, dass sich längst eine doppelte Akzeptanz breit gemacht hat. Eine resignative Akzeptanz, die sich in das scheinbar Alternativlose fügt und die Menschen wehrlos macht, und eine positive Akzeptanz, die in offenen Sozialchauvinismus mündet. Denn es ist auch gelungen, den Armen, den Alten, den Kranken, den Erwerbslosen, den Sozialhilfebeziehern, den Alleinerziehenden und vielen anderen Betroffenen die Schuld für die Krise unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft insgesamt in die Schuhe zu schieben. Es muss also gelingen, Alternativen populär zu machen, sonst wird es nicht gelingen, Resignation zu überwinden und Sozialchauvinismus zu bekämpfen.

»Unsere Macht ist nicht die Macht der Mächtigen. Ganz im Gegenteil. Unsere Macht ist die Macht zu tun, kreative Macht.«
John Holloway: Macht Demokratie! Vortrag auf der Sommerakademie 2003 von ATTAC-D in Münster,
<http://www.staytuned.at/sig/0026/32939.html>

Die derzeitigen Protestbewegungen laufen ins Leere, wenn sie den Protest nicht mit dem Kampf um Alternativen verbinden.

Am Ende jeder Demonstration und jeder Aktion steht die Frage, wie weiter? Vorwärts zur nächsten noch größeren Aktion? Vorwärts zum Generalstreik? Die Bereitschaft, sich an Demonstrationen und Aktionen zu beteiligen, sie zumindest richtig und notwendig zu finden, ist gestiegen. Die Forderung nach der Rücknahme von Verschlechterungen ist notwendig und ihre Durchsetzung wäre ein großer Erfolg. Aber wenn es weiter gehen soll, dann müssen wir, die wir solche Forderungen erheben, uns die Frage gefallen lassen, wie wir die aktuellen gesellschaftlichen Probleme lösen wollen. Und dann ist eines sicher, mit vergleichsweise leeren Phrasen oder einem Verweis auf eine ferne Zukunft, in der wir schon Lösungen finden werden, ist es nicht getan. Vor allem nicht, wenn wir deutlich mehr Menschen gewinnen wollen. Versprechungen auf ein »Leben nach dem Tod« zeitigen keine Wirkung, wenn es gilt, Menschen zu motivieren, an der Veränderung ihrer Lage hier und heute mitzuarbeiten.

Die Grenzen der derzeitigen Protestbewegungen sind eher nicht der Mangel an Alternativen, sondern der Mangel an realisierbar scheinenden Alternativen.

Natürlich müssen für viele Fragen noch Antworten gefunden werden, und viele Fragen sind auch noch nicht gestellt, aber Alternativen zur neoliberalen Politik sind schon vielfach durchdacht, aufgeschrieben und in bestimmten Grenzen auch propagiert. Sie werden an vielen Stellen der Welt bereits ausprobiert und gelebt. Aber sie unterliegen dann, wenn man sie in die Diskussion bringt, in aller Regel einer mehrfachen Skepsis. Oft wird zunächst die Durchsetzbarkeit angezweifelt. Aber das ist oft nur vordergründig. Bohrt man tiefer, glauben viele einfach nicht, dass das, was wir vorschlagen, in der gegenwärtigen Gesellschaft und vor allem im Alltag funktioniert. Und wenn viele Menschen den Eindruck haben, dass unsere Alternativen vielleicht theoretisch keine schlechten Ideen sind, aber im Alltag nichts taugen, sind sie natürlich auch nicht bereit, uns bzw. entsprechende soziale Bewegungen zu unterstützen.

»Wenn du einen mächtigen Mann triffst, stelle ihm fünf Fragen: Welche Macht hast du? Wie hast du sie bekommen? In wessen Interesse übst du sie aus? Wem bist du rechenschaftspflichtig? Und wie können wir dich loswerden?«

Aus einem Interview mit Tony Benn, linker Aussen-seiter in der Labour Party, <http://www.pda.ch/vorwaerts/1997/20gesellschaft.html>

Welchen Hemmnissen unterliegt die Diskussion, Entwicklung und Umsetzung von Alternativen?

Vorhandene Alternativen sind nicht genügend bekannt.

Auf unterschiedlichen Ebenen, in vielen Organisationen, in den Köpfen von einzelnen Menschen, an vielen Orten gibt es sie, die viel beschworenen Alternativen, aber es wissen noch zu wenig Menschen von ihnen. Zu mächtig ist die Medienmacht des Neoliberalismus, zu isoliert sind die gedanklichen Quellen und auch die praktischen Erfahrungen mit einer anderen Art der Politik. Alternativen müssen bekannter werden und zwar nicht nur in Form von vorgefertigten und fertigen Konzepten, sondern vor allem auch in Form von Foren, in denen über Alternativen diskutiert werden kann. Wir müssen nicht nur dafür sorgen, dass viele Menschen unsere Alternativen kennen, sondern ihnen auch Wege aufzeigen, wie sie sich an ihrer Entwicklung beteiligen können. Es müssen ihre Alternativen werden.

Die Realisierung von Alternativen ist abhängig davon, inwieweit ihre Realisierung möglich erscheint.

Das ist nur auf den ersten Blick ein Paradoxon. Wie eingangs schon erläutert, können langfristig nur Alternativen, die auch Alltags-tauglichkeit vermitteln, Vertrauen und Engagement initiieren. Aber die Skepsis ist groß und sie geht noch tiefer. Es wird bezweifelt, dass diejenigen, die bessere Lösungen vorschlagen, also z. B. die PDS, dann wenn sie die Möglichkeit haben, diese auch umsetzen. Nicht zuletzt die Bundesregierung von SPD und Grünen hat dafür eindrucksvoll Beispiele geliefert. Die Enttäuschung über Schröder und Fischer sitzt tief und ist im Konkreten natürlich berechtigt, stellt aber mittlerweile alle Organisationen, die vorgeben, etwas zu Gunsten der von den Verschlechterungen Betroffenen tun zu wollen, unter einen Generalverdacht. Es wird mehr oder weniger offen unterstellt, dass man nur »an die Macht will«, um dann die vorgegebenen Ziele zu verraten. Wir stehen also einerseits vor der Aufgabe, deutlich zu machen, dass unsere Alternativen gemeinsam durchsetzbar wären und dass sie funktionieren, aber vor allem, dass wir an Alternativen arbeiten, die nicht »Macht« für uns, sondern wieder Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Menschen in ihrem Alltag bedeuten. Gelingt das, dann scheinen unsere Alternativen nicht mehr unrealistisch, sondern realisierbar. Nur dann fassen sie Fuß in der Vorstellungswelt von Menschen. Nur dann erreichen wir, dass sich mehr Menschen an der Entwicklung und Umsetzung von Alternativen beteiligen, und nur dann können sie realisiert werden.

Vorhandene Alternativen sind nicht genügend informativ, verständlich und plakativ aufbereitet.

Die Komplexität der aktuellen gesellschaftlichen Situation spiegelt sich naturgemäß auch in der Komplexität realistischer Alternativen und in der Diskussion darum. Sie spiegelt sich aber allzuoft auch in der Art ihrer Verbreitung. Hier gilt es Brücken zu bauen. Es muss leicht sein und auch in gewisser Weise unterhaltsam und spannend, über die Möglichkeiten einer anderen Politik zu lesen und zu hören. Wir leben in einer multimedialen Welt und beschränken uns noch zu

oft auf »bimediale« Verbreitung unserer Ideen. Wir schreiben sie auf und verkünden sie auf Podien. Filme und Fotos, Aktionen, Tanz, Theater und Lieder, aber auch das offene Gespräch, der Workshop usw. bieten deutlich mehr Möglichkeiten. Wenn wir uns in der Propagierung unserer Ideen nicht aus unserer Art der Diskussion und Aktion, aus unserer Sprache und aus unseren Wahrnehmungsgewohnheiten hinausbewegen, wird es schwer fallen, andere einzubeziehen, uns anderen verständlich zu machen.

Die Information über Alternativen setzt nicht genügend an der Alltagswahrnehmung vieler Menschen an.

Vieles, was als Alternativen propagiert wird, ist denen, für die sie attraktiv sein sollen, eher fremd oder einfach zu weit weg. Argumentationsstränge müssen sich vom Bekanntem zum Unbekannten entwickeln. Das Lebensumfeld, die Arbeitswelt, die Schule, der Stadtteil müssen verstärkt die Anknüpfungspunkte sein, um über eine andere Welt zu diskutieren. Ich glaube, nur wer deutlich machen kann, dass er für das Unmittelbare Lösungen entwickeln kann, gewinnt Vertrauen auch für Lösungen, die das weiter Entfernte einschließen, ein Vertrauen, das der oben beschriebenen Skepsis entgegenwirkt.

Vorhandene Alternativen sind ungenügend untereinander verknüpft.

Die Entwicklung von Alternativen erfolgt naturgemäß zunächst in den einzelnen Politikfeldern und in der breiten Palette der Organisationen, an den Universitäten und Hochschulen etc. Dort dürfen sie aber nicht verbleiben. Erst wenn es gelingt, die verschiedenen Konzepte miteinander zu verknüpfen, sie untereinander korrespondieren zu lassen, ihre gegenseitige Kritik zu ermöglichen, entsteht ein Gesamtszenario. Ein solches Szenario sollte jedoch nicht den Eindruck des Endgültigen und Statischen vermitteln, sondern vielmehr eine mögliche Realität zeigen, schärfer und detaillierter als eine verschwommene Vision, aber eben nicht zwangsläufig und unveränderbar. Ein solches Szenario sollte auch nicht eine Entscheidung dafür oder dagegen provozieren, sondern Menschen zum Mitgestalten motivieren. Gelingt es, alternative Politikkonzepte auf diese Weise zu einem Gesamtszenario zusammenzufügen, scheinen sie wiederum realisierbarer, weil ihre Wechselwirkungen deutlicher werden, weil die Propagandisten und Akteure miteinander kommunizieren, weil sich Gemeinsamkeiten in der Intention zur Entwicklung von Alternativen herauskristallisieren.

Die Verbreitung von Alternativen ist weniger ein Vermittlungsproblem, denn Beteiligungsproblem.

Forderungen entwickeln sich aus alternativen Konzepten, diese wiederum aus wissenschaftlichem und politischem Diskurs. Leider sind solche Diskurse tendenziell sektiererisch. Die unmittelbar Beteiligten leben in einer eigenen Welt, sprechen eine nur ihnen verständliche Sprache, haben eigene Riten und Gebräuche und haben eine missionarische Grundhaltung zum Rest der Welt. Die Aufgabe besteht also darin, Diskurse durchschaubar und verständlich zu machen, und es muss gelingen, Menschen, die nicht unmittelbare Teil-

nehmer des Diskurses sind, an eben diesem zu beteiligen. Gelingt es, den Diskurs sowohl in seiner Struktur als auch inhaltlich transparent zu machen, erzeugt das Vertrauen auch bei denen, die den Diskurs nur beobachten. Gelingt es darüber hinaus, Beteiligungsmöglichkeiten und Beteiligungsanreize für ein breites Spektrum von Interessentinnen und Interessenten zu schaffen, erhöht sich wiederum die Popularität und das Vertrauen.

Hier ist eine Ideenskizze zur praktischen Umsetzung.

Also brauchen wir ein TAMARA-Projekt.

Die Notwendigkeit zur Propagierung und Weiterentwicklung von Alternativen ist nun hinlänglich begründet. Es drängt sich also auf, die hier skizzierten Thesen in der Realität zu überprüfen. Dazu brauchen wir ein TAMARA-Projekt. Ein Forum, in dem unterschiedliche Akteure ihre Alternativen vorstellen, untereinander diskutieren und veröffentlichen. Ein Forum mit einem hohen Maß an Zugänglichkeit für Interessentinnen und Interessenten. Wobei Zugänglichkeit nicht nur im technischen Sinn gemeint ist sondern auch im Sinne von Verständlichkeit und der Teilnahmemöglichkeit.

Ein TAMARA-Projekt braucht Strukturen, aber welche?

In erster Näherung sind mir Kegel als geometrisches Modell einer denkbaren Struktur in den Sinn gekommen. Denken wir uns Kegel, die nebeneinander stehen und die wir von oben betrachten.

Ihre Spitzen bilden die »*plakative Ebene*«. Es ist die Ebene der Schlagwörter und Losungen, die Ebene der Leitbilder und Forderungen. Es ist auch die Ebene der Provokation und des Weckens von Neugierde. Da ich sie gedanklich von oben betrachte, ergibt sich ein Bild, ein Szenario, weil sich die Inhalte nach Politikbereichen ordnen, ohne aus dem Bild zu fallen.

Unterhalb der plakativen Ebene befindet sich die »*informative Ebene*«, hier werden Schlagwörter, Forderungen etc. kurz und prägnant in konkretere Aussagen aufgeschlüsselt, erklärt und begründet. Es ist die Ebene des Werbens. Hier gilt es, die durch die plakative Ebene gewonnene Aufmerksamkeit zu vertiefen.

Eine Ebene tiefer geht es ins Detail. Ich habe sie »*edukative Ebene*« genannt. Hier finden wir umfangreiches Argumentationsmaterial, Untersuchungen zum Thema etc. Hier kann man sich schlau machen.

Es bleibt darunter die »*diskursive Ebene*«. Hier ist das Forum, in dem die Konzepte, Inhalte, Erfahrungen etc. diskutiert werden, um den Gegenstand der Diskussion zu optimieren. Hier findet sowohl wissenschaftlicher Diskurs als auch öffentliche Debatte statt.

Damit haben wir eine grobe Orientierung hinsichtlich der vertikalen Strukturen. Das Modell verfügt natürlich auch über horizontale Verbindungen. Dadurch, dass die Spitzen der Kegel (also die plakative Ebene) ein Gesamtbild vermitteln, ergibt sich ein erstes horizontales Moment. Auf der informativen Ebene gibt es Verbindungen zwischen den Kegeln. Querverweise auf den Nachbarn oder drüber hinaus. Spätestens ab Mitte der dritten Ebene sind die Kegel miteinander verschmolzen.

Aber das Kegel-Modell erschien mir dann doch zu statisch, lediglich dreidimensional. Vielleicht ist das TAMARA-Projekt zunächst

eine virtuelle Stadt (oder eine kleine Region). Mit Häusern und Plätzen, mit Straßen und Einrichtungen. Es gibt Schulen und Krankenhäuser, Fabriken und Büros, Sportanlagen und Theater, Bauernhöfe und Naherholungsgebiete. Aber es ist nicht die Stadt der Neoliberalen, sondern unsere Stadt, unsere Region. Die Fassaden der Häuser bilden die plakative Ebene, die Foyers die informative Ebene, die Versammlungssäle, die Wohn- und Arbeitszimmer die edukative und diskursive Ebene. Die Straßen und Plätze sind öffentlicher Raum.

Vorschlag für ein TAMARA-Projekt im Internet

Das sind natürlich zunächst Gedankenspiele und vielleicht Träumereien und es stellt sich die Frage, wie man TAMARA-Stadt Leben einhauchen kann. Als ersten Schritt bietet sich das Internet an. Hier finden wir die technischen Voraussetzungen und die Erfahrungen die wir brauchen, um den hier herausgearbeiteten Kriterien an ein solches Projekt gerecht zu werden. Die Entwicklung, Verbreitung und Nutzung von Open Source Software ist selbst ein solches TAMARA-Projekt. Als Alternative zu Microsoft ist es gelungen ein funktionsfähiges preisgünstiges, stabiles, alltagstaugliches Betriebssystem und dazugehörige Software zu entwickeln. Der Quellcode dieser Software ist allen zugänglich, jeder und jede kann sie weiter entwickeln, und durch einen Prozess von Moderation und Diskurs fließen die Weiterentwicklungen in den Kern des Betriebssystems ein.

Es erscheint mir nicht unmöglich, eine Website ins Leben zu rufen, auf der unterschiedliche Parteien, Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen ihre Alternativen nach der oben beschriebenen Struktur einbringen, einen Kegel gestalten, ein Haus bauen. Dabei wird in der Gemeinschaft der Akteure über »Baugenehmigungen« entschieden. Die »Eigner« der Häuser tauschen sich aus, und es entstehen auch »Modellhäuser«, die die mehrheitlich befürworteten Alternativen zusammenfassen, ohne Minderheiten aus der Stadt zur verbannen. Es käme auf einen Versuch an.

Ebenen des Tamara-Projektes



HILARY WAINWRIGHT

Das Forum als Jazz

Hilary Wainwright – Jg. 1949, Herausgeberin des in Großbritannien erscheinenden Magazins der unabhängigen Linken »Red Pepper«, Forschungs- und Direktorin des Projekts »Neue Politik« des Transnationalen Institute (TNI) in Amsterdam, tätig im »Zentrum für Globale Gouvernanz« an der London School of Economics und im Internationalen Zentrum für Arbeiterforschung an der Manchester University; Autorin u. a. von: *Reclaim the State: Experiments in Popular Democracy* (Den Staat zurückfordern: Experimente in Demokratie von unten), Verso 2003. Zuletzt in UTOPIE kreativ: *Crossover in Großbritannien*, Heft 66 (April 1996).

Das Weltsozialforum ist wie ein schwingendes Jazzstück oder wie ein Bild, das aus jedem Betrachtungswinkel anders aussieht. Welchen Sinn wir darin erkennen und was es uns bedeutet, hängt von unseren Auffassungen ab. Ich habe an den ersten drei Foren in Porto Alegre teilgenommen¹ mit einer Prägung meiner Sinne, die aus den »neuen« Bewegungen der späten 60er Jahre stammt – das heißt aus der Studentenbewegung, der Friedensbewegung und am tiefsten aus der Frauenbewegung. Ich bin 54 Jahre alt und schnell dabei, wenn es gilt, sich mit den nunmehr wirklich neuen Bewegungen für globale soziale Gerechtigkeit zu identifizieren – zum Teil, weil sie so leicht zu erkennen und mir ihre horizontalen, informellen Umgangsformen so vertraut sind; aber auch, weil sie Probleme angegangen sind, von denen wir besiegt und schon so gut wie weggespült waren: das Problem der Macht der multinationalen Konzerne, die die Verhandlungsmacht der radikalen Gewerkschaftsbewegung in der nördlichen Hemisphäre in den 60er und 70er Jahren so wirkungsvoll untergraben haben; und das Versagen der traditionellen politischen Parteien der Linken, die Bedeutung der unter ihren Füßen wachsenden Bewegungen zu verstehen.

Heutzutage verstehen sogar Sprecher der globalen Eliten, dass ein neuer Akteur für soziale Veränderung im Entstehen begriffen ist. 2003, als die Positionen in der UNO sich gerade gegen die Pläne der USA für einen Präventivkrieg gegen den Irak zu festigen begannen, bemerkte Kofi Annans Pressesekretär, dass wir nun zwei Supermächte hätten: die USA und die Weltöffentlichkeit. Bis Februar 2003 – und am dramatischsten am 15. Februar, dem Tag der weltweiten Demonstrationen – wurde klar, dass die öffentliche Meinung eine unabhängige Kraft geworden war. Und: Sie war auch – zu einem gewissen Grade – eine organisierte Kraft geworden.

Andererseits erwiesen sich die Menschen, die gegen den Irakkrieg demonstrierten, trotz der Tatsache, dass sie oft in der Mehrheit waren, als machtlos, den Krieg zu stoppen.² Sie hatten einen Einfluss auf die Art und Weise, wie der Krieg geführt wurde: Die Generäle wussten, dass sie beobachtet wurden. Sie hatten einen Einfluss auf die Fähigkeit der USA und Großbritanniens, die wahren Gründe, warum sie in den Krieg zogen, zu verdecken. Aber am Ende stoppte selbst die große Zahl der Demonstrierenden nicht die Entscheidungen derer, die ihr Amt ja eigentlich den Menschen verdanken, die hinter diesen Zahlen stehen. Diese Erfahrung könnte die Menschen dazu bringen zu überdenken, was nötig wäre, um eine Demokratie

zu errichten und festzustellen, dass wir bis dahin noch einen langen Weg haben. Sie könnte zu einem erneuerten Kampf um die Erweiterung der engen Eliteformen der »Demokratie« führen, die wir vom Kalten Krieg geerbt haben.

Dieser Wiederhall des »Krieges gegen den Terrorismus« ist wichtig für die Entwicklung des Weltsozialforums. Dessen Wirkung ist eng mit der Art und Weise verbunden, in der die Weltöffentlichkeit sich selbst und ihre Rolle versteht. Der 15. Februar 2003 und dann der 9. bis 13. September 2003 in Cancún waren zwei Momente, in der die Weltöffentlichkeit oder die globalen sozialen Bewegungen als bewusste globale Akteure agierten. Ich unterscheide zwischen »öffentlicher Meinung« und »sozialen Bewegungen«, weil am 15. Februar viele Menschen zum ersten Mal an außerparlamentarischen Protesten teilnahmen. An dem Morgen, als sie aufstanden, um auf die Straße zu gehen, sahen sie sich als Teil einer sozialen Bewegung. Sie demonstrierten, weil sie glaubten, dass sie nur aufstehen und die Politiker auf die Stärke des Missmuts, der sich gegen ihre Politik aufgebaut hatte, aufmerksam machen müssten. Und das, so dachten sie, würde genügen, um die Regierung zu veranlassen, ihre Meinung zu ändern.

Nach dem 15. Februar und der im Irak täglich erkennbaren Bestätigung der Argumente derer, die protestiert hatten, werden die Aktivitäten für Frieden und soziale Gerechtigkeit nie mehr in konventionelle nationale parlamentarische Politik zurückfallen. Natürlich geht die jüngste Hinterfragung traditioneller Formen politischen Wirkens – in ihrer Beschränkung sowohl auf Parlamente als auch auf einen nationalen Rahmen – auf 1999 und Seattle zurück und den Versuch, einen Prozess geheimer und nicht nachzuvollziehender Absprachen zwischen angeblich demokratisch gewählten Regierungen anzuhalten. Sie hat auch eine Vorgeschichte in der Studenten- und Arbeiterbewegung, die 1968 auf den Straßen explodierte, und der feministischen Bewegung, die in Küchen, Schlafzimmer, Arbeitsstätten und Gesellschaften der ganzen Welt eindrang. Aber der 15. Februar und das darauf folgende Verhalten des US-Imperiums führen zu einer breiteren Radikalisierung, als wir sie zuvor viele Jahre lang erlebt hatten.

Welche Rolle kann das Weltsozialforum in diesem Aufkommen neuer und mächtiger Akteure sozialer Veränderung spielen? Das WSF ist eine Quelle im globalen Kampf gegen den Liberalismus. Es ist kein Führungsorgan und kein gesonderter Ort zur Machtausübung. Um die Rolle des WSF als Quelle für die verschiedenen Organisationen, die für eine andere Welt kämpfen, zu begreifen, hilft es zu verstehen, was die Bewegungen und Netzwerke, die sich in Porto Alegre und dann in Mumbai zusammengefunden haben, besonders charakterisiert. Darum geht es in diesem Buch – in vielfacher Hinsicht.

Ich will hier zwei miteinander verknüpfte Merkmale der neuen Bewegungen betonen, die auf die Innovationen der Bewegungen der 60er und 70er aufbauen. Und zwar Merkmale, die anzeigen, wie diese Bewegungen, wenn auch nur instinktiv, die Fehlschläge früherer linker politischer Projekte berücksichtigt haben – sei es der leninistischen, sei es der parlamentarischen Sorte.

Der hier abgedruckte Aufsatz ist ein Auszug aus dem von Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen und Peter Waterman herausgegeben Buch »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum«, das im Oktober 2004 als Band 15 der »Texte«-Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Karl Dietz Verlag Berlin erschienen ist. »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum« ist die deutschsprachige Ausgabe des bei der Viveka-Stiftung New Delhi im Januar 2004 in Englisch erschienenen Bandes »World Social Forum: Challenging Empires«. Die Übersetzung des Bandes und somit auch des hier abgedruckten Aufsatzes besorgten Carla Krüger und Wolfram Adolphi (Redaktion).

1 Dafür habe ich dem Transnational Institute in Amsterdam zu danken.

2 Selbst in den Vereinigten Staaten hätten sie ohne weiteres in der Mehrzahl sein können, wenn die Ansichten der Mehrheit in Großbritannien gesiegt hätten. Meinungsumfragen in den USA zeigten, dass die Mehrheit gegen den Krieg gewesen wäre, wenn die USA den Weg allein gegangen wären, und dass es Tony Blairs Regierung war – und zu einem geringeren Grad auch die damalige Regierung Aznar in Spanien, wo sich ebenfalls eine Mehrheit gegen den Krieg ausgesprochen hatte –, die Bush die Entschuldigung lieferte, dass er ja Alliierte habe.

Erstens die Art und Weise, wie diese Bewegungen in ihre Organisation und in ihre Ethik die Wichtigkeit des praktischen Wissens und der transformatorischen Macht der »von unten« organisierten Menschen einbauen. Über die letzten dreißig Jahre hinweg hat eine Revolution im Denken gegen mechanische Modelle der Aktion und des Wissens stattgefunden. In solchen Modellen ist die Gesellschaft wie eine riesige Maschine, die vom Zentrum – dem Staat – aus gelenkt wird, und das Wissen, das der Politik zugrunde liegt, ist das Wissen um lineare Gesetze von Ursache und Wirkung.

Das neue Denken über Wissen und Gesellschaft versteht die kreative, unvorhersehbare Rolle des menschlichen Agierens und die nicht-linearen, nicht-instrumentalen, sogar nicht-rationalen Dimensionen von Wissen und Verständnis. Politik – einschließlich konventionellen linken Denkens – hat nur langsam zu dieser veränderten Methodologie aufgeschlossen. Während kapitalistische Managementtheoretiker die Kreativität des Chaos zu schätzen wissen, die Nutzbarkeit von Netzwerken, um praktisches Know-how zu übertragen und über »das Gold« in den Köpfen der Arbeiter sprechen, haben die traditionellen linken Parteien lange so getan, als könnte Wissen zentralisiert und die Mitgliedschaft mit Instruktionen »angeleitet« werden. Die Massenmitgliedschaft wird nicht als kreativ, wissend und sowohl aus autonomen als auch aus miteinander verknüpften menschlichen Wesen bestehend gesehen, sondern als »Unterstützer«, als Wahlfutter oder – in einer weiteren militärischen Analogie – als »Reih und Glied«. Historisch gesehen, hat das die linken Regierungen eine riesige Quelle kreativer Macht gekostet und sie fatal verletzlich für die extrapolitische Macht und das Insiderwissen der regierenden Klasse gemacht.

Im Gegensatz dazu sind das Markenzeichen und der lebenswichtige Kraftquell sowohl der neuen Bewegungen als auch der älteren feministischen, Friedens- und grünen Bewegung wie auch der radikalen Gewerkschaftsbewegungen – auf deren Traditionen sie aufbauen –, ein grundsätzliches Vertrauen in die Wichtigkeit praktischen, eingeborenen, persönlichen Wissens, das viel Einsicht enthält, obwohl dies nicht immer in der Art und Weise, wie Dinge funktionieren und wie sie verändert werden können, kodifiziert sein kann. Tatsächlich sind die horizontalen Netzwerkformen, in denen sich diese Bewegungen organisieren, teilweise ein Resultat der Tatsache, dass diese die beste Art und Weise sind, dieses Wissen zu teilen. Diese egalitäre, dezentrale Weise, zusammenzuarbeiten und Wissen zu teilen, führt zu einem größeren gemeinsamen Verständnis als jede Zusammenfassung verstreuten Wissens von oben herab.

Menschen, die es ablehnen, einem System zu gehorchen, dessen Fortbestehen auf ihrer Komplizenschaft beruht, geben den neuen Bewegungen auch eine Basis im Vertrauen in die Macht organisierter individueller Rebellion. Das bedeutet, dass Menschen in sich eine Macht zur Veränderung haben. Oft brauchen sie größere unterstützende Netzwerke, um diese Macht zu verwirklichen, aber es ist eine Art, zusammen mit geteilter Macht zu agieren, statt nach Politikern zu schauen, die für sie handeln sollen, oder nach einer Avantgardepartei, die sie zur Revolution führen soll.

Die organisatorische Frage ist jetzt, wie wir dieses Wissen und diese Macht an alle Gruppen verteilen können, von denen der inkorporierte Kapitalismus abhängt. Die Nutzung von E-Mails und Websites; eine alternative Presse; die Entwicklung hochkonzentrierter Netzwerkkampagnen, die sich miteinander verbinden; das Aufkommen außergewöhnlicher, aber immer regelmäßigerer internationaler Treffen – vom internationalen Zapatista-Treffen bis zum Weltsozialforum: Dies sind alles Teile der Antwort.

Das vorliegende Buch untersucht sie eingehend. Da sind die organisatorischen Formen. Hinter ihnen stehen Prinzipien, wie Organisationen arbeiten sollten – im Grunde Prinzipien einer tieferen, partizipatorischen Demokratie. Das bedeutet Offenheit und leichte Zugänglichkeit, bedeutet Aufbau von Vertrauen und Zeit, bedeutet, Debatte als einen Prozess zu verstehen, der wesentlich ist, um der Wahrheit näher zu kommen. Es bedeutet, Meinung als gerade entstehendes Wissen zu betrachten, bedeutet, die praktische Relevanz nachdenklichen Austausches von Informationen, Erfahrungen und Ideen zu erkennen, ohne dass notwendigerweise Entscheidungen getroffen werden, und es bedeutet, die Vorzüge dessen, Entscheidungen im Konsens zu treffen, einzusehen – einschließlich des Konsenses darüber, wann die Zeit gekommen ist, abzustimmen.

Tatsächlich sind die Prozesse, die für die vollständige Sammlung des praktischen Wissens der Menschen und ihres Willens, ihre persönliche Fähigkeit zur Rebellion und Umgestaltung auszuüben, erforderlich sind, neue Kriterien für die Demokratie geworden.

Das zweite herausragende Merkmal ist die Vielfalt und die Breite der neueren sozialen Bewegungen. Die traditionelle Arbeiterbewegung, zumindest in den Ländern des Nordens, neigte etwas zur Engstirnigkeit, was ihre Ideen über Bündnisse anging. Vielleicht rührte dies von der Übertragung des Imperativs der Einheit im Arbeitskampf auf andere Dimensionen des Kampfes her. Alles, was die kurzfristige Einheit bedrohte – die spezifischen Forderungen der Frauen, der Jugend oder der Schwarzen wie auch die von Intellektuellen oder Linken angestoßenen Debatten –, wurde oft, wenn auch nicht immer, verschmäht. Es war dies auch das Produkt einer gewissen Arroganz auf Seiten der Gewerkschaften, die von einer Gewissheit ihrer eigenen Verhandlungsmacht herrührte, die erst anfangs zusammenzubrechen, als der Neoliberalismus ihre Stärke zu untergraben begann. Und schließlich gab es da eine paternalistische Haltung gegenüber Frauen, Schwarzen und anderen Minderheiten und untergeordneten Gruppen, die sich in der Annahme ausdrückte, dass deren Bedürfnisse ohnehin berücksichtigt werden würden und sie deshalb keine autonomen Organisationen oder Agenten brauchten.

Im Gegensatz dazu sehen die neuen Bewegungen Vielfalt als eine Quelle der Macht. Das Erkennen der vielen Quellen sozialer Umgestaltung fördert Organisation und Solidarität und ein Bewusstsein des gemeinsamen Interesses unter den vielen Schichten der Opfer des Neoliberalismus. Eine Vielfalt des Kampfes willkommen zu heißen, führt auch zu einer Bewegung, die in der Lage ist, auf Unterdrückung und Widerstand in jeder Lebenssphäre zu reagieren – von den Alltagsproblemen mit Essen und Kinderbetreuung über

wirtschaftliche Probleme der Ausbeutung bei der Arbeit bis zu internationalen Fragen von Frieden und Gerechtigkeit.

Einen Rahmen zu schaffen, in dem verschiedene Interpretationen gemeinsamer Prinzipien koexistieren können, ist jedoch nicht leicht.

Zwei Prinzipien sind dafür lebenswichtig. Erstens, das Prinzip der Autonomie zusammen mit Möglichkeiten, miteinander zu reden – wie das bei Netzwerken und Foren der Fall ist. Das erlaubt es, Vielfalt und gemeinsames Ziel miteinander zu vereinbaren und gleichzeitig die Furcht vor Debatte und Argumentation zu überwinden, da – wenn Organisationen denken, dass ihre Autonomie und Integrität sicher sind – die Debatte als Arena der Kooperation und nicht des Wettbewerbs empfunden wird.

Das zweite lebenswichtige Prinzip, das die neuen Wege zur Organisation der sozialen Gerechtigkeit aufrechterhält, ist geteilte Verantwortung für einen Rahmen, der Vielfalt und Pluralismus möglich macht, ohne das Resultat zu kontrollieren. Dies erfordert eine politische Kultur, die aus Unsicherheit, Experiment und Debatte gedeihen kann. Für mich ist die Tatsache, dass das 100 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer starke Weltsozialforum in Porto Alegre solch eine Vielzahl von Veranstaltungen beherbergen und bei all dem doch relativ glatt ablaufen konnte, schon eine Illustration dessen, dass die Leute diese Verantwortung instinktiv übernehmen – und zwar weitgehend deshalb, weil sie selbst von Organisationen kommen, die den Austausch, die Kommunikation und die Debatte brauchen, die das WSF anbietet.

Das WSF ist lebenswichtig für die Schaffung einer globalen politischen Kultur, die öffentliche Debatte nicht nur als demokratischen Wert willkommen heißt, sondern auch als den einzigen Weg, die Wahrheit zu finden und daher wirksame Strategien und überzeugende Alternativen zu formulieren. Bestenfalls ist es wie eine politische Jam-Session, bei der die Leute in Harmonie und in Kontrapunkt voneinander abprallen. Wie der Jazz von Charlie Parker und Miles Davis experimentiert das Forum mit einer Politik, die mit Unsicherheit umgehen kann und sich nicht immerzu um einer formalen Harmonie – oder, politisch gesagt, einer programmatischen Einheitlichkeit – willen abrackert. Das Ziel ist, eine zugrunde liegende Struktur zu haben, mit der jede(r) zufrieden ist, und dann darauf einen konstanten Prozess der Improvisation zu bauen, dessen Charakter unmöglich vorhergesehen oder orchestriert werden kann.

MICHAEL LÖWY

Eine neue Internationale?

Die Erste Internationale, die 1864 in London gegründet wurde, hatte Karl Marx zum Autor des Gründungsmanifests, das mit der berühmten Formel schließt: »Die Emanzipation der Arbeiter wird das Werk der Arbeiter selbst sein.«

Die Anhänger sowohl von Marx als auch von Proudhon betätigten sich in dieser Internationale (eigentlich: Internationale Arbeiterassoziation – IAA), obwohl ersterer viel mehr Einfluss hatte und einige der wichtigsten Dokumente der Internationale schrieb, aber die Beziehungen zwischen den beiden Männern selbst blieben immer schlecht. Beim Kongress in Brüssel (1868) kam durch das Bündnis zwischen Marxisten und linken Proudhonisten wie Eugène Varlin, dem zukünftigen Helden der Pariser Kommune, die Annahme eines Programms zustande, in dem das kollektive Eigentum an den Produktionsmitteln vorgeschlagen wurde. Die Beziehungen der Internationale zu Bakunin und seinen Anhängern waren komplexer, was zu Spaltungen und – nach ihrer unheilvollen Übersiedlung in die Vereinigten Staaten im Jahre 1872, die eine der weniger großartigen Ideen von Marx gewesen ist – zu ihrer Auflösung führte.

Die Erste Internationale überlebte nur in der Form jener anarchistischen Dissidenten, die sich selbst als Erben der Organisation betrachteten. Ihre Existenz heutzutage ist eher symbolischer Natur, jedoch etablierten im Jahre 2001 die dynamischeren und offeneren Strömungen des libertären Sozialismus ein Netzwerk namens Libertäre Internationale Solidarität (LIS). Dieses Netzwerk umfasst wichtige Organisationen wie die Confederación General de Trabajadores (Spanien), die Alternative Libertaire (Frankreich), die Uruguayische Anarchistische Föderation und andere mehr. Außerdem hat es in den letzten Jahren eine bedeutende Entwicklung anarchistischer Strömungen innerhalb der anti-neoliberalen Bewegung gegeben, manche mit der IAA affiliert, andere mit der LIS und viele ohne internationale Partner.

Die Zweite Internationale, die von Friedrich Engels 1889 gegründet worden war, wurde im Jahre 1914 durch die Tatsache auseinander gerissen, dass einige ihrer Sektionen den imperialistischen Krieg unterstützten. Sie wurde in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit einer entschieden reformistischen Orientierung wieder aufgebaut und reorganisierte sich nochmals – nun unter einem neuen Namen: Sozialistische Internationale (SI) – nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die SI ist zur Zeit eine heterogene Sammlung von Parteien und Bewegungen, hauptsächlich europäischen und lateinamerikanischen

Michael Löwy – Jg. 1938, brasilianisch-französischer Intellektueller, Forschungsdirektor für Soziologie am Centre National de Recherche Scientifique in Paris; Veröffentlichungen vor allem in *New Left Review* und *Socialist Register*; langjähriges Engagement in der Vierten Internationale. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Die kulturelle Dimension des Sozialismus, Heft 71 (September 1996).

Der hier abgedruckte Aufsatz ist ein Auszug aus dem von Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen und Peter Waterman herausgegeben Buch »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum«, das im Oktober 2004 als Band 15 der »Texte«-Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Karl Dietz Verlag Berlin erschienen ist. »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum« ist die deutschsprachige Ausgabe des bei der Viveka-Stiftung New Delhi im Januar 2004 in Englisch erschienenen Bandes »World Social Forum: Challenging Empires«. Die Übersetzung des Bandes und somit auch des hier abgedruckten Aufsatzes besorgten Carla Krüger und Wolfram Adolphi (Redaktion).

Ursprungs, von Befreiungsbewegungen – wie den Sandinistas oder der Farabundo Martí – bis hin zu pro-imperialistischen Parteien wie Tony Blairs New Labour. Es dominiert eine Sozialdemokratie mit moderater Tendenz – das heißt: sozial-liberal –, wie sie von der deutschen SPD, der Französischen Parti socialiste oder Spaniens PSOE repräsentiert wird. Ihr Ziel ist nicht mehr – wie zu Zeiten von Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und Jean Jaurès – die Beseitigung des Kapitalismus und die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, sondern eher das »soziale« Management des neoliberalen Kapitalismus. Die SI funktioniert nicht als politische Organisation, eher als Diskussionsklub, als Arena politisch-diplomatischer Verhandlungen.

Die Dritte Internationale war der wichtigste Versuch, eine internationale Vereinigung proletarischer Parteien mit anti-imperialistischem und revolutionärem Charakter zu schaffen. Trotz vieler autoritärer Züge und militärischer Disziplin war sie während ihrer ersten Jahre (1919-1924) eine wahrlich internationalistische Körperschaft, geprägt durch Persönlichkeiten wie Antonio Gramsci, Clara Zetkin, Andrés Nin und José Carlos Mariátegui. Nach dem Tod Lenins wurde sie unter der Ägide der stalinistischen Bürokratie zusehends in ein Instrument der sowjetischen Politik des »Aufbaus des Sozialismus in einem Land« verwandelt. Trotzdem lebte der Internationalismus unter den aktiven Kommunisten weiter, wie an ihrem Mitwirken an den Internationalen Brigaden in Spanien (1936 - 1938) zu sehen ist.

Im Jahre 1943 löste Stalin auf Drängen seiner Alliierten Churchill und Roosevelt die Kommunistische Internationale auf, ohne die totale politische, ideologische und organisatorische Abhängigkeit der Kommunistischen Parteien in der Welt von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) zu reduzieren. Mit der Auflösung des fälschlich so genannten »real existierenden Sozialismus« nach 1989 gerieten die Erben der Dritten Internationale in eine Krise, die sie mit wenigen Ausnahmen in Richtung einer politischen Marginalie oder zur Konvertierung zur Sozialdemokratie geführt hat. Manche Parteien wie die Rifondazione Comunista in Italien waren fähig, sich wahrhaft umzugestalten, mit ihrer stalinistischen Vergangenheit zu brechen und eine neue Richtung einzuschlagen, radikal und offen für die Beiträge der sozialen Bewegungen.

Die Vierte Internationale, von Leo Trotzki 1938 gegründet, entstand aus der Internationalen Linken Opposition, einer antibürokratischen Tendenz innerhalb der Kommunistischen Internationale. Durch die Ermordung Trozki und vieler anderer Führungspersönlichkeiten, durch das Wirken der Faschisten, aber auch durch zahlreiche Spaltungen geschwächt, war sie nie in der Lage, sich in eine Massenbewegung zu verwandeln. Jedoch spielten ihre Aktivisten eine wichtige Rolle in den Ereignissen vom Mai 1968 in Frankreich, der Antikriegsbewegung in Amerika und im Widerstand gegen die Diktaturen in mehreren lateinamerikanischen Ländern. Die Vierte Internationale versuchte, das Erbe der Oktoberrevolution vom stalinistischen Desaster und mit Hilfe ihrer Aktivisten und Führungspersönlichkeiten (Ernest Mandel, Livio Maitan, Hugo Blanco, Raul Pont, Alain Krivine und Daniel Bensaïd) die Theorie und Praxis des revolutionären Marxismus zu retten.

Die Vierte Internationale – der der Autor dieser Zeilen angehört – ist in den letzten Jahren stärker geworden, aber bleibt eine schwache Organisation, sowohl was die Zahlen als auch was die Ressourcen angeht. Mit Ausnahme der Philippinen und von Sri Lanka sind ihre Kräfte hauptsächlich in Europa und Lateinamerika konzentriert. Ihre AktivistInnen haben als organisierte Strömung in der Gründung größerer Neugruppierungen mitgewirkt, wie der Rifondazione Comunista in Italien, der Sozialistischen Allianz in England und Wales, dem Linken Block in Portugal, der Frente Amplio in Uruguay und der Arbeiterpartei in Brasilien. Anders als andere Gruppen und Sekten, die sich mit dem Trotzismus identifizieren, betrachtet sich die Vierte Internationale nicht als die einzige revolutionäre Avantgarde, und ihr Ziel ist es, zur Bildung einer neuen Internationale beizutragen, mit Massencharakter, in der sie nur eine Komponente darstellt.

Die Frage des internationalen Widerstands gegen das Kapital ist heute brandaktuell. Das Kapital war noch nie fähig, eine so absolute und grenzenlose Macht auf dem ganzen Planeten auszuüben wie heute. Noch nie zuvor konnte es, wie es dies heute tut, seine Regeln, Politik, Dogmen und Interessen allen Nationen dieser Welt überstülpen. Noch nie zuvor hat es so ein enges Netzwerk internationaler Institutionen – wie IWF, Weltbank und WTO – gegeben, die dazu bestimmt sind, das Leben der Menschheit nach den strikten Regeln des kapitalistischen freien Markts und des zügellosen Profitstrebens zu regieren und zu verwalten. Nie zuvor konnten die multinationalen Konzerne und die Finanzmärkte ihre globale Diktatur auf so brutale Weise ausüben. Schließlich ist die Macht eines einzigen imperialistischen Staats, der Vereinigten Staaten von Amerika, nie so extensiv und so arrogant gewesen. Heute erleben wir, wie Subcomandante Marcos in seiner Botschaft vom 28. August 1995 an die Europäischen Zapatisten schrieb, »einen tatsächlichen Krieg von Geld und den Kräften des internationalen Finanzkapitals gegen die Völker, die Menschheit, die Kultur und die Geschichte.«

Die Offensive des Kapitals und der neoliberalen Regierungen zu seinen Diensten, die im Jahr 1980 mit Ronald Reagan und Margaret Thatcher begann, erreichte ihren Höhepunkt nach dem Fall der Berliner Mauer und der kapitalistischen Restauration in den Ländern Osteuropas. Der »Tod der Utopie« (oder der Revolution oder des Marxismus) und das »Ende der Geschichte« wurden triumphierend in allen Hauptstädten des Westens proklamiert.

Es war in einem Kontext von Niederlage und Orientierungslosigkeit der Linken, dass wie ein Lichtstrahl im Dunkeln der Zapatista-Aufstand aufblitzte. Und 1996 fand das Erste Interkontinentale Treffen für Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus in den Bergen von Chiapas statt. Dieses Ereignis machte weltweit Eindruck und brachte, zum ersten Mal in sehr vielen Jahren, Militante, AktivistInnen und Intellektuelle mehrerer Tendenzen zusammen, aus dem Norden und aus dem Süden, aus Lateinamerika, den Vereinigten Staaten und Europa. Aus diesem Treffen kam der historische Aufruf, die Internationale der Hoffnung gegen die »Internationale des Terrors, repräsentiert durch den Neoliberalismus« zu gründen, wie die Zweite Erklärung von La Realidad es ausdrückt, und die im-

mense Aufgabe anzupacken, ein kollektives Netzwerk all unserer Kämpfe und spezifischen Widerstände zu schaffen.

Es wurde ein Aufruf für ein interkontinentales Netzwerk des Widerstands gegen den Neoliberalismus verabschiedet, ein anderer für ein interkontinentales Netzwerk für Menschlichkeit. Dieses interkontinentale Netzwerk sollte auf der Grundlage der Anerkennung von Unterschieden und Ähnlichkeiten versuchen, sich mit anderen Widerstandsbewegungen weltweit zu vernetzen, und es sollte dies der Weg sein, durch den verschiedene Widerstandszentren voneinander lernen.

Das Treffen in Chiapas im Jahre 1996 kann als der erste Akt der großen Bewegung des anti-neoliberalen Kampfes angesehen werden, der sich nun in jedem Winkel des Planeten auswirkt. Obwohl diese Initiative keine direkten Konsequenzen hatte – die Versuche, inspiriert durch das Zapatista-Beispiel, andere Treffen dieser Art in Europa oder Lateinamerika zu organisieren, waren nicht erfolgreich –, bildete sie doch den Ausgangspunkt, den Geburtspunkt eines neuen, eines anti-neoliberalen und anti-imperialistischen Internationalismus.

Der große Protest von Seattle 1999 wurde zur Kraftlinie dieses neuen Internationalismus, der Bewegung des globalen Widerstands – eines Widerstands, der durch die rechte Presse fälschlich zur »Antiglobalisierungsbewegung« erklärt wurde. Diese »Bewegung der Bewegungen« löste Proteste in Prag, Stockholm, Brüssel, Bangkok, Washington, Barcelona, Genua, Florenz, Paris und anderswo aus. Es gab Hunderte, Tausende und auch eine Million Teilnehmer, und es kam zu den Treffen des WSF in Porto Alegre (2001, 2002 und 2003), des ESF (2002, 2003) und zu weiteren Treffen auf regionaler und kontinentaler Ebene.

Diese Bewegung für eine andere Welt ist breit gefächert und heterogen und hat einen weltweiten internationalen und internationalistischen Charakter. Trotz aller Vielfalt besteht Einigkeit in einigen grundlegenden Fragen: »Die Welt ist keine Ware!«, »Eine andere Welt ist möglich!«, »Nein zum Krieg!«. Dies sind allgemeine Prinzipien, aber wenn sie mit guten Argumenten vorgebracht werden, haben sie ein tiefes, subversives Potenzial. Es besteht Einigkeit über konkrete Forderungen: Annullierung der Schulden des Südens, Abschaffung der Steueroasen, Erhebung einer Steuer auf Währungs-transaktionen, Verkündung eines Moratoriums für Genprodukte und andere mehr. Es besteht ein breiter Konsens, was die Identifizierung des Feindes angeht: Neoliberalismus, IWF, Weltbank, WTO, das US-Imperium. Was die Alternative zur herrschenden Ordnung angeht, sehen wir ein weites Spektrum an Antworten, von der »Regulierung« des Systems bis zu seiner revolutionären – sozialistischen – Umgestaltung.

Diese Vielfalt kann ein Hindernis sein, ist aber auch eine Quelle der Stärke. An der Bewegung des globalen Widerstands beteiligt sind Gewerkschaften, FeministInnen, MarxistInnen, AnarchistInnen, UmweltschützerInnen, befreiungstheologische Gruppen, SozialistInnen verschiedener Couleur und Schattierung, Bäuerinnen und Bauern und Eingeborenenbewegungen, NGOs, Intellektuelle und viele junge Leute, Frauen und andere Werk tätige, die protestieren,

marschieren, kämpfen und mit anderen diskutieren wollen. Es ist eine einzigartige Gelegenheit für Begegnungen, Debatten, für das Voneinander-Lernen – ein Prozess des kulturellen Austauschs, in dem jede Akteurin/jeder Akteur die Ideen und Überzeugungen anderer entdeckt, ohne ihre/seine eigenen aufzugeben, und versucht, sie in ihre/seine Gedanken und Praktiken aufzunehmen.

Die Mischung und Fusion aller dieser Zutaten schafft einen explosiven Cocktail: die neue internationalistische Kultur der Bewegung des globalen Widerstands. Dieser Prozess steckt immer noch erst in seinen Anfängen, ist weit davon entfernt, eine gemeinsame Richtung zu haben, aber schon ist die Herausbildung eines gemeinsamen Geistes der Bewegung zu erkennen, radikal, kämpferisch und feindlich gegenüber Versuchen, die Bewegung für eine Institution zu instrumentalisieren.

Die Bewegung des globalen Widerstands – zumindest ihr am besten organisierter Ausdruck, das WSF – hat einen bestimmten Grad an internationaler Organisation erreicht. Es gibt ein Internationales Komitee, und 2002 wurde in Porto Alegre ein Parlamentarisches Forum geschaffen. Aber diese Körperschaften sind, wie das Forum selbst, sehr heterogen, und sie fungieren nicht als internationale politische Kraft. Ihr Ziel ist beschränkter: Es besteht in der Organisation des WSF und der kontinentalen Foren. Am wichtigsten ist das Netzwerk der sozialen Bewegungen – bestehend aus Via Campesina, den brasilianischen Bewegungen MST und CUT, ATTAC usw. –, das die Hauptkraft im WSF darstellt und das sowohl Dokumente publiziert, die einige Elemente politischer, anti-imperialistischer und anti-neoliberalen Analyse enthalten, als auch Aufrufe zu gemeinsamen Protestaktionen verabschiedet.

Gereicht dies schon zu einer Fünften Internationale? Nein, das tut es nicht. Zum einen sprechen wir über soziale Bewegungen – und nicht über politische Organisationen oder ein Projekt globaler sozialer Umgestaltung. Und zum anderen sind die Bewegung des globalen Widerstands und ihre Körperschaften sehr heterogen – wie es auch sein soll – und schließen Bereiche ein, die immer noch an die Möglichkeit eines regulierten, humanistischen, nationalen und demokratischen Kapitalismus glauben. Dieselbe Heterogenität herrscht auch im Internationalen Parlamentarischen Forum.

Was fehlt, ist ein Netzwerk politischer Organisationen – Parteien, Fronten, Bewegungen –, das innerhalb der Bewegung ein alternatives Projekt, das über den Kapitalismus hinausweist, und die Perspektive einer neuen Gesellschaft, in der es weder Unterdrücker noch Unterdrückte gibt, vorschlagen kann. Etwas Ähnliches existiert bereits in Europa – die Konferenz der Europäischen Antikapitalistischen Linken, die die PRC (Italien), die LCR (Frankreich), den Linken Block (Portugal), die Sozialistische Allianz (England und Wales), die Rot-Grüne Allianz (Dänemark) und einige andere umfasst. Trotz ihrer Unterschiede teilen diese Strömungen die Ablehnung der kapitalistischen Globalisierung, der neoliberalen Politik und des imperialistischen Kriegs. Sie teilen auch das Bestreben nach einer »positiven« alternativen, antikapitalistischen, antipatriarchalen, ökologischen und internationalistischen »sozialistischen und demokratischen Gesellschaft, ohne Ausbeutung der Arbeit und Unterdrückung

der Frauen, basierend auf einer nachhaltigen Entwicklung – nach einem selbstverwalteten Sozialismus von unten«.¹

Wenn diese Erfahrung auf andere Kontinente ausgedehnt würde, um so ein Netzwerk zu schaffen, das im weitesten Sinne die radikalsten politischen Positionen in der großen Bewegung des globalen Widerstands aufnehmen würde, hätten wir eine Neue Internationale. Sie müsste nicht notwendigerweise die »Fünfte« sein, da nicht alle TeilnehmerInnen sich notwendigerweise mit der Geschichte der Arbeiter- und sozialistischen Internationalen der Vergangenheit identifizieren würden. Sie könnte die Internationale Konferenz der Antikapitalistischen Linken oder Tendenz zur Neuen Internationalen genannt werden oder irgendeinen anderen von der kreativen Phantasie der TeilnehmerInnen für gut geheißenen Namen erhalten.

Diese neue Internationale könnte die positiven Beiträge der vier proletarischen Internationalen in ausgewählter Weise integrieren. Sie würde die Erbin von Babeuf und Fourier, Marx und Bakunin, Blanqui und Engels, Rosa Luxemburg und Lenin, Emma Goldman und Buenaventura Durruti, Gramsci und Trotzki, Emiliano Zapata und José Carlos Mariátegui, Augusto Caesar Sandino und Farabundo Martí, Ernesto Ché Guevara und Camilo Torres, Ho Chi Minh und Nazim Hikmet, Mehdi Ben Barka und Malcolm X und vielen anderen sein. Ihr Bezugspunkt würden jedoch die existierenden sozialen Bewegungen und in erster Linie die Bewegung des globalen Widerstands gegen den Neoliberalismus sein.

Unter den Internationalen der Vergangenheit könnte es vielleicht die erste sein, die als Inspiration dienen könnte: als eine aus verschiedenen Tendenzen bestehende vielfältige demokratische Bewegung, in der verschiedene politische Meinungen gedanklich und praktisch konvergieren könnten. Das bedeutet nicht, dass die Form der Verfassung und des Funktionierens der Internationalen Arbeiterassoziation heute reproduziert werden kann. Es ist unmöglich vorherzusagen, was für organisatorische Formen diese neue internationale Kraft haben könnte – dezentralisierte Föderation, organisatorisches Netzwerk oder einfach Konferenz mit periodischen Treffen –, aber sie würde auf jeden Fall flexibel, offen und ohne bürokratische Strukturen sein müssen. Idealerweise würde sie Parteien und Frontorganisationen, aber auch linke Zeitschriften, Forschungsgruppen, Organisationen sozialer Bewegungen und Intellektuelle umfassen.

Wie könnten wir das politisch-soziale Feld dieser neuen Internationale umreißen? Es scheint mir offensichtlich, dass Antiimperialismus und Antikapitalismus – das heißt, die Überzeugung, dass die Abschaffung des Kapitalismus als weitweites System eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedingung für die Beseitigung sozialer Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung ist – wesentliche Kriterien sind. Die Perspektive einer neuen Gesellschaft: frei, demokratisch, egalitär, solidarisch, ökologisch, feministisch (für mich und meine GenossInnen ist das eine sozialistische Gesellschaft – aber das ist eine offene Frage) wäre eine weitere wesentliche Bedingung. Im Prozess der Gründung dieses Netzwerks oder dieser Föderation würden wir die gemeinsamen Grundlagen und die politische Plattform der neuen Internationale festlegen.

Wo sollten wir beginnen? Wie unser Genosse Daniel Bensaïd es ausdrückt: Der Ausgangspunkt ist die nicht zu unterdrückende Kraft des Zorns, die bedingungslose Ablehnung von Ungerechtigkeit, eine Haltung des Nicht-Resignierens. »Zorn ist ein Anfang. Eine Art aufzustehen und anzufangen, sich zu bewegen. Wenn Du erst wütend bist und Dich aufgelehnt hast, kannst Du nachher sehen, was passiert.« Wenn wir die Kräfte sammeln, die um den ganzen Planeten herum von ihrem Ärger auf das existierende System, von ihrem Aufbegehren gegen die Mächtigen und ihrer Hoffnung, dass eine andere Welt möglich ist, angetrieben sind, werden wir die Elemente für eine neue Internationale – mit oder ohne Nummer – beisammen haben.

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS

Das Weltsozialforum: Für eine gegenhegemoniale Globalisierung

Boaventura de Sousa Santos – Jg. 1940, Lehraufgaben an der Universitäten von Coimbra (Portugal) und der Universität von Wisconsin in Madison/Wisconsin (USA); neueste Buchveröffentlichungen: *Towards a New Legal Common Sense* (Hin zu einer neuen Vernunft des Rechts) und *Conhecimento prudente para uma vida decente* (Vernünftiges Wissen für ein würdiges Leben); Herausgeber einer Buchreihe, die aus dem kollektiven Projekt »Wiederentdeckung der sozialen Emanzipation: Erkundung der Möglichkeiten der gegenhegemonialen Globalisierung« erwachsen ist. Die Reihe soll in Portugiesisch, Spanisch, Italienisch und Englisch erscheinen.

Die Neuheit des Weltsozialforums

Das Weltsozialforum ist ein neues soziales und politisches Phänomen. Die Tatsache, dass es Vorgänger hat, ändert an seiner Neuheit nichts. Im Gegenteil. Es ist kein Event, kein Ereignis, auch keine bloße Folge von Ereignissen. Es ist keine wissenschaftliche Konferenz, obwohl dort die Beiträge vieler Wissenschaftler zusammenfließen. Es ist keine Partei und auch keine Internationale der Parteien, obwohl Militante und Aktivisten vieler Parteien aus der ganzen Welt daran teilnehmen. Es ist keine NGO oder Konföderation von NGOs, obwohl seine Konzeption und Organisation den NGOs eine ganze Menge schuldet. Es ist keine soziale Bewegung, obwohl es sich als Bewegung der Bewegungen bezeichnet. Obwohl es sich als Agens sozialer Veränderungen darstellt, lehnt das WSF das Konzept eines historischen Subjekts ab und gibt keinem spezifischen sozialen Akteur in diesem Prozess der sozialen Veränderung den Vorzug. Es hat keine klar definierte Ideologie – weder in der Definition dessen, was es ablehnt, noch in dem, was es behauptet.

Ist das WSF deshalb, weil es sich als Kampf gegen die neoliberale Globalisierung begreift, ein Kampf gegen eine Form des Kapitalismus oder gegen den Kapitalismus im Allgemeinen? Da es sich als Kampf gegen Diskriminierung, Ausschluss und Unterdrückung sieht – setzt der Erfolg dieses Kampfes einen post-kapitalistischen, sozialistischen und anarchistischen Horizont voraus, oder setzt er voraus, dass kein Zusammenhang klar definiert werden soll?

Da die große Mehrheit der Menschen, die am WSF teilnehmen, sich als Unterstützer einer linken Politik definiert – wie viele Definitionen dessen, was »die Linke« ist, treffen auf das WSF zu? Und wie ist es mit denen, die es ablehnen, sich festzulegen, weil sie glauben, dass die Links-Rechts-Dichotomie eine nördlich oder westlich zentrierte Besonderheit ist, und die deshalb nach anderen politischen Definitionen suchen?

Die sozialen Kämpfe, die im WSF ihren Ausdruck finden, treffen adäquat auf keinen der beiden Wege der sozialen Veränderung zu, die durch die westliche Moderne sanktioniert werden: Reform und Revolution. Abgesehen vom Konsens hinsichtlich der Gewaltlosigkeit sind die Kampfformen des WSF extrem vielfältig und scheinen weit gefächert zwischen den Polen Institutionalität und Aufstand zu liegen. Selbst das Konzept der Gewaltlosigkeit ist offen für weit auseinander gehende Interpretationen.

Schließlich ist das WSF nicht im Einklang mit einem der Modelle der modernen politischen Organisation strukturiert – sei dies nun der demokratische Zentralismus, die repräsentative Demokratie oder die partizipative Demokratie. Mit anderen Worten: Die »Bewegung der Bewegungen« ist nicht eine weitere Bewegung. Sie ist eine andere Bewegung. Die Herausforderung, die das WSF darstellt, hat noch eine weitere Dimension. Über die theoretischen, analytischen und erkenntnistheoretischen Fragen hinaus wirft es noch ein neues politisches Problem auf: Es zielt darauf ab, eine Utopie in einer Welt zu verwirklichen, in der es kein Utopia gibt. Dieser utopische Wille drückt sich in dem Slogan »Eine andere Welt ist möglich!« aus. Es geht dabei weniger um eine utopische Welt als vielmehr um eine, die Utopia erlaubt.

Im ersten Teil dieses Beitrags beschäftige ich mich daher mit dem WSF als kritischer Utopie, als Epistemologie des Südens und als im Aufkommen befindlicher Politik.¹

Das WSF als kritische Utopie

Utopien haben ihre Zeitpläne, sagt Ernst Bloch.² Die Konzepte von und die Bestrebungen hin zu einem besseren Leben und einer besseren Gesellschaft, die in der menschlichen Geschichte ewig präsent sind, ändern sich nach Form und Inhalt, nach Zeit und Raum. Sie drücken die Tendenzen und Latenzen einer gegebenen Epoche und Gesellschaft aus. Sie stellen ein antizipatorisches Bewusstsein dar, das sich durch die Erweiterung der Zeichen oder Spuren aufkommender Realitäten äußert. Hat das WSF eine utopische Dimension? Und wenn ja, welches ist ihr Zeitrahmen?

Das WSF ist ein Bündel von Initiativen transnationalen Austauschs unter sozialen Bewegungen und NGOs, ein Austausch ihrer Praktiken und ihres Wissens über die lokalen, nationalen und globalen Kämpfe gegen die verschiedenen Formen von Ausschluss und Einschluss, von Diskriminierung und Gleichheit, Universalismus und Partikularismus, kulturellem Zwang und Relativismus, die durch die augenblickliche Phase des Kapitalismus, der als neoliberale Globalisierung bekannt ist, hervorgebracht oder möglich gemacht werden. Die utopische Dimension des WSF besteht darin, Alternativen zur neoliberalen Globalisierung für möglich zu halten.

Wie Franz Hinkelammert sagt, leben wir in einer Zeit konservativer Utopien, deren utopischer Charakter in ihrer radikalen Leugnung von Alternativen zur gegenwärtigen Realität besteht.³ Die Möglichkeit von Alternativen ist genau darum diskreditiert, weil sie utopisch, idealistisch und unrealistisch ist. Im Neoliberalismus ist das Kriterium von allem der Markt. Der totale Markt wird eine perfekte Institution. Sein utopischer Charakter beruht auf dem Versprechen, dass seine totale Anwendung alle Utopien auslöschen wird. Was konservative Utopien wie den Markt von kritischen Utopien unterscheidet, ist die Tatsache, dass sie sich mit der augenblicklichen Realität identifizieren und ihre utopische Dimension in der Radikalisierung oder vollständigen Erfüllung der Gegenwart entdecken. Für sie sind Arbeitslosigkeit und soziale Ausschließung, Hunger, Not und Tod an der Peripherie des Weltsystems nicht die Konsequenz der Mängel oder Grenzen der Gesetze des Marktes, sondern

Der hier abgedruckte Aufsatz ist ein Auszug aus dem von Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen und Peter Waterman herausgegeben Buch »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum«, das im Oktober 2004 als Band 15 der »Texte«-Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Karl Dietz Verlag Berlin erschienen ist. »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum« ist die deutschsprachige Ausgabe des bei der Viveka-Stiftung New Delhi im Januar 2004 in Englisch erschienenen Bandes »World Social Forum: Challenging Empires«. Die Übersetzung des Bandes und somit auch des hier abgedruckten Aufsatzes besorgten Carla Krüger und Wolfram Adolphi (Redaktion).

1 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. Hier zitiert nach der englischen Ausgabe *The Principle of Hope*, Cambridge (Mass.) 1995, p. 479.

2 Vgl. Franz Hinkelammert: *Critica De La Razon Utopica*, Bilbao 2002.

3 Vgl. Immanuel Wallerstein, Etienne Balibar: *Race, Nation, Class. Ambiguous Identities*, New York 1991; siehe auch A. Quijano: *Colonialidad Del Poder y Clasificación Social*, in: *Journal of World Systems Research*, Vol. 6, No. 2 (2000), p. 342-386.

Ausdruck dessen, daß diese Gesetze noch nicht vollständig zum Tragen gekommen sind. Der Horizont von konservativen Utopien ist daher ein geschlossener, er ist ein Ende der Geschichte.

Dies ist der Kontext, in dem die utopische Dimension des WSF verstanden werden muss. Das WSF bedeutet eine Wiederbelebung der kritischen Utopie, das heißt: einer radikalen Kritik der gegenwärtigen Realität und des Strebens nach einer besseren Gesellschaft. Dies geschieht, während doch die anti-utopische Utopie des Neoliberalismus dominant ist. Die utopische Dimension des WSF besteht darin, die Möglichkeit einer gegenhegemonialen Globalisierung zu behaupten. Es ist eine radikaldemokratische Utopie. In diesem Sinne behauptet sich die Utopie des WSF mehr als Negativität (in der Definition dessen, was es kritisiert) denn als Positivität (in der Definition dessen, was es anstrebt).

Die Besonderheit des WSF als kritische Utopie hat noch eine weitere Erklärung. Für das WSF ist der Anspruch der Alternativen plural – und zwar sowohl was die Form des Anspruchs als auch den Inhalt der Alternativen angeht. Die andere mögliche Welt ist eine utopische Bestrebung, die mehrere mögliche Welten umfasst. Sie kann vieles sein, aber nie eine Welt ohne Alternative.

Aber es bleibt die Frage: Wird es, wenn die gegenhegemoniale Globalisierung konsolidiert und daher die Idee, dass eine andere Welt möglich ist, glaubwürdig gemacht ist, möglich sein, diese Idee mit demselben Maß an radikaler Demokratie auszufüllen, die sie erst möglich gemacht hat?

Das Weltsozialforum als Epistemologie des Südens

Die neoliberale Globalisierung wird von technisch-wissenschaftlichem Wissen dominiert und schuldet ihre Hegemonie der glaubwürdigen Art und Weise, in der sie alles rivalisierende Wissen diskreditiert. Sie tut dies, indem sie den Eindruck erweckt, dass dieses rivalisierende Wissen in Bezug auf seine Effizienz und Kohärenz nicht mit der wissenschaftlichen Natur der Marktgesetze Schritt halten könne. Daher haben die im WSF geübten Praktiken ihren Ausgangspunkt in sehr verschiedenen epistemologischen Annahmen – was ist als Wissen zu betrachten? – und ontologischen Universen – was bedeutet es, Mensch zu sein? Diese Unterschiedlichkeit existiert nicht nur zwischen den verschiedenen Bewegungen, sondern auch innerhalb jeder einzelnen. Die Unterschiede innerhalb der feministischen Bewegung, zum Beispiel, sind nicht nur politisch. Es gibt einerseits Unterschiede dahingehend, was als relevantes Wissen zählt, und andererseits Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die Beziehungen zwischen dem westlichen wissenschaftlichen Wissen und anderem, aus anderen Praktiken, Rationalitäten und kulturellen Universen abgeleiteten Wissen identifiziert, zur Geltung gebracht oder hierarchisiert werden können. Diese Unterschiede gehen bis zu der Frage, was es bedeutet, Mensch zu sein und Mann oder Frau. Die Praxis des WSF deckt in diesem Zusammenhang übrigens auch auf, dass unser Wissen über die Globalisierung viel weniger global ist als die Globalisierung selbst.

Es ist klar, dass viele gegenhegemoniale Praktiken auf das hegemoniale wissenschaftliche und technologische Wissenschaftspara-

digma zurückgreifen, und viele würden ohne des letztere ja auch gar nicht denkbar sein. Das trifft auf das WSF selbst zu, das ohne die Technologien der Information und Kommunikation nicht existieren könnte. Die Frage ist: In welcher Hinsicht ist solches Wissen nützlich und gültig, und welches andere Wissen ist über die Grenzen der Nützlichkeit und Gültigkeit des wissenschaftlichen Wissens hinaus verfügbar und nutzbar? Damit ist ein weiteres epistemologisches Problem genannt: Auf der Basis welchen Wissens oder welcher Epistemologie sollten diese Probleme formuliert werden?

Die Wissenschaft steht der hegemonialen Globalisierung in doppelter Weise zu Diensten: zum einen durch die Art und Weise, in der sie sie fördert und legitimiert, und zum anderen dadurch, wie sie die gegenhegemoniale Globalisierung diskreditiert, verbirgt oder verniedlicht. Die Hegemonie setzt eine ständige Überwachung und Unterdrückung gegenhegemonialer Praktiken und Akteure voraus. Wenn das hegemoniale Wissen auf rivalisierendes Wissen trifft, verwandelt hegemoniales wissenschaftliches Wissen es entweder in Rohmaterial – wie im Fall des eingeborenen oder Bauernwissens über Biovielfalt –, oder es verwirft sie auf der Basis ihrer aus der Sicht der hegemonialen Kriterien von Wahrheit und Effizienz bestehenden Falschheit oder Ineffizienz. Mit dieser Situation konfrontiert, ist die vom WSF vorgeschlagene epistemologische Alternative die, dass es globale soziale Gerechtigkeit nicht geben kann, wenn es nicht auch globale kognitive Gerechtigkeit gibt.

Diese epistemologische Alternative gründet sich auf zwei Ideen. Erstens: Wenn die Objektivität der Wissenschaft keine Neutralität beinhaltet, können Wissenschaft und Technologie ebenso gut in den Dienst der gegenhegemonialen Praktiken gestellt werden. Das Ausmaß, in dem Wissenschaft genutzt werden kann, ist innerhalb der Bewegungen allerdings strittig, und es kann sich je nach Umständen und Praktiken ändern. Zweitens: Was auch immer das Ausmaß, in dem Wissenschaft genutzt wird, sein mag – gegenhegemoniale Praktiken sind hauptsächlich Praktiken nichtwissenschaftlichen Wissens, praktischen, oft unausgesprochenen Wissens, das glaubhaft gemacht werden muss, um die Praktiken wiederum glaubhaft zu machen.

Der zweite Punkt ist polemischer, weil er die hegemonialen Konzepte von Wahrheit und Effizienz direkt in Frage stellt. Die epistemologische Anprangerung, auf die das WSF sich einlässt, besteht darin, zu zeigen, dass die Konzepte der Rationalität und Effizienz, die das hegemoniale technisch-wissenschaftliche Wissen bestimmen, zu restriktiv sind. Sie können den Reichtum und die Vielfalt der sozialen Erfahrung der Welt nicht einfangen, und insbesondere diskriminieren sie die Praktiken des Widerstands und der Produktion von gegenhegemonialen Alternativen. Das Verstecken und Diskreditieren dieser Praktiken stellt eine Verschwendung sozialer Erfahrung dar – und zwar sowohl sozialer Erfahrung, die bereits verfügbar, aber noch nicht sichtbar, als auch sozialer Erfahrung, die noch nicht vorhanden, aber realistisch möglich ist.

Die epistemologische Operation, die durch das WSF durchgeführt wird, besteht aus zwei Prozessen, die ich als Soziologie der Abwesenheiten und Soziologie des Aufkommens bezeichne. Ich spreche von Soziologien, da es mein Ziel ist, kritisch die Bedingungen zu

identifizieren, die nichthegemoniale und möglicherweise gegenhegemoniale soziale Erfahrung zerstören. Durch diese Soziologien wird soziale Erfahrung, die der Zerstörung widersteht, aus der Verborgenheit geholt, und die Zeit und der Raum, in denen neue gegenhegemoniale soziale Erfahrungen identifiziert und glaubwürdig gemacht werden können, werden geöffnet. Die folgende Beschreibung der Soziologie der Abwesenheiten und der des Aufkommens stellt den Idealtypus der durch das WSF gebotenen epistemologischen Operation dar.

Das WSF und die Soziologie der Abwesenheiten

Die Soziologie der Abwesenheiten besteht aus einer Untersuchung, die versucht zu erklären, dass das, was nicht existiert, tatsächlich aktiv als nicht-existent produziert wird, das heißt: als eine unglaubliche Alternative zum existierenden. Das Ziel der Soziologie der Abwesenheiten ist es, das Unmögliche in mögliche Dinge umzuwandeln, das Abwesende in Anwesende. Die Logiken und Prozesse, durch die hegemoniale Kriterien der Rationalität und Effizienz Nicht-Existenz produzieren, sind verschiedenartig. Nicht-Existenz wird produziert, wenn eine bestimmte Einheit disqualifiziert und unsichtbar, unverständlich oder unumkehrbar verwerflich gemacht wird. Die verschiedenen Logiken der Produktion von Nicht-Existenz finden ihre Übereinstimmung darin, dass sie alle Äußerungen derselben rationalen Monokultur sind.

Ich unterscheide fünf Logiken – oder Produktionsmodi – der Nicht-Existenz.

Die erste dieser Logiken ist von der Monokultur des Wissens abgeleitet. Sie unterwirft moderne Wissenschaft und hohe Kultur einem einzigen Kriterium für Wahrheit bzw. ästhetische Qualität. Alles, was durch diesen Kanon nicht anerkannt oder legitimiert ist, wird als nicht-existent erklärt. Nicht-Existenz erscheint in diesem Fall in der Form von Ignoranz gegenüber oder Mangel an Kultur.

Die zweite Logik liegt in der Monokultur der linearen Zeit – der Idee, dass die Zeit linear ist und dass an der Spitze dieser Zeit die Kernländer des Weltsystems paradieren. Diese Logik produziert Nicht-Existenz, indem sie all das als »rückständig« (vormodern, unterentwickelt usw.) erklärt, was zu dem, was als »vorangehend« definiert wird, asymmetrisch ist.

Die dritte Logik ist die Monokultur der Klassifizierung, gegründet auf der Naturalisierung der Unterschiede. Sie besteht darauf, Bevölkerungen nach Kategorien einzuteilen, mit denen Hierarchien für natürlich erklärt werden. Rassistische und sexuelle Klassifizierungen sind die herausragendsten Äußerungen dieser Logik; die rassistische Klassifizierung wird durch den Kapitalismus besonders umfassend reproduziert.⁴

Die vierte Logik der Produktion von Nicht-Existenz ist die Logik der dominanten Größe: die Monokultur des Universellen und des Globalen. Die Globalisierung privilegiert Einheiten oder Realitäten, die ihre Ausdehnung auf den ganzen Globus erstrecken und die daher das Vorrecht ernten, rivalisierende Einheiten als lokal zu bezeichnen. Nicht-Existenz wird in der Form des Besonderen und Lokalen reproduziert. Die Einheiten oder Realitäten, die als besonders

4 Vgl. A. Quijano, a. a. O.

oder lokal definiert sind, bleiben in Größenordnungen gefangen, die sie unfähig machen, glaubwürdige Alternativen zum Globalen und Universalen darzustellen.

Die fünfte Logik schließlich ist die der Produktivität. Sie beruht auf der Monokultur der Kriterien der kapitalistischen Produktivität und Effizienz, die das Wachstum durch Marktkräfte bevorzugt. Dieses Kriterium trifft sowohl auf die Natur als auch auf die menschliche Arbeitskraft zu. Nicht-Existenz wird hier in der Form von Nicht-Produktivität hervorgebracht. Auf die Natur angewandt ist Nicht-Produktivität Sterilität; auf die Arbeit angewandt drückt sie sich aus in »überflüssiger Bevölkerung«, Faulheit, beruflicher Disqualifizierung, Mangel an Fähigkeiten.

Es gibt also fünf prinzipielle soziale Formen der Nicht-Existenz, die durch hegemoniale Epistemologie und Rationalität produziert werden: das Uninformierte, das Übriggebliebene, das Minderwertige, das Lokale und das Nicht-Produktive. Die Realitäten, denen sie Gestalt geben, sind nur als Hindernisse für die als relevant angesehenen Realitäten präsent – seien diese wissenschaftlicher, fortgeschrittener, überlegener, globaler oder produktiver Art. Sie existieren als so etwas wie unwiederbringlich ausgeschlossene Formen der Existenz. Um präsent gemacht zu werden, müssen diese Abwesenheiten als Alternativen zur hegemonialen Erfahrung aufgebaut werden, ihre Glaubwürdigkeit muss diskutiert und begründet und ihre Beziehungen müssen als Objekt politischen Diskurses angenommen werden. Die Soziologie der Abwesenheiten schafft also die Bedingungen für die Erweiterung des Felds der glaubwürdigen Erfahrungen. Die Erweiterung der Welt findet nicht nur statt, weil das Feld der glaubwürdigen Erfahrungen sich erweitert, sondern auch, weil die Möglichkeiten zum sozialen Experimentieren in der Zukunft erweitert sein werden.

Die Soziologie der Abwesenheiten geht so vor, dass sie jeden der oben erwähnten Modi der Produktion von Abwesenheit in Frage stellt und indem sie Monokulturen durch Ökologien ersetzt. Ich will daher fünf Ökologien identifizieren und vorschlagen:

Erstens die Ökologie der Kenntnisse, die die Logik der Monokultur des wissenschaftlichen Wissens mit der Identifizierung anderen Wissens und anderer Kriterien der Exaktheit konfrontiert, die in den sozialen Praktiken glaubwürdig operieren. Die zentrale Idee ist, dass es im Allgemeinen weder Unwissen noch Wissen gibt. Alles Unwissen ist unwissend gegenüber bestimmtem Wissen, und jedes Wissen ist Überwindung eines besonderen Unwissens. Auf diesem Gebiet zielt die Soziologie der Abwesenheiten darauf ab, an die Stelle der Monokultur des wissenschaftlichen Wissens eine Ökologie der Wissen zu setzen.

Zweitens die Ökologie der Zeitlichkeiten, die die Monokultur der linearen Zeit durch die Idee ersetzt, dass die lineare Zeit nur eine unter vielen Konzepten der Zeit ist und dass wir, wenn wir die Welt als unsere Einheit der Analyse wählen, noch nicht einmal die üblicherweise angenommene wählen. Die lineare Zeitvorstellung wurde durch die westliche Modernität hervorgebracht, aber sie löschte noch nicht einmal in der westlichen Welt andere Vorstellungen der Zeit aus – wie etwa die der zirkulären Zeit, der zyklischen Zeit, des

retour éternel (der ewigen Wiederkehr) und noch andere, die von den Bildern der Zeitachse nicht adäquat wiedergegeben werden. Auf diesem Gebiet zielt die Soziologie der Abwesenheiten darauf ab, soziale Praktiken von ihrem Status als Residuum zu befreien, ihnen ihre eigene Zeitlichkeit und daher auch die Möglichkeit autonomer Entwicklung zurückzugeben. Auf diese Weise wird die Aktivität des afrikanischen oder asiatischen Bauern zeitgenössisch zur Aktivität des Hightech-Farmers in den US oder der des Weltbankbeamten; es entsteht eine andere Form der Zeitgenossenschaft.

Drittens die Ökologie der Anerkennung. Sie widersteht der Monokultur der Klassifizierung. Sie stellt die koloniale Mentalität der Rasse und der ungleichen Sexualität in Frage;⁵ sie sucht nach einer neuen Artikulierung zwischen den Prinzipien der Gleichheit und des Unterschiedes und erlaubt daher die Möglichkeit gleicher Unterschiedlichkeiten – eine Ökologie der Verschiedenheit gefüllt mit gegenseitiger Anerkennung. Die Unterschiede, die bleiben, wenn die Hierarchie verschwindet, werden zu einer machtvollen Anprangerung der Unterschiede, die von der Hierarchie zurückgefordert werden, damit sie nicht verschwinden muss.

Viertens die Ökologie der Übergangsgröße. Sie stellt die Logik der globalen Größe in Frage, indem sie das zurückgewinnt, was im Lokalen nicht das Resultat hegemonialer Globalisierung ist. Das Lokale, das in die hegemoniale Globalisierung integriert worden ist, nenne ich das globalisierte Lokale, das heißt die spezifische Wirkung der hegemonialen Globalisierung auf das Lokale.⁶ Die Deglobalisierung des Lokalen und seine eventuelle gegenhegemoniale Zurückglobalisierung erweitern die Verschiedenheit der sozialen Praktiken, indem sie Alternativen zum globalisierten Lokalen anbietet. Die Soziologie der Abwesenheiten erfordert in diesem Bereich die Nutzung der kartographischen Vorstellungskraft, den Umgang mit kognitiven Landkarten, die gleichzeitig mit verschiedenen Größenordnungen arbeiten, um so lokale/globale Artikulierungen zu identifizieren.⁷

Fünftens die Ökologie der Produktivität. Sie besteht in der Wiedereinbeziehung und Aufwertung alternativer Produktionssysteme, wirtschaftlicher Basisorganisationen, Arbeiterkooperativen, selbstverwalteter Betriebe, solidarischer Ökonomie usw., die durch die kapitalistische Orthodoxie der Produktivität verborgen oder diskreditiert worden sind. Das ist vielleicht der kontroverseste Bereich der Soziologie der Abwesenheiten, da er direkt sowohl das Paradigma der Entwicklung und des unendlichen Wirtschaftswachstums als auch die Logik des Primats der Ziele der Akkumulation über die Ziele der Verteilung, die den globalen Kapitalismus aufrechterhält, in Frage stellt.

In jedem der fünf Bereiche besteht das Ziel der Soziologie der Abwesenheiten darin, die Verschiedenheit und Vielfalt der sozialen Praktiken im Gegensatz zur exklusiven Glaubwürdigkeit der hegemonialen Praktiken zu enthüllen und anzuerkennen. Die Idee der Vielfalt und nicht-destruktiver Beziehungen wird durch das Konzept einer Ökologie nahe gelegt.

Das WSF ist eine umfassende Übung der Soziologie der Abwesenheiten, aber es gibt Variationen. Obwohl es zweifellos eine Zurückweisung der Monokulturen und eine Annahme der Ökologien

5 Vgl. Boaventura de Sousa Santos: *Oppositional Postmodernism and Globalisation*, in: *Law and Social Inquiry*, Vol. 23, No. 1 (1998).

6 Vgl. Boaventura de Sousa Santos: *Towards a New Common Sense. Law, Science and Politics in the Paradigmatic Transition*, New York 1995, p. 456-473; Siehe auch derselbe: *Nuestra America. Reinventing a Subaltern Paradigm of Recognition and Redistribution*, in: *Theory, Culture and Society*, Vol. 18, No. 2-3 (2001), p. 185-217.

7 Vgl. Ernst Bloch a. a. O., p. 241.

darstellt, ist dieser Prozess nicht in allen Bewegungen, Organisationen und Artikulierungen mit gleicher Intensität präsent. Wenn für einige das Optieren für Ökologien unabdingbar ist, gestatten andere auch Zwitterformen zwischen Monokulturen und Ökologien. Manche Bewegungen oder Organisationen agieren in einigen Bereichen nach einer Monokulturlogik und in anderen nach einer ökologischen. Es ist auch möglich, dass die Annahme einer ökologischen Logik durch den Fraktionalismus und den Machtkampf innerhalb einer Bewegung oder einer Organisation unmöglich gemacht wird, weshalb diese sich erneut einer Monokulturlogik zuwenden. Schließlich biete ich als Hypothese an, dass selbst die Bewegungen, die verschiedene Ökologien beanspruchen, empfänglich für die Versuchung sind, sich zwar selbst nach einer ökologischen Logik zu bewerten, die anderen Bewegungen aber nach einer hegemonialen monokulturellen Logik zu beurteilen.

Das Weltsozialforum und die Soziologie des Aufkommens

Die Soziologie des Aufkommens ist die zweite epistemologische Operation, die durch das WSF durchgeführt wird. Während das Ziel der Soziologie der Abwesenheiten darin besteht, soziale Erfahrungen, die in der Welt verfügbar sind – obwohl sie durch die hegemoniale Rationalität für nicht-existent erklärt werden –, zu identifizieren und aufzuwerten, zielt die Soziologie des Aufkommens darauf ab, die Zeichen möglicher zukünftiger Erfahrungen, die als Tendenzen und Latenzen erscheinen und die von der hegemonialen Rationalität und dem hegemonialen Wissen ignoriert werden, zu identifizieren und zu erweitern.

Für einige Denker ist das Mögliche das unsicherste und am meisten ignorierte Konzept in der westlichen Philosophie.⁸ Aber nur das Mögliche erlaubt es, den unerschöpflichen Reichtum der Welt zu enthüllen. Neben Alles und Nichts stellt Bloch zum Beispiel zwei weitere Begriffe: Nicht und Noch-Nicht. Das Nicht ist das Fehlen von etwas, aber auch der Ausdruck des Willens, diesen Mangel zu überwinden. Das Nicht unterscheidet sich daher vom Nichts.⁹ Nein zu sagen ist, ja zu etwas anderem zu sagen.

Das Noch-Nicht ist eine komplexe Kategorie, weil sie ausdrückt, was als bloße Tendenz existiert, eine Bewegung, die genau im Prozess des sich Manifestierens latent ist. Das Noch-Nicht ist der Weg, durch den die Zukunft in die Gegenwart eindringt. Es ist weder eine unbestimmte noch eine unendliche Zukunft, sondern eine konkrete Möglichkeit und eine Kapazität, die weder in einem Vakuum existiert, noch komplett vorbestimmt ist. Subjektiv ist das Noch-Nicht antizipatorisches Bewusstsein, eine Form des Bewusstseins, die im Leben der Menschen extrem wichtig ist. Objektiv ist das Noch-Nicht einerseits Kapazität (Potenz) und andererseits Möglichkeit (Potentialität). Möglichkeit hat eine Dimension der Dunkelheit, da sie im gelebten Moment geboren wird, der ihr niemals ganz sichtbar ist. Auch als ein wesentlicher Bestandteil der Unsicherheit, die von einem doppelten Mangel ausgeht: einerseits, dass die Umstände, die Möglichkeit konkret werden lassen, nur teilweise bekannt sind; und zweitens, dass solche Umstände nur teilweise bestehen.

8 Vgl. Ernst Bloch a. a. O., p. 306.

9 Vgl. Jai Sen: *The Long March to Another World: Porto Alegre – Hyderabad – Porto Alegre. Reflections on the Past Year of the World Social Forum Process – in India and Internationally (Summary)*, in: *Two, Three, Many New Social Forums?*, TransnationalAlternativ@s, 2003, www.tni.org/tat

In jedem Augenblick gibt es einen beschränkten Horizont von Möglichkeiten, und daher ist es wichtig, nicht die einzigartige Möglichkeit einer spezifischen, durch die Gegenwart angebotenen Veränderung zu verpassen: *carpe diem* (nutze den Tag)! Wenn man die drei modalen Kategorien der Existenz betrachtet – Realität, Notwendigkeit und Möglichkeit –, sind hegemoniale Rationalität und Wissen auf die ersten beiden konzentriert und vernachlässigen die dritte ganz und gar. Die Soziologie des Aufkommens konzentriert sich auf die Möglichkeit. Möglichkeit ist der Weltmotor. Ihre Momente sind Mangel (der Ausdruck von etwas Fehlendem), Tendenz (Prozess und Bedeutung) und Latenz (was im Prozess voranschreitet). Mangel ist der Bereich des Nicht, Tendenz der Bereich des Noch-Nicht und Latenz der Bereich des Nichts und des Alles, da Latenz entweder in Enttäuschung oder in Hoffnung enden kann.

Die Soziologie des Aufkommens ist die Erforschung der Alternativen, die im Horizont der konkreten Möglichkeiten enthalten sind. Sie besteht darin, eine symbolische Erweiterung des Wissens, der Praktiken und der Akteure zu unternehmen, um darin die Tendenzen der Zukunft (das Noch-Nicht) zu identifizieren und dort, wo es möglich ist, zu intervenieren, um die Wahrscheinlichkeit der Hoffnung im Verhältnis zur Wahrscheinlichkeit der Enttäuschung zu maximieren. Solch eine symbolische Erweiterung ist tatsächlich eine Form der soziologischen Vorstellung mit einem doppelten Ziel: einerseits, die Bedingungen der Möglichkeit der Hoffnung besser kennen zu lernen; und andererseits, Aktionsprinzipien zu definieren, um die Erfüllung dieser Bedingungen zu befördern. Das Noch-Nicht hat Bedeutung (als Möglichkeit), aber es hat keine Richtung, denn es kann entweder in Hoffnung oder Enttäuschung enden.

Die Soziologie des Aufkommens ersetzt die Idee der Bestimmtheit durch die Idee der Pflege. Die Axiologie des Fortschritts und der Entwicklung, die unsägliche Zerstörung gerechtfertigt hat, wird durch die Axiologie der Pflege ersetzt. Während in der Soziologie der Abwesenheiten die Axiologie der Pflege gegenüber in der Gegenwart verfügbaren Alternativen ausgeübt wird, ist es in der Soziologie des Aufkommens so, dass sie gegenüber möglichen zukünftigen Alternativen angewandt wird. Wegen dieser ethischen Dimension sind weder die Soziologie der Abwesenheiten noch die Soziologie des Aufkommens konventionelle Soziologien. Aber sie sind auch noch aus einem anderen Grunde nicht-konventionell: Ihre Objektivität hängt von der Qualität ihrer subjektiven Dimension ab. Das subjektive Element der Soziologie der Abwesenheiten ist kosmopolitisches Bewusstsein und Nicht-Konformismus in Bezug auf die Verschwendung von Erfahrung. Das subjektive Element der Soziologie des Aufkommens ist antizipatorisches Bewusstsein und Nicht-Konformismus in Bezug auf ein Begehren, dessen Erfüllung innerhalb des Horizonts der Möglichkeiten liegt.

Die symbolische Erweiterung, die durch eine Soziologie des Aufkommens zustande kommt, besteht darin, Signale, Zeichen oder Spuren zukünftiger Möglichkeiten in allem Existierendem zu identifizieren. Hegemoniale Rationalität und Wissenschaft haben diese Art der Forschung völlig verworfen – weil sie entweder annehmen, dass die Zukunft vorbestimmt ist, oder dass sie nur mit präzisen Indika-

toren gemessen werden kann. Für sie sind Signale zu vage, subjektiv und chaotisch, um glaubhafte Voraussagen sein zu können. Indem sie intensiv auf die Signalseite der Realität abhebt, zielt die Soziologie des Aufkommens darauf ab, symbolisch die zukünftigen Möglichkeiten zu erweitern, die – in latenter Form – in konkreten sozialen Erfahrungen angelegt sind. Die Soziologie wertet Signale als Pfade zur Diskussion und Argumentation für konkrete alternative Zukünfte. Durch solche Argumentation und Verhandlungen wird die Pflege der Zukunft ausgeübt.

Wie im Fall der Soziologie der Abwesenheiten kommen auch die Praktiken des WSF dem Idealtypus der Soziologie des Aufkommens relativ nahe. Ich unterbreite als Arbeitshypothese, dass die stärkeren und konsolidierteren Bewegungen und Organisationen dazu neigen, sich weniger in der Soziologie des Aufkommens zu üben als die weniger starken oder weniger konsolidierten. Was die Beziehungen zwischen Bewegungen oder Organisationen angeht, können die Zeichen und Signale der weniger konsolidierten Bewegungen durch die stärker konsolidierten als subjektiv oder inkonsistent abgewertet werden. Darum ist die Praxis der Soziologie des Aufkommens auch ungleich, und Ungleichheiten müssen das Objekt von Analyse und Bewertung sein.

Das Weltsozialforum als politisches Aufkommen

Die Neuheit des WSF ist auf utopischer und epistemologischer Ebene weniger zweideutig als auf der politischen. Seine politische Neuheit existiert, aber sie existiert als Feld von Spannungen und Dilemmata, auf dem sich das Neue und das Alte gegenseitig in Frage stellen. Die politische Neuheit des WSF beruht auf der Art und Weise, in der diese Konfrontationen behandelt oder vermieden werden.

Allgemein gesprochen kann die politische Neuheit des WSF erstens in der sehr breit angelegten Konzeption von Macht und Unterdrückung gesehen werden, die es angenommen zu haben scheint und mit der darauf reagiert wird, dass die neoliberale Globalisierung mit vielen anderen Formen der Unterdrückung verbunden ist, die Frauen, ethnische Minderheiten, Bauern, die Arbeitslosen, Arbeiter des informalen Sektors, Immigranten, Ghetto- und Unterklassenangehörige, Schwule und Lesben, Kinder und Jugendliche erleiden. Dies erfordert, dass die Bewegungen und Organisationen der Artikulierung unter ihnen Priorität geben, und dies erklärt letztendlich die organisatorische Neuheit eines WSF ohne Führer, seine Ablehnung von Hierarchien und seine Betonung von durch das Internet ermöglichten Netzwerken.

Zweitens strebt das WSF nach Äquivalenz zwischen den Prinzipien der Gleichheit und der Erkennung des Unterschiedes und begründet damit die Option für eine partizipatorische Demokratie, die Gleichheit ohne den Ausschluss des Unterschiedes anspricht.

Drittens privilegiert das WSF Rebellion und Nicht-Konformität auf Kosten von Revolution. Es gibt keine Theorie, die die Bewegungen anleitet, da das Ziel weniger darin besteht, die Macht zu ergreifen, als vielmehr darin, die vielen Gesichter der Macht, wie sie sich in den Institutionen und Gesellschaften darstellt, zu verändern. Auf dieser

Ebene besteht die Neuheit in der Zelebrierung von Vielfalt und Pluralität, des Experimentierens und radikaler Demokratisierung. Es ist üblich geworden, die politische Erfahrung des WSF nach Problemen und Spannungen auf drei Ebenen zu untersuchen: erstens Repräsentation, zweitens Organisation, drittens politische Strategie und politische Aktion. Seiner Prinzipiencharta zufolge beansprucht das WSF nicht, repräsentativ für die gegenhegemoniale Globalisierung zu sein, und niemand repräsentiert das WSF oder kann in seinem Namen sprechen. Aber wenn das so ist: Wen repräsentiert das WSF? Wer repräsentiert das WSF? Der bis jetzt eingeschränkte geographische Radius des WSF hat einige Kritiker dazu geführt zu behaupten, dass das WSF weit entfernt sei, eine globale Dimension zu haben. Daraufhin sind einige Vorschläge gemacht worden, unter anderem der, das WSF 4 in Indien abzuhalten. Obwohl dieses Problem real ist, denke ich, dass das WSF nicht damit delegitimiert werden sollte, dass es nicht weltumspannend genug ist.

Weitere heiß debattierte Fragen sind die Organisation des WSF – insbesondere die Beziehung zwischen dem Organisationskomitee und dem Internationalen Rat –, die Organisation jedes der Weltforen und die Struktur der Veranstaltungen. Dabei sind viele Probleme sichtbar geworden, die ich hier nicht lang und breit diskutieren kann. Es sind zum Beispiel: interne Demokratie einschließlich der Transparenz der Entscheidungen und der Kommunikation zwischen Internationalem Rat und Organisationskomitee; die hierarchische Struktur der Entscheidungen, insbesondere der Unterscheidung zwischen verschiedenen Arten von Veranstaltungen und die ihnen jeweils zugeschriebene Wichtigkeit – eines Umstands, den die feministischen Bewegungen ganz im Sinne der Mottos »Eine andere Welt ist möglich!« und »Keine monolithische Art des Denkens!« besonders kritisiert haben; und die Von-oben-nach-unten-Organisation der Veranstaltungen.

Ein anderer Ansatzpunkt für Spannung und Kritik ist die Beziehung zu politischen Parteien, sozialen Bewegungen und NGOs. Die Prinzipiencharta ist, was die untergeordnete Rolle von Parteien im WSF angeht, unmissverständlich. Das WSF ist eine Hervorbringung der Zivilgesellschaft, wie sie in sozialen Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen organisiert ist. In der Praxis sind die Dinge jedoch vieldeutig. Meiner Meinung nach ist die Frage nicht, ob Beziehungen zu Parteien bestehen sollten oder nicht, sondern eher die, die genauen Bedingungen solcher Beziehungen zu definieren. Wenn die Beziehungen transparent, horizontal und von gegenseitigem Respekt geprägt sind, können sie in mancher Hinsicht sicherlich ein wichtiger Hebel für die Konsolidierung des WSF sein.

Ein weiteres Gebiet für Streitigkeiten sind Größe und Kontinuität. Auf das ständige Wachstum in der Größe der jährlichen Veranstaltungen hat der Internationale Rat mit dem Vorschlag reagiert, thematische und regionale, nationale und lokale Ereignisse zu befördern, die horizontal miteinander kommunizieren und nicht als Vorbereitungen für etwas anderes, sondern als Treffen mit ihrem eigenen politischen Wert stattfinden sollen.

Schließlich gibt es Fragen der Strategie und der politischen Aktion. Als radikale Utopie feiert das WSF Vielfalt, Pluralität und Horizontalität. Die Neuheit dieser Utopie im linken Denken verursacht

natürlich Probleme, da sie in strategische Planung und politische Aktion umgesetzt werden muss.

Die Organisatoren selbst räumen die Existenz vieler dieser Spannungen und Kritiken ein, was nahe legt, dass diese Spannungen Teil des Lernprozesses des Forums sind. Es sind einige Maßnahmen vorgeschlagen worden wie etwa die Umgestaltung des Internationalen Rates und eine Verbesserung horizontaler Praktiken und Systeme der Mitverantwortung. Obwohl es klar ist, dass viel zu tun übrig bleibt, muss man doch sagen, dass die organisatorische Struktur die am besten geeignete dafür war, das Forum erst einmal auf den Weg zu bringen und ihm internationale Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Die augenblickliche Konsolidierung des WSF wird zu einer anderen Entwicklungsphase führen, in der seine Organisationsstruktur erneut geprüft werden muss, damit es den neuen, zukünftigen Anforderungen und Aufgaben gerecht werden kann. Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass der Wunsch, zu unterstreichen, was die Bewegungen und Organisationen gemeinsam haben, stärker ist als das Bestreben, ihre Unterschiede herauszustellen. Das Auftreten von Widersprüchen oder Konflikten ist spannungsreich gewesen, hat aber – vor allem – nicht zu Ausschlüssen geführt. Man muss abwarten, wie lange dieser Wille zur Konvergenz erhalten bleiben und dieses chaotische Teilen von Unterschieden andauern wird.

Der letzte Punkt betrifft genau dies: die Benennung der Klüfte, der Spaltungen. Hier finden wir wiederum politisches Neuland vor. Es besteht eine Riesenkluft zwischen westlichen und nicht-westlichen politischen Kulturen. Bis zu einem gewissen Grade existiert diese Spaltung auch zwischen Nord und Süd. Angesichts der starken Präsenz von Bewegungen und Organisationen des Nordatlantiks und des weißen Lateinamerikas ist es kein Wunder, dass die besonders deutlich sichtbaren Spaltungen die politische Kultur und das historische Herkommen der Linken in diesen Teilen der Welt widerspiegeln. Interessant ist jedoch, dass mit der Realität dieser Spaltungen – Reform oder Revolution, Sozialismus oder soziale Emanzipation, Staat als Feind oder als potenzieller Freund, nationale oder globale Kämpfe, direkte oder institutionelle Aktion, Prinzipien der Gleichheit und des Unterschieds – die Neuheit des WSF darin besteht, dass die Mehrzahl der Bewegungen und Organisationen, die an ihm teilnehmen, sich in diesen Spaltungen gar nicht wiedererkennen. Sie haben politische Erfahrungen, in denen Momente der Konfrontation mit solchen des Dialogs und des Engagements abwechseln oder sich kombinieren. In den Langzeitvisionen der sozialen Veränderung leben die taktischen Möglichkeiten des Augenblicks zusammen; radikale Anprangerungen des Kapitalismus paralysieren nicht die Energie für kleine Veränderungen, wenn die großen Veränderungen nicht möglich sind. Tatsächlich denken viele Bewegungen des Südens, dass den Zielen dieser Kämpfe keinerlei allgemeine Etiketten – nicht einmal die des Links oder Rechts – angeheftet werden dürfen.

Im Einverständnis mit der großen Mehrzahl der Bewegungen kann man sagen, dass diese konventionell gedachten Spaltungen den konkreten Bedürfnissen konkreter Kämpfe nicht gerecht werden. Die Entscheidung, in welchem Maße Privilegien eingeräumt werden sollen, ist eine politische Entscheidung, die im Einklang mit konkreten

politischen Bedingungen getroffen werden muss. Gleichzeitig ist es für viele Bewegungen nicht länger eine Frage, zwischen dem Kampf für Gleichheit oder Unterschied auszuwählen, sondern den einen mit dem anderen zu verbinden, da die Erreichung der einen die Bedingung für die Erreichung des anderen ist.

Nichtsdestoweniger besteht eine Spaltung zwischen den Bewegungen und manchmal sogar innerhalb derselben Bewegung darüber, ob das eine oder das andere Prinzip Priorität haben sollte. Es wird von den konkreten politischen Bedingungen diktiert werden, welches Prinzip jeweils hervorgehoben werden sollte. Jeder Kampf, der unter der Ägide eines der beiden Prinzipien geführt wird, muss so organisiert sein, dass er den Raum für das andere Prinzip öffnet. Viele der Spannungen und Spaltungen, die oben erwähnt wurden, sind nicht auf das WSF beschränkt und gehören zum Erbe der Kämpfe der letzten zwei Jahrhunderte. Die Besonderheit des WSF besteht darin, dass alle diese Besonderheiten in seinem Schoße koexistieren, ohne seine Integrationsfähigkeit zu schmälern. Die verschiedenen Spaltungen sind für die verschiedenen Bewegungen und Organisationen in verschiedener Weise wichtig, da sie Raum für Aktion und Diskurs lassen. Außerdem hat es bis jetzt noch keine taktische oder strategische Forderung gegeben, die durch Radikalisierung der Positionen die Spaltungen intensivieren würde. Im Gegenteil, die Spaltungen sind bisher von einer relativ niedrigen Intensität gewesen. Für die Bewegungen und Organisationen ist im Allgemeinen das, was sie eint, wichtiger gewesen, als das, was sie voneinander trennt. Und schließlich: Wenn eine bestimmte Bewegung in der einen Frage gegen eine andere opponiert, ist es gut möglich, dass sie dann, wenn es um eine andere Frage geht, auf der gleichen Seite stehen. Auf diese Weise wird eine Akkumulierung, eine Verstärkung der Divergenzen verhindert. Die Spaltungen neutralisieren oder entkräften einander gegenseitig. Darin liegt die Zusammenführungsfähigkeit des WSF.

ARTURO ESCOBAR

Andere Welten sind (schon) möglich: Selbstorganisierung, Komplexität und postkapitalistische Kulturen

Dieser Beitrag ist ein Aufruf für ein größeres Bewusstsein für die theoretischen Rahmen, die wir benutzen, um die Welt zu verstehen, und was man tun kann, damit ihre Bedeutung richtig erkannt wird.¹ Er wird von der Erkenntnis inspiriert, dass immer eine enge Verbindung besteht zwischen erstens der sozialen Realität, zweitens dem theoretischen Rahmen, den wir zu ihrer Interpretation benutzen, und drittens dem Sinn von Politik und Hoffnung, der aus einem solchen Verständnis entsteht. Diese Verbindung wird oft übersehen. Unsere Hoffnungen und politischen Einstellungen sind weitgehend das Resultat eines gegebenen Rahmens. Es ist ganz besonders wichtig, diese Tatsache in Zeiten tiefgreifender Umgestaltungen zu bedenken, wie wir sie heute erleben. Meine Absicht ist nun hier nicht so sehr, etablierte Rahmen zu kritisieren (sagen wir etwa den Marxismus oder den Liberalismus), sondern die Elemente einer anderen Art, die soziale Realität zu betrachten, vorzustellen – Elemente, die zumindest vorläufig einige der sozialen Dynamiken erklären können, deren Zeugen wir heute sind.

Diese neue Betrachtungsweise kommt aus einer unerwarteten Ecke, nämlich einer Menge alternativer (aber immer deutlicher sichtbarer) Theorien, die ihre Quelle in der Mathematik und in den Natur- und Physikwissenschaften finden und normalerweise unter dem Namen »Komplexitätstheorie« bekannt sind. Eine der interessantesten und kontroversesten Annahmen dieser Theorie ist, dass die gleichen Dynamiken und Prozesse in vielen Bereichen des materiellen, biologischen und sozialen Lebens im Spiel sein könnten. Kategorien wie Selbstorganisierung, Nichtlinearität, fremde Anziehungspunkte und Nicht-Hierarchie werden genutzt, um diese Prozesse durchzubuchstabieren. Darüber hinaus enthüllt die Komplexität in den Natur- und Sozialwissenschaften ein zu Grunde liegendes und bis jetzt noch relativ unkartographiertes Prinzipienetzwerk. Dieses kommt im Bereich des Cyberraums (des virtuellen Raums, des Internets) klar zum Ausdruck und gewinnt im Bereich der globalen Bewegungen mehr und mehr an Geltung.²

Das Argument für eine neue Sicht auf die Realität

Seit Hunderten von Jahren tendiert das wirtschaftliche und soziale Leben dazu, weitgehend nach einer Logik der Ordnung, Zentralisierung und des hierarchischen Aufbaus organisiert zu sein. Angeschoben durch den Kapitalismus und seinen Akkumulationstrieb, hat diese Logik Systeme hervorgebracht, in der die Wenigen auf Kosten

Arturo Escobar – Jg. 1932, Anthropologe; Lehrtätigkeit in der Abteilung für Anthropologie an der Universität von North Carolina at Chapel Hill (USA) und am Institut für Anthropologie und Geschichte in Bogotá (Kolumbien); Mitherausgeber des Buches »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum«.

Der hier abgedruckte Aufsatz ist ein Auszug aus dem von Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen und Peter Waterman herausgegeben Buch »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum«, das im Oktober 2004 als Band 15 der »Texte«-Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Karl Dietz Verlag Berlin erschienen ist. »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum« ist die deutschsprachige Ausgabe des bei der Viveka-Stiftung New Delhi im Januar 2004 in Englisch erschienenen Bandes »World Social Forum: Challenging Empires«. Die Übersetzung des Bandes und somit auch des hier abgedruckten Aufsatzes besorgten Carla Krüger und Wolfram Adolph (Redaktion).

1 Ich habe den allgemeinen Geist des von Peter Waterman auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre 2003 organisierten Panels »Leben

nach dem Kapitalismus« beibehalten, das heißt, den Fokus auf die Vision («Was wollen wir?») und die Strategie («Wie bekommen wir es?»). Daher der utopische und versuchsweise Ansatz der Arbeit, die hier als Gedankennahrung und nicht als vollendeter Vorschlag angeboten wird.

2 Aufrufe zu einer neuen Betrachtungsweise der Realität kamen Mitte der 80er Jahre zunächst von WissenschaftlerInnen, die für einen Übergang von der rationalistischen, linearen und auf Vorhersage gegründeten Annahmen der klassischen Wissenschaft zu Positionen, die (Un)umkehrbarkeit, Unvorhersagbarkeit, Nichtlinearität, Entstehen und ähnliches plädieren. Die bekannteste Erklärung in dieser Richtung war das Buch *Order out of Chaos* von Prigogine und Stengers 1984. Zu etwa der gleichen Zeit rief Boaventura de Sousa Santos zu einer ähnlichen paradigmatischen Transformation in den Sozialwissenschaften auf. Vgl. Boaventura de Sousa: *A Discourse on the Sciences*, in: *Review*, Vol. XV, No. 1 (1992), p. 9-47.

3 Pierre Lévy (z. B. in seinem Buch *Collective Intelligence. Mankind's Emerging World in Cyberspace*, New York 1997) hat diese These in den letzten Jahren am kraftvollsten artikuliert. Die jüngste Arbeit des Befreiungstheologen Leonardo Boff über religación (*El Cuidado Esencial*, Madrid 2000) – die »Wiederverknüpfung« der Menschen mit der Natur, miteinander, mit der Erde, dem Kosmos, mit Gott – könnte ebenfalls in diesem Licht interpretiert werden

der Vielen profitieren. Weitgehend verborgen blieb jedoch, dass diese Logik nicht nur in den Sozialstrukturen, die eindeutig ausbeuterisch sind, präsent ist, sondern dass ähnliche Logiken auch scheinbar alternative Systeme einschließlich des Sozialismus und vieler Organisationen auf der Linken bestimmt haben. Eine andere Logik der sozialen Organisation, die immer im Spiel war – sei es auch nur am Rande –, ist in jüngster Zeit immer mehr zum Tragen gekommen.

Diese Logik drückt sich am klarsten in zwei Bereichen aus: in den digitalen Technologien (im Internet als dem Universum digitaler Netzwerke, in Interaktionen und Interfaces) und in den Wissenschaften der Komplexität, insbesondere der Biologie. Ich möchte beschreiben, was ich als Attraktivität der Komplexität und ihre Fähigkeit sehe, Zeichen für soziale Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung zu erklären und zu setzen. Als Vorspann möchte ich jedoch kurz das Argument für die virtuelle Welt als Betrachtungsobjekt einführen.

Virtuelle Welt: für subalterne intelligente Gemeinschaften?

Das Konzept des Internet beruht auf einem Modell, das sich sehr grundlegend von dem der modernen Medien unterscheidet. Im konventionellen Modell fließt die Information in eine Richtung: von einer Welt aktiver Sender zu der passiver Empfänger. Es besteht strenge ideologische Kontrolle, so dass die Medien die Welt so widerspiegeln, wie die Regierenden es gerne hätten. Mit anderen Worten: Die modernen Medien operieren auf der Basis eines von oben nach unten gehenden Aktions-Reaktions-Modells der Information. Das Modell, das durch Informations-, Computer- und Kommunikationstechnologien (ICT) gespeist wird, kontrastiert scharf mit diesem dominierenden Modell.

Dieses andere Modell basiert *erstens* auf »Interaktivität«, die sich auf einen ganz neuen Rahmen der Beziehungen bezieht – ein tiefgehend relationales Modell, in dem ausgehandelte Sichten auf die Realität zusammengefügt werden können, wo alle Empfänger auch potenzielle Sender sind, ein Raum mit einer wahrhaften Dialogrealität, wie in den besten Beispielen der Netzkunst.

Zweitens kann, zumindest im Prinzip, das Internet als ein dezentralisiertes Archipel relativ autonomer Zonen gesehen werden, wo Gemeinschaften ihre eigenen Medien schaffen und ihre eigenen Informationen entwickeln und austauschen.

Drittens tendieren ICTs und der Cyberraum zur Förderung von Netzwerkkulturen ohne die homogenisierten Identitäten, die von den Massenmedien unterstellt werden. Sie fördern Routen für Ideenkreisläufe, die keiner zentralisierten Kontrolle unterliegen, und das Eindringen von Subkulturen, die sich der Notwendigkeit bewusst sind, soziale und politische Ordnungen neu zu erfinden. Als Raum für interkulturellen Austausch und für den Aufbau geteilter künstlerischer und politischer Strategien bietet der Cyberraum nie da gewesene Möglichkeiten für Völker auf der ganzen Welt, gemeinsame Visionen aufzubauen. (In diesem Sinne kann das WSF als Resultat dieser Dynamik gesehen werden.) Im Spiel ist eine Mikropolitik für die Produktion lokalen Wissens, die durch die »fließende Architektur« der virtuellen Welt möglich gemacht wird, die das »Molekulare« (im

Gegensatz zum Molaren oder durch große, homogene Konglomerate Charakterisierten) in der Natur des Internets betont. Diese Mikropolitik besteht in der Praxis des Mischens, nochmaligen Verwendens und Umkombinierens des Wissens und der Information.

Mit anderen Worten: Die virtuelle Welt kann als Verkörperung eines neuen Lebensmodells, als Neuerschaffung der Welt gesehen werden. Je nach dem Wissensraum, dem Raum kollektiver Intelligenz und der No-0-Sphäre – wie man die Sphäre kollektiven Denkens nennt – konstituiert der Cyberraum in diesen Sichtweisen einen Bedeutungsraum für Subjekt-Subjekt-Beziehungen (individuell und kollektiv) und die Verhandlung von Visionen und Bedeutungen. Die Systeme von Netzwerkintelligenz, die auf diese Weise entstehen, könnten großes kulturelles, soziales und politisches Potenzial besitzen. Sie könnten eine Internetzwerkgesellschaft intelligenter Gemeinschaften sein, zentriert auf die demokratische Produktion von Kultur und Subjektivität. Statt im Dienste des Kapitals zu sein, stünde diese neue Wirtschaft des Wissens im Dienste einer aufkommenden Menschheit der Kooperativität, des Pluralismus (der Einzigartigkeiten) und des kollektiven Lernens. Sie wäre, anstatt zum Plattmachen der Identitäten durch die Dampfwalze der Medien des Kapitals beizutragen, für eine Vielfalt der Lebensformen und der Kulturen empfänglich. Für Visionäre der virtuellen Welt könnte diese Gesellschaft eine Umdeutung des sozialen und biologischen Lebens und der Freiheit ermöglichen, eine Plattform für die Selbstproduktion der sozialen und natürlichen Welten.³

Netzwerke, Komplexität und das Prinzip der Selbstorganisation

In seiner utopischen Konzeption kann das Internet also als die Verwirklichung einer dezentralisierten, nicht-hierarchischen Logik der Selbstorganisation gesehen werden. Selbstorganisation steht im Zentrum der Komplexität im biologischen und sozialen Leben. Ameisen, Kletterschimmel, Städte und bestimmte Märkte – sie alle zählen zu den Einheiten, die ein von Wissenschaftlern »komplexe Anpassung« genanntes Verhalten aufweisen.⁴ Diese Beispiele zeugen von der Existenz von Von-Unten-Nach-Oben-Prozessen, in denen einfache Anfänge zu komplexen Einheiten führen, ohne dass dies irgendein Plan oder eine zentrale Intelligenz vorgeschrieben hätte. In diesen Fällen produzieren die in einer (lokalen) Dimension Arbeitenden Verhalten und Formen auf höherem Niveau (zum Beispiel die großen Antiglobalisierungsdemonstrationen der letzten Jahre). Einfache Regeln, die auf einer Ebene wirken, bringen Verfeinerung und Komplexität auf einer anderen hervor. Die Wissenschaftler haben ein neues Wort für diese Erscheinung: das Aufkommen. Aufkommen ist, wenn zahlreiche Akteure dynamisch interagieren und lokalen Regeln statt Von-Oben-Nach-Unten-Befehlen folgen. Und weiter: Diese Systeme sind manchmal, aber nicht immer »sich anpassende« – das heißt, sie lernen mit der Zeit, reagieren effektiver auf die sich ändernde Umwelt.

Aufkommendes Verhalten – so wie in den oben erwähnten Beispielen – zeigt üblicherweise eine Mischung von Ordnung und Anarchie, von selbstorganisierenden Netzwerken und Hierarchien (z. B. Tausende von Begegnungen auf der Straße statt regelmäßigen Ver-

(er appelliert explizit an die Komplexitätstheorie). Erörterungen des Einflusses der ICTs im täglichen Leben sind Legion, einschließlich derer, die »Cyberkulturen« untersuchen, siehe z. B. bei Wendy Harcourt (Hrsg.): *Women@Internet*, London 2000; David Bell, Barbara Kennedy (Hrsg.): *The Cyber Cultures Reader*, London 2000; Andrés Burbano, Hernando Barragán (Hrsg.): *hipercubo/ok. Arte, ciencia y tecnología en contextos próximos*, Bogotá 2002. Kari-Hans Kommonen und die ARKI-Forschungsgruppe beim Medialaboratorium der Universität für Kunst und Design in Helsinki sind dabei, einen Rahmen zu entwickeln, um den Einfluss der wachsenden Digitalisierung auf das tägliche Leben zu untersuchen. Für diese Forscher ist das Internet ein erster Schritt in der Entwicklung eines noch viel komplexeren Mediarums, der als Resultat durchgehender Digitalisierung aufkommen wird. Dieser Mediarum wird zentral für die Abfassung und Verhandlung von Ideen, Strukturen und Praktiken sein; daher die Notwendigkeit, einen expliziten Ansatz zu entwickeln, um diesen Raum als Mittel zu sozialer, kultureller und politischer Innovation zu gestalten. Siehe <http://arki.uiah.fi>.

4 Übliche Beispiele umfassen: Tausende unsichtbarer einzelliger Schimmelpilze, die zeitweise zu Clustern zusammenkommen und eine große sichtbare Schimmelstelle bilden; Ameisenkolonien, die sich über lange Zeit hinweg ohne zentralen Schrittmacher entwickeln; lokale Märkte, die in der Vergangenheit Tausende ProduzentInnen und KonsumentInnen miteinan-

der verbanden und es erlaubten, dass die Preise ohne viel Hierarchie oder zentrale Kontrolle in lokal verständlicher Weise festgesetzt wurden; und die Art und Weise, in der sich Städte entwickelt haben, ohne viel zentrale Planung, auf der Basis von Begegnungen zwischen Fußgängern, Fahrzeugen, Gütern und Dienstleistungen usw. Vgl. die großartige Einführung zum Aufkommen komplexer Systeme bei Steven Johnson: *Emergence*, New York 2001. Eine technischere Arbeit, die versucht, die Sozialstruktur aus der Perspektive der Komplexität zu überdenken, siehe bei Kyrakos Kontopoulos: *The Logics of Social Structure*, Cambridge 1993. In ihr werden Fragen des Aufkommens, der Stabilität, der Größenordnung und heterarchische Formen der Organisation auf eine Art und Weise behandelt, die nützlich sein könnte, um über aufkommende Strukturen und Möglichkeitsräume in Antiglobalisierungsbewegungen nachzudenken. Insbesondere habe ich mich auf Manuel de Landas nachhaltige Anstrengung gestützt, der die Komplexitätsidee vorangebracht hat, indem er sie auf soziale Systeme bezogen hat.

5 Albert Laszló Parabasi: *Linked. The New Science of Networks*, Cambridge 2002, p. 7, 222.

haltens – um ein Beispiel aus dem Leben der Städte zu erwähnen). Der wichtige Punkt ist, das selbstorganisierende Potenzial verschiedener Akteure oder Vielheiten anzuerkennen. Es ist wichtig, diese Logik zu respektieren und auf ihr aufzubauen (einige neue Softwares und Interfaces tun genau dies, indem sie lernen, Komplexität zu erkennen). Dies schließt ein, auf die Logik verteilter (weder zentralisierter noch dezentralisierter, sondern netzartiger) Von-Unten-Nach-Oben-Intelligenz statt einheitlicher Von-Oben-Nach-Unten-Formen zu setzen.

Die Komplexitätstheorie weist auf eine durchgehende Logik hin, die vielen Bereichen des biologischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens sowie Netzwerken und Interaktionen zu Grunde liegt. Netzwerke machen die Grundarchitektur der Komplexität aus. Netzwerke sind im Moment bei der Erklärung vieler Arten von Prozessen »in«: Von der Natur zu Computern, von Unternehmen zu Bewegungen – wo immer man hinschaut, scheint sich ein netzartiges Universum zu zeigen. Physiker und andere Naturwissenschaftler sind im Augenblick damit beschäftigt, Netzwerke aller Art zu kartographieren und zu versuchen, alle Arten von Strukturen, Topologien und Operationsmechanismen dieser Netze festzuhalten. Sozialwissenschaftler sind dabei, auf den Zug komplexer Netzwerkuntersuchung aufzuspringen. Wie ein Pionier und Anwalt dieser Forschung in einer umfassenden Einführung zu diesem Thema sagte: »Netzwerke werden das neue Jahrhundert in einem viel größeren Maße dominieren, als viele Menschen bereit sind anzuerkennen. (...) Netzwerkdanken steht bereit, alle Domänen menschlicher Aktivität und die meisten Felder der menschlichen Forschung zu erobern.«⁵ Wie auch immer das im Einzelnen geschehen mag: Tatsache ist, dass das Netzwerkdanken zum Bleiben bestimmt ist, zumindest für eine Zeit lang, und es hält interessante Lehren für die Überdenkung vieler Aspekte linker (und anderer) Politik bereit – von organisatorischen Strukturen bis hin zur Dynamik der Bewegung.

Oft versammeln sich Netzwerke nach der Logik der Selbstorganisation. Die stichhaltigste These der Wissenschaftler jedoch ist, dass einige grundlegende Gesetze alle Netzwerke regieren. Zum Beispiel sind Netzwerke hoch interkonnektiv, so dass riesige Netzwerke »kleine Welten« konstituieren – in dem Sinne, dass alle Elemente des Netzwerks nur einige Links voneinander entfernt sind, insbesondere wegen der Präsenz von Clustern, Nabeln, Knoten und Konnektoren. Und man kann auch nicht alles mit Netzwerken machen, da manche Sites und Nabel viel stärker miteinander verbunden sind als andere, so dass es Hierarchien der Verbindungen gibt. Oft ist eine ganze Netzwerktopologie durch ein paar große Knoten bestimmt, wie im Fall des World Wide Web, wo Links wie Google, Yahoo oder Amazon ein viel größeres Gewicht in der Definition der Architektur des Netzes haben als Millionen kleinerer Knötchen. Diese Nabel legen vorzuziehende Verknüpfungen fest; in der entstehenden globalen Wirtschaft haben große Konzerne eine große Rolle in der Gestaltung der Netzwirtschaft. Etwas Ähnliches passiert in globalen Bewegungsnetzwerken, in denen Zapatista und ein paar andere Schlüsselcluster (einschließlich des WSF) ausschlaggebend für die Strukturierung des gesamten Netzwerks sind. Um es zusammenzufassen:

Selbst wenn Netzwerke dieses Typs selbstorganisiert sind, folgen sie bestimmten Regeln, die die Wissenschaftler »Kraftgesetze« nennen.⁶

Der mexikanische Theoretiker Manuel de Landa hat einen nützlichen Unterschied zwischen zwei allgemeinen Netzwerktypen eingeführt: a) Hierarchien und b) Mischwerke – und zwar flexible, nicht-hierarchische, dezentralisierte und selbstorganisierte.⁷ Dies ist ein wesentlicher Unterschied, der zwei alternativen Lebensphilosophien zu Grunde liegt. Hierarchien beinhalten einen bestimmten Grad zentralisierter Kontrolle, Ränge, offene Planung, Homogenisierung und bestimmte Ziele und Verhaltensregeln; sie operieren unter der Tyrannei der linearen Zeit und baumartigen Strukturen. Das Militär, kapitalistische Unternehmen und die meisten bürokratischen Organisationen operieren weitgehend auf dieser Grundlage. Mischwerke hingegen basieren auf dezentralisierter Entscheidungsfindung (so wie dem oben beschriebenen Klettereffekt), auf Selbstorganisation und Heterogenität und Vielfalt. Da sie nicht hierarchisch sind, haben sie kein offenes einziges Ziel. Sie entwickeln sich durch die Begegnungen mit ihren Umwelten, obwohl sie ihre Grundstruktur behalten. Andere Metaphern, die benutzt werden, um diese Phänomene zu beschreiben, sind baumartige Strukturen oder Stratas für Hierarchien und Rhizome oder selbst-konsistente Aggregate für Mischwerke.⁸ Die Metapher der Rhizome deutet Netzwerke heterogener Elemente an, die in ungeplante Richtungen wachsen und den lebensrealen Situationen folgen, denen sie begegnen. Hierarchien scheuen Heterogenität und Vielfalt, Mischwerke heißen sie willkommen. Kurz gesagt, es geht um zwei verschiedene Lebensphilosophien. Eine offene Frage ist, ob rhizomartige Netzwerke den Kraftgesetzen entkommen, die (größenunabhängig) die meisten regulären Netzwerke prägen.

Diese beiden Prinzipien sind in den meisten Fällen der Realwelt gemischt anzutreffen. Sie können einander auch gegenseitig hervorbringen – zum Beispiel, wenn soziale Bewegungsmischwerke zu Hierarchien und Zentralisierung werden. Das Internet ist so ein Fall: Nachdem es sich hauptsächlich auf der Grundlage des Modells der Selbstorganisation entwickelt hatte, wurde es mehr und mehr durch hierarchische Formen kolonisiert (vom Militär bis zum e-Business), mit denen versucht wurde, es in einen anderen Raum für Massenkonsum von Waren und Information zu verwandeln. Heute kann gesagt werden, dass das Internet ein Hybrid aus Mischwerk- und Hierarchiekomponenten ist, mit einer Tendenz, dass Elemente des Befehls und der Kontrolle Überhand nehmen. Das Gegenteil könnte über die globale Wirtschaft gesagt werden. Die Konzernwirtschaft des 20. Jahrhunderts basierte auf einer baumartigen hierarchischen Struktur; heutzutage versuchen sich Korporationen in Richtung einer Netzwerkform mit flexiblen Befehlsstrukturen zu entwickeln. Dieses widerspricht dem Trend zu großen Konglomeraten, sodass die kapitalistische Wirtschaft weiterhin eine Mischung aus dezentralisierten Netzwerken und Hierarchien bleibt. Wie de Landa es sagte, betont »die neue Sicht auf die Märkte ihre Dezentralisierung – also passen Konzerne da nicht rein –, und dies kann kaum die Globalisierung begründen, die hauptsächlich eine Hervorbringung von Konzernen ist.«⁹ Globale Bewegungen könnten das Spiel vorwegnehmen, indem sie sich entschieden für die Mischwerklogik aussprechen.

6 Barabási, a. a. O.

7 Vgl. Manuel De Landa: *A Thousand Years of Non-linear History*, New York 1997; und: *1000 Years of War*; Interview von CTHEORY mit Manuel De Landa, 2003, http://www/ethory.net/text_file.asp?pick=383.

8 Vgl. Gilles Deleuze, Felix Guattari: *A Thousand Plateaus*, Minneapolis 1987.

9 Manuel De Landa 2003, a. a. O.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Ich lege nahe, dass wir in der virtuellen Welt und in der Komplexität ein lebensfähiges oder zumindest potenziell sinnvolles Modell des sozialen Lebens finden (mit weniger hierarchischen und mehr mischwerkartigen Beziehungen). Dieses Modell basiert auf Selbstorganisation, Nicht-Hierarchie und komplexem adaptivem Verhalten der Akteure, und es ist damit ein Modell, das scharf mit dem dominierenden Modell des Kapitalismus und der Moderne kontrastiert, insbesondere ihrer Inkarnation als neoliberale Globalisierung. Es ist dem Geist des philosophischen und politischen Anarchismus und Anarchosozialismus näher und kann Zeichen für internationalistische Netzwerke setzen. Das Modell der Selbstorganisation stellt eine gänzlich andere Form der Schaffung biologischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens dar. Ohne es als das einzige Modell für alle Anstrengungen weltweit vorzuschlagen, rege ich an, dass linke und progressive Leute in allen Teilen der Welt dieses Modell in ihrer Organisation, ihrem Widerstand und ihren kreativen Praktiken ernst nehmen sollten. Auf lange Sicht kann dies darauf hinauslaufen, die Dynamik der sozialen Emanzipation selbst neu zu erfinden. Die Linke ist mit einer neuen Soziologie und Politik des Aufkommens konfrontiert.¹⁰

10 Vgl. den Aufsatz von Boaventura de Sousa Santos in diesem Heft.

11 Ein etwas ähnliches Argument ist entwickelt worden durch Michal Osterweil: *Re-Thinking Politics and Resistance* (Beitrag zum AAA Annual Meeting New Orleans, November 2002) mit Blick auf die italienischen Bewegungen; Lasse Peltonen: *Fluids Without a Cause?* Unveröffentlichtes Manuskript, Helsinki 2003 für die finnische Umweltbewegung und in meinen eigenen Untersuchungen der sozialen Bewegung der schwarzen Gemeinschaften des Pazifik (2000) entwickelt worden. Peltonen (2002), Chesters (2003) und Escobar (2002) gehören zu den bis heute noch wenigen Arbeiten, in denen die Komplexitätstheorie auf die sozialen Bewegungen angewendet wird (Anm. d Red.: Bei den drei zuletzt genannten Arbeiten fehlen die bibliographischen Angaben im Original).

12 Oder gibt es einen globalen Effekt, der immerfort andauert, neben und über die sichtbaren globalen Ereignisse hinaus? Gibt es einen alles überwältigenden »Seattle-Effekt«, der uns die Aktion auf lokaler/regionaler Ebene, die in mancher Hinsicht auch »global« ist, nicht wahrnehmen lässt?

Einige Fragen der Strategie

Die in Frage stehende Transformation findet schon statt, wovon die Antiglobalisierungs- und die Sozialbewegungen zeugen. Diese Bewegungen können in ihrem Versuch, die hirntötenden, hierarchiebeladenen Systeme der neoliberalen Globalisierung in Frage zu stellen, als Förderung einer Art des »Aufkommens« gesehen werden. Keine der Bewegungen, aus denen die Antiglobalisierungsbewegung besteht, kann für sich alleine das ganze »System« oder die globale Situation angreifen, aber sie alle haben gezeigt, dass sie irgendwie zusammenarbeiten können. Sie empfangen ihre Signale nicht von irgendeinem Zentralkomitee, sondern sie arbeiten weitgehend in Befassung mit lokalen/nationalen Anliegen, wenn sie auch einige globale Probleme im Kopf haben.¹¹ Kurz gesagt, mit den Antiglobalisierungsbewegungen haben wir einen Fall, in dem lokale kollektive Aktion zumindest zeitweise in globales Verhalten mündet.¹² Oder mit anderen Worten: Keine einzelne Bewegung kann »das Ganze« sehen. (Zum Beispiel ist es für eine italienische Bewegung schwer, die Komplexität einer lokalen Bewegung im kolumbianischen Regenwald zu sehen, und für beide ist es schwer, sich die Komplexität vorzustellen, die ihre kombinierte Aktion schaffen könnte, um so mehr, wenn sie mit einer größeren Zahl von diversifizierten Bewegungen verknüpft sind). Aber die Tatsache, dass es Formen global aufkommenden Verhaltens gibt, beeinflusst das Denken und das Handeln bestimmter Bewegungen. Oder wiederum anders formuliert: An einen Ort gebundene und andere lokale Bewegungen tragen zu aufkommendem Verhalten – das heißt, zu Formen von Makrointelligenz und Anpassungsfähigkeit – selbst dann bei, wenn der »allgemeine Status des Systems« oder der Charakter des »Feindes« schwer zu beurteilen sind. Solche Einschätzungen sind freilich immer eine gefährliche Reduktion – selbst wenn ein gewisser strategischer Sinn für das große Ganze wichtig sein könnte. In diesen Fällen können globale Formen des Wissens und der

Strategiefindung nicht auf die individuellen Bewegungen reduziert werden, aus denen sie bestehen. Die »globale Bewegung« kann tatsächlich ihr Leben und ihre Anpassung über eine längere Periode fortsetzen als jede individuelle Bewegung, die zu ihr beiträgt.

Wir sehen also: Antiglobalisierungsbewegungen können als selbstorganisierende Netzwerke (Mischwerke) aus Bewegungen gesehen werden, die Verhalten produzieren, das über jede individuelle Bewegung hinausgeht. Es muss Mittel geben, passende Interaktionen zu ermöglichen (durch persönliche Treffen, E-Mail, flexible und innovative Organisationsstrukturen usw.). Diese Interfaces sollten zu komplexem Lernen befähigen, das nicht nur im lokalen Rahmen stattfindet. Und es ist wichtig, zwei Dynamiken mit einzubeziehen: das tägliche Leben individueller Bewegungen und die historische Größenordnung einer kollektiven Bewegung über die Jahre hinweg. Dazu sollten wir den Makromaßstab der menschlichen Gemeinschaft über lange Zeiträume hinzufügen. Bewegungen (und Menschen) sind aus mehrerlei Gründen nicht gut darin, diese verschiedenen Ebenen im Kopf zu behalten und auf sie mit allmählich sich ändernden Mustern zu reagieren. Es ist wichtig, die Rolle des selbstorganisierenden Verhaltens zu erkennen und in einem Maße, in dem dies möglich oder wünschenswert ist, dieses Verhalten zu befördern.¹³

Natürlich wird wahrscheinlich nicht jedes Interface oder jede Ansammlung von Akteuren adaptives, aufkommendes Verhalten produzieren. Viele Umgebungen unterdrücken solches Verhalten, also muss man es fördern. Es muss eine Organisation geben, die Lernen auf höherer Ebene befördert. Selbstorganisation muss auf gezielte Weise gesteuert werden, um diejenige Art kollektiver Intelligenz zu produzieren, die gebraucht wird. Je größer die Zwischenbeziehung, desto größer die Wahrscheinlichkeit positiver Feedbacks. Negatives Feedback ist auch wichtig, um zu begreifen, wie ein System nicht zu einem bestimmten Ziel gelenkt werden kann. Das alles macht es zu einem komplexen, adaptiven System. Zumindest aus theoretischer Perspektive wird eine Kombination von immer mehr sich steigernden positiven Feedbacks und etwas negativem Feedback gebraucht – wiederum Selbstorganisation mit einem gewissen Maß an Führung, Struktur und Regulierung. Theoretisch entsteht die Notwendigkeit für ein Maß an Selbstregulierung und dezentralisierter Kontrolle, wenn die Gemeinschaft/das System von allein keine konstruktive Balance erreichen kann. Bewegungen müssen lernen, die »Zeichen zu lesen« und sich anzupassen, aber auch, sich das Kletterprinzip und das positive Feedback der Selbstorganisation zu Nutzen zu machen. Um die diesem Ziel dienliche Interaktivität zu fördern, ist es notwendig, über die Regeln der Interaktion nachzudenken. Oder im Jargon der ICTs gesagt: Das System muss entsprechend gedrahtet sein.¹⁴

Diese doppelte Dynamik scheint im Prinzip im Vorschlag für ein Weltnetzwerk der sozialen Bewegungen schon präsent zu sein. Dieser Vorschlag nutzt die virtuellen und realen durch das WSF geschaffenen Räume, um eine minimale Basis für ein Weltnetzwerk der sozialen Bewegungen zu schaffen. Er ist entstanden aus der Erkenntnis heraus, dass es notwendig ist, »neue Strukturen, Entscheidungsfindungsprozesse und Formationen« zu finden, »um eine radikaldemokratische, feministische, internationalistische und anti-

13 Aus der Perspektive der Komplexität bestünde die theoretische Utopie zum Beispiel in einem Quantensprung auf Grund einer Aktivität der Antiglobalisierungsbewegung, die an einem kritischen Punkt eine radikale Änderung in Zustand und Organisation hervorbringt, befördert zum Beispiel durch eine Art nicht-linearer Dynamik in den Mechanismen der Weltwirtschaft, der Ökologie, der Ideologie usw.

14 Einige der Sorgen um das WSF, die durch KritikerInnen im Buch »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum« zum Ausdruck gebracht werden, können in diesem Licht interpretiert werden. Welche Arten an Begegnungen und Korrekturen würden gebraucht werden, um die Bewegungsnetzwerke zu fördern, die Ezequiel Adamovsky und Susan George vorschlagen (vgl. Ezequiel Adamovsky und Susan George im Interview mit »openDemocracy«: Worum geht es in Porto Alegre?, in: Eine andere Welt. Das Weltsozialforum, Berlin 2004, S. 184-191) oder um die von Osterweil angeprangerten Unsichtbarkeiten zu mindern (vgl. Michal Osterweil: Das Forum dezentrieren: Ist eine andere Kritik des Forums möglich?, in: Eine andere Welt. Das Weltsozialforum, a. a. O., S. 248-257).

15 Vgl. den »Vorschlag zum Aufbau eines Weltnetzwerkes der sozialen Bewegungen« in: Eine andere Welt. Das Weltsozialforum, a. a. O., S. 424-428.

16 Ezequiel Adamovsky in einem unveröffentlichten Manuskript aus dem Jahre 2003: The World Social Forum's New Project: The Network of the World's Social Movements.

17 Vgl. Johnson 2003 (Anm. d. Red.: Genauere bibliographische Angaben fehlen im Original).

18 Elektronische Kunst, Netzkunst und Software-Design sind ebenfalls Gebiete, auf denen große Innovationen in Richtung Selbstorganisation, Multiplizität und Nicht-Hierarchie stattfinden. Vgl. z. B.: Critical Art Ensemble: Electronic Civil Disobedience, Brooklyn 1996; Andrés Burbano, Hernando Barragán (Hrsg.), a. a. O., für jüngste latein-amerikanische Experimente. Zu Anwendungen der Netzwerktheorie auf Bewegungen und globale Fragen siehe Peter Waterman: International Labour Communication by Computer. The Fifth International?, Working Paper Series No 129, Institute of Social Studies, Den Haag 1992; Mary King: Of Unknown Quantity: NGO Network Organizing and Global Environmental Politics, Beitrag zum AAA Annual Meeting San Francisco November 2000; die Dissertation über Zapatista-Netzwerke von Solano-Leyva (2001) (Anm. d. Red.: Nähere bibliogra-

imperialistische Agenda zu entwickeln.« Das Netzwerk würde »helfen, die Bedingungen dafür zu entwickeln, dass die verschiedenen Sozialbewegungen der Welt Analysen, Meinungen und Informationen zur gegenwärtigen Lage austauschen und gewisse geteilte Prioritäten und notwendige Aufgaben festlegen können.«¹⁵

Das Ziel besteht darin, über episodische Treffen zwischen den Bewegungen unter den Bewegungen hinauszugehen, eine tiefer greifende politische Debatte aufzubauen und horizontale Strukturen zu etablieren, die Austausch und gemeinsame Aktionen erleichtern und die Reichweite der Bewegungen auf alle Kontinente ausdehnen. Auf dieser Ebene befindet sich der Vorschlag im Einklang mit der Logik der Komplexität und Selbstorganisation, kombiniert mit – wie gerade beschrieben – einigen Elementen der Struktur und Regulierung. Wie Adamovsky richtig gewarnt hat, könnte es gefährlich werden, wenn diejenigen, die den Prozess vereinfachen wollen – und ihrerseits in hierarchischen Organisationen arbeiten –, versuchen, eine Struktur zu schaffen, die die »Gesamtheit« der sozialen Bewegungen repräsentiert oder Tagesordnungen durchsetzt, anstatt jeden Knoten an Netzwerkkoalitionen teilnehmen und aus ihnen austreten zu lassen, wie es ihm in seinem jeweils eigenen Interesse und Bedürfnis richtig erscheint.¹⁶

Um auf die Bewegungen zurückzukommen: Man kann sich die Antiglobalisierungsnetzwerke als Erbauer dezentralisierter Intelligenz vorstellen, teilweise mit Hilfe und unter Befolgung der nicht-kolonisierten Logik der ICTs, insbesondere der Cyberwelt. Anpassende Selbstorganisation ist die beste zur Verfügung stehende Alternative. Diese »Politik des Aufkommens« zeigt, dass es kollektive Intelligenz und »reale Resultate« (was die Machtverteilung angeht) in selbstorganisierendem Verhalten geben kann. Wenn es wahr ist, dass der globale Kapitalismus und die Informationsgesellschaft eine Restrukturierung hin zur Netzwerkform versuchen, könnten Bewegungen besser dran sein, wenn sie auf diese Logik aufbauen und versuchen, die Gegner bei ihrem eigenen Spiel zu schlagen. Die Bewegungen sind im Vorteil, da der Kapitalismus unfähig ist, eine wirkliche Strategie kollektiver Intelligenz zu verfolgen und daher nach und nach gegen die Antiglobalisierungsbewegung verlieren wird, die – wenn alles gesagt und getan ist – gelernt haben wird, »wie ein Bienenschwarm zu denken«.¹⁷ Die Bewegungen werden einen Grad des Selbstbewusstseins entwickeln, den nur auf viele verteilte Intelligenz aufbringen kann, und mit jeder ihrer Aktionen und politischen Akte zu langfristigen Prozessen der Schaffung einer anderen Welt beitragen.¹⁸

Zusammengefasst gesagt: Können Antiglobalisierungsbewegungen eine Art kollektive Intelligenz schaffen, die der Soziologie der Abwesenheiten der neoliberalen Globalisierung Widerstand leistet? Wenn dem so sein sollte, müssten die sozialen Bewegungen ihr eigenes komplexes anpassendes und aufkommendes Verhalten an den Tag legen und dieses für die Gesellschaft als Ganzes aus ihrer eigenen Vor-Ort-Arbeit heraus befördern. Die »Verhaltensökologie« der Antiglobalisierungsbewegungen zeigt, dass sie tatsächlich adaptives Verhalten an die sich verändernde Umgebung des Internets gezeigt haben. Linke Visionen der Zukunft könnten dann auf das relationale,

radikal selbstorganisierende Prinzip der Netzwerke als dem für die heutigen sozialen Bewegungen geeignetsten aufbauen. Vielleicht ist es diese Basis, von der aus eine internationalistische Herausforderung und Alternative zur neoliberalen Globalisierung am wirkungsvollsten hervorgebracht werden kann.

Zum Schluss ist eine Warnung angebracht. Was hat all dies mit der Macht zu tun? Gibt es einen Sinn für Macht in der Komplexität? Damit die oben dargestellte Vision eine Chance hat, muss sie mit einer unausweichlichen Verpflichtung einhergehen: »für das Lokale, für einen Raum für die Ausgegrenzten, für die öffentliche Sphäre, für eine ständige kritische Selbsteinschätzung.«¹⁹ Das ist nicht leicht zu vollbringen, da genau dieselben ICTs eine Missachtung von Ort, Zeit und Raum schaffen – und dazu eine enorme Ungerechtigkeit: Sie produzieren einen Grad der globalen Entfremdung und Ausradierung von Platz, der vielleicht höher ist als je zuvor. Einige FeministInnen und Umweltschützer sind sich dieser Tatsache wohl bewusst: »Wer sind die von diesen Trends am meisten Ausgeschlossenen und Unbefähigten? Häufig Frauen, ethnische Minderheiten und die Armen. Wir müssen der politischen Ökonomie der ICTs und den kapitalistischen, patriarchalen und ethnozentrischen Tendenzen und Strukturen, die ICTs und Netzpraktiken heute regieren, besondere Aufmerksamkeit schenken.«²⁰

Die Analyse sollte uns auch Aufschluss darüber geben, welche Akteure an vorderster Front der Kämpfe um ICTs sein sollten – und manchmal wirklich sind.²¹

Es gibt eine politische Ökologie der Virtualekultur, die nahe legt, dass »Kulturen«, die sich aus ICT-unterstützten Netzwerken entwickeln, sich des doppelten Charakters des Kampfes bewusst sein müssen: Es geht um die wirkliche Natur des Internets und der ICTs und um die wirkliche Umgestaltung der Welt, die durch den ICT-geführten Kapitalismus durchgeführt wird. Wenn das Ziel darin besteht, subalterne intelligente Gemeinschaften zu schaffen, bedeutet dies, dass diese ökologisch und ethisch im weiteren Sinne sein müssen. Es gibt also eine politische Kultur des Cyberraums, die den dominierenden realen und virtuellen Welten widersteht, sie umgestaltet und ihnen Alternativen entgegengesetzt. Also kann diese cyberpolitische Kultur besonders effektiv sein, wenn sie zwei Bedingungen erfüllt: wenn sie zum einen ein Bewusstsein von den dominanten Welten besitzt, die durch die gleichen Technologien geschaffen werden, auf denen die progressiven Netzwerke beruhen; und zum anderen ein immerwährendes Hin- und Herwenden zwischen Cyberpolitik und lokal gestützter Politik oder politischem Aktivismus an den physischen Orten betreibt, an denen Netzwerker oder Netzweber arbeiten und leben. Dies ist genau die Politik, die einige der heutigen Bewegungen versuchen zu entwickeln, indem sie kreativ lokale und globale Strategien im Hinblick auf Aktionen, lokale und globale Ziele sowie lokale und globale Interaktionen kombinieren.²²

phische Angaben fehlen im Original); Thomas Olesen: *Long Distance Zapatismo. Globalisation and the Construction of Solidarity*, Universität von Aarhus, Dänemark, 2002. Eine Studie von Netzwerken aus einer dominanten Perspektive bieten John Arquilla, David Ronfeldt: *Networks and Netwars*, Santa Monica 2001.

19 Peter Waterman 2003 (Anm. d. Red: Genauere bibliographische Angaben fehlen im Original).

20 Vgl. Wendy Harcourt (Hrsg.) a. a. O.; Arturo Escobar 1999 (Anm. d. Red: Genauere bibliographische Angaben fehlen im Original); Paul Virilio: *Politics of the Very Worst*, New York 1999.

21 Vgl. z. B. die Arbeit von María Suárez-Toro mit FIRE Radio und Internet-Netzwerk in Costa Rica 2003 und ihren Aufsatz: Entwurf zum Vorschlag für einen Frauengipfel zum Zustand der Welt, in: *Eine andere Welt. Das Weltsozialforum*, a. a. O., S. 447-453.

22 Vgl. z. B. das Projekt »Frauen und die Politik des Platzes«, organisiert durch die Gesellschaft für Internationale Entwicklung SID (www.sidint.org).

JENS LANGER

Europa in Siebenbürgen. Eginald Schlattner, Dichter in Europa

»Was ist ein »Kotzen«?« frage ich die sonntägliche Kaffeerunde vor der Sommerküche auf dem Hof von Sophia Schneider, der 75-jährigen Bäuerin, Witwe die Hälfte ihres Lebens. Das Wort findet sich mehrfach in Eginald Schlattners Roman »Rote Handschuhe« von 2001 (dtv 2003), und gerade hatte in der »Hermannstädter Zeitung« gestanden, dass auf einem bekannten Jahrmarkt die Kotzenhändler ihre Stände aufbauen würden. Ohne Rücksicht auf das siebenbürgische Deutsch das fremde Wort ausgesprochen, konnte es mir von keinem Einheimischen erklärt werden. »Aber Eginald Schlattner gebraucht dieses Wort oft.« Auf diesen Hinweis reagiert Thomas Drotleff, Bruder von Tante Sophia, Bauer und Kurator der Kirchenburg in Holzmengen/Hosman/Holcmány, knochentrocken: »Ja, wenn Sie's vom Schlattner gehört haben, mag das sein. Der gebraucht viele Wörter.« Ein Marburger Musikstudent, der mit seiner Freundin zur Kaffeerunde ebenso wie im Sommer angereiste Geschwister und Kinder aus Deutschland gehört, hat schon einmal früher nach dem Wort im Lexikon gesucht: Es ist eine Pferdedecke. Das also ist die Schlafstatt im Gefängnis für den Protagonisten aus Schlattners Roman!

90 Prozent der Deutschen haben das Dorf 1990 verlassen in Richtung Deutschland. Jetzt kommen sie im Sommer oft zu Besuch (wie die Schwalben, sagen manche und verwenden diesen schmerzlichen Scherznamen für ihre Gäste). Interessierte Besucher, Durchreisende aus den Nachbarländern, schauen fast täglich vorbei, einzelne kommen ganz wieder und wenn man von ihnen erzählt, wird gefragt: »Haben Sie's gehört oder ihn selbst gesehen?«.

Rumänen sind sie alle, die Deutschen von hier, die anderen Rumänen aus dem Dorf sind in der Runde nicht vertreten: keine Ungarn, keine Rumänen, keine Zigeuner (wie sie sich hier meistens selbst bezeichnen).

Schlattner lebt 30 Kilometer von unserem Kaffeetisch in Roşia/Rothberg/Veresmart. Er ist anwesend mit seinen Wörtern und Geschichten mitten unter uns. Nicht, dass er von allen gelesen worden wäre, seine Geschichten aber haben sich ganz eigen auch in die persönliche Lebensgeschichte eingegraben. Sie sind von einem Stamm und haben eine Geschichte aus tausend Erzählungen. Die massenhaften Deportationen nach Russland ab 1945¹ und den Exodus nach 1989, als die Freiheit nicht genug hergab für das Bleiben nach 800 Jahren, hat hier keiner vergessen². Da zählt auch einer wie Schlattner doppelt. Wenn der Glöckner von St. Paul in Holzmengen, Erich

Jens Langer – Jg. 1939, studierte Theologie in Leipzig, Jena und Rostock; Pastor an St. Marien in Rostock, zuletzt in UTOPIE kreativ: Der Klopstocker. Kirche und kulturelle Identität der Stadt, Heft 159 (Januar 2004)

1 Vgl. den posthum veröffentlichten Roman von Erwin Wittstock: Januar '45 oder Die höhere Pflicht, Bukarest 2002, 2. Auflage.

2 Vgl. Herwart Schumann: Dort nicht zu Hause, in: Zugänge. Heft 15, Juli 1994, S. 7 f. und weitere Beiträge dort.

Gross, etwas Gutes sagen kann und will über eine Predigt, dann sagt er z. B.: »So predigt sonst nur noch der Schlattner aus Rothberg.«

Es gibt genug Sorgen und Fragen in Rumänien, und das gilt für alle Völker dieses Landes. Da bleibt für Literatur kaum Platz, aber wo sie das Leben trifft, da hat sie ihren Platz. Als wir an der Hofmauer stehen, ins Dorf und in die Sonne blinzeln und ich einen jungen Elektriker frage, ob er Schlattner kennt, kneift unser Freund seine Augen leicht zu und erwidert: »Das ist der Pfarrer, der sich um meinen Cousin im Gefängnis kümmert.« Sich kümmern um die Gefangenen, das ist ein Auftrag, den der Siebzijährige nach der Rente übernommen hat. Darum ist er noch kein »Gefängniskaplan«, wie Andrzej Stasiuk aus seiner polnischen Sozialisation heraus geschrieben hat.³ Das wäre in diesem besonderen Fall vielleicht auch etwas zuwenig der Ehre, und vor allem wird die Pluralität der Kulturen aus Unwissenheit eingegeben. Der Rothberger hat es gern genau und wird unwirsch, wenn Gefangene ihn belügen. »Alles konnte er vertragen, aber das nicht«, sagt einer, der es wissen muss. Schlattner ist eben doch nicht bloß der »Zeuge des Unheils«, wie Kristina Maid-Zinke in einem gleichnamigen Geburtstagsartikel schreibt.⁴

Im Netz der Verhöre

Im Gefängnis ist Schlattner selbst umgedreht worden, vom Staatsfeind zum Staatsmitarbeiter. Er hatte angefangen, evangelische Theologie zu studieren in Cluj/Klausenburg und war vom Vereinigten Protestantischen Theologischen Institut mit Universitätsrang exmatrikuliert worden wegen eines leichtfüßigen Lebenswandels, den er in den »Roten Handschuhen« auch nicht beschönigt. Er studierte danach Mathematik und Hydrologie. Seine Neigung zur Belletristik lebt er in einem studentischen Literaturzirkel aus. Die Diskussionen in diesem Kreis führen zur Verurteilung wegen »Nichtanzeige von Hochverrat«. Neben dem Leben der verschiedenen Kulturen und den Zusammenkünften der Studierenden gehören die Einzelverhöre durch die Securitate zu dem Schwergewicht des Romans. Die monatelangen Vernehmungen mit ihren Fiktionen, Repressionen, Heucheleien und Gewalttätigkeiten gehören in der Literatur zum Bedrückendsten seit Arthur Koesters »Sonnenfinsternis«. Der Inhaftierte verinnerlicht die Verleumdungen und Vorwürfe so sehr, dass er an einen Punkt gelangt, an dem er sich schuldig fühlt, kein Kommunist zu sein. Aus seiner politischen Konversion wird Denunziation. Sein Prozess führt zur Verurteilung weiterer Studierender und Schriftsteller.

Der Leser quält sich durch die endlosen Wiederholungen der Verhöre und Gehirnwäsche. Hier zählt wohl nicht die literarische Rasanze, sondern die literarische Selbstausslieferung des Verräters. Die Verratenen haben ihm nie verziehen.⁵ Der Roman ist sein Bekenntnis und seine Selbstdemütigung. Nach der Haft wird er Ziegeleiarbeiter, später Ingenieur, bis er 1973 abermals Theologie studiert. Seit 1978 ist er Pastor in Roşia/Rothberg. Mit diesem Roman war er schlagartig in der europäischen Literatur präsent. Die Widmung, die dieser gescheiterte Erfolgreiche dem Buch vorausstellt, lautet: »Für Susanna Dorothea Ohnweiler, die damals, achtzehnjährig, den Mut und die Liebe hatte, trotz allem meine Frau zu werden.« Von der

3 Andrzej Stasiuk: Die Kinder von Jacobeni, in: Süddeutsche Zeitung, 8./9. November 2003.

4 K. Maid-Zinke, in: Süddeutsche Zeitung, 13. September 2003.

5 Andrea Strunk: Gottes Differentialgleichung, in: Neues Deutschland, 13./14. Februar 2003. Vgl. Filozoful tradarii, in: Romania Libera, 2. Februar 2003.

6 Eginald Schlattner:
Kaleidoskop einer Freundschaft, in: Zugänge.
Heft 25, Dezember 2000,
S. 58-66.

Tiefe seines geistlichen Einsatzes (1978 – 1999) zeugen ausschnittsweise einige Anmerkungen zur Biographie eines Weggefährten.⁶

»Der *Bulibascha der Bindnerischen Zigeuner, der weiß es gewiss*«
So unzutreffend der Vergleich von Koestlers »Sonnenfinsternis« mit Schlattners zweitem Roman sein mag, so weltenfern ist auch die Verwandtschaft zwischen den »Buddenbrooks« und dem »Geköpften Hahn« von 1998 (dtv 2001, 2. Auflage). Allein schon das Milieu! Zwar gehoben mittelständisch, aber die Randständigen nicht bloß 1848 einmal devot aufsässig wie vorm Herrn Senator in Lübeck, sondern allerlei Volks und Zigeuner immer vor der Tür oder am Fluss. Das beginnt schon mit dem Titel. Der Hahn ohne Kopf wird von der ungarischen Hausmeisterin auf einem Fensterbrett des elterlichen Hauses des Protagonisten gefunden, in dessen Festräumen die bürgerliche Jugend ein Fest zum Schulschluss feiert, den zu frühen Ausklang einer kurzen Jugend, die von Krieg und Verrat bedroht wird: »(...) [D]er Bulibascha der Bindnerischen Zigeuner, der weiß es gewiss: Ein geköpfter Hahn zieht böse Geister ins Haus, der Kopf aber allein, ans Tor genagelt, der hält sie ab. Hier aber fehlt gerade der segensreiche Kopf« (S. 456 f.). Es ist just der 23. August 1944, an dem Rumäniens König Michael I. als Verbündeter der Deutschen die Partner wechselt, mit den Alliierten einen Waffenstillstand abschließen will und den Conducator Antonescu als Gefährten Hitlers verhaften lässt: »Der deutsche Botschafter, Manfred Freiherr von Killinger, war eben von der Gemsenjagd in den Karpaten zurückgekehrt – ahnungslos. Stehenden Fußes suchte er beim König um eine Audienz an, die ihm zu später Stunde gewährt wurde, und forderte die sofortige Freilassung des Conducators: ›Andernfalls, Majestät, werde ich Rumänien in ein Blutbad verwandeln. Ich bin so frei.‹ Wieder in der deutschen Botschaft, schoss sich der Freiherr eine Kugel in den Kopf. Die Ärzte befanden: Exitus letalis.« (S. 517 f.).⁷ So offiziell ereignet sich Politik in dieser Familiensaga selten, meistens wirkt sie informell in das gesellschaftliche Gefüge hinein, agiert in Onkel und Tanten, unter Heranwachsenden, in der wackligen Balance der sozialen Klassen, in der fragilen Kultur des Zusammenlebens von Rumänen, Ungarn, Deutschen, Juden und Zigeunern. In dieser Verwobenheit lässt sich nicht ausmachen, ob der zitierte Exitus, der ganz am Ende des Romans steht, sich speziell auf den Tod der deutschen Minderheit beziehen lässt. Ein Hauch von Vergänglichkeit streift jedenfalls die gesamte transsilvanische Multikulturalität. Denn »Exitus« ist auch das allererste Wort des Romans. Zwischen diesen beiden Erwähnungen des Untergangs wird der Tanztee der jungen Leute gefeiert, begegnen uns Nationalisten aller in Fogarasch versammelten Völker, Zivilisten, Offiziere und ihre Burschen, rasche Lieben und immerwährende Gleichgültigkeiten, Flüchtende, Versteckte und Evakuierte. *Theatrum mundi transsilvanum*. Diesen Roman kann man sich als filmisches Gemälde vorstellen, ein politkulturelles Gemälde – so wie einst Lampedusas »Der Leopard« verfilmt worden ist, nicht in den dortigen atemberaubend langen Sequenzen, sondern kleinteilig und auf diese Weise ebenfalls groß und hinreißend, kleinteilig-siebenbürgisch eben und darin auch deutsch und rumänisch.

7 Der Siebenbürgen familiär verbundene Fritz Klein: Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen (Frankfurt/M. 2000, S. 306) berichtet über die hohe Bewertung des Seitenwechsels durch rumänische Historiker.

»Die Zeit vergaß sich«

Wer heute in Schlattners Land reist, möchte gern seinen Satz über eine Liebesbeziehung für die Beschreibung der Entdeckung Siebenbürgens wiederholen, wenn diese Entfremdung erlaubt wäre: »Die Zeit vergaß sich.« (Rote Handschuhe, S. 602). Hier ist Geschichte wuchtig und morbide, wüst und filigran. Die Ursprünge der deutschen Besiedlung liegen trotz anderer Legendenbildung in Jahrhunderten doch im Dunkel oder in einem anderen Licht, als deutscher Nationalismus es gern hätte.⁸ Die klassische Ansiedlungstheorie für die Siebenbürger Sachsen liest sich als eine Fortsetzung der Erfolgsgeschichte des süddeutschen Bauertums in Südosteuropa: Aufbruch der Bauernsöhne zur Landnahme. Legendäre Züge sind unübersehbar und tun der deutschen Minderheit im alten und neuen Rumänien gut. Noch besser bekommt ihr aber die kritische Analyse der eigenen Geschichte und das am besten auch noch durch eigene Leute. Horst Klusch nimmt den Historikerstaubsauger und pustet die Staubschichten weg. Was er an siebenbürgischer Historie und an Widersprüchen zu ihrer Begründung freilegt, bewertet er beherzt und frisch. Es leuchtet als Theorie ein, über die gestritten werden kann und diskutiert wird. Wer der traditionellen Geschichtsinterpretation anhängt, muss sich angegriffen fühlen: »Die neue Theorie beruht auf den durch zahlreiche Dokumente belegten Tatsachen, dass 1096 über 10000 deutsche und wallonische Bauernfamilien, die an dem Bauernkreuzzug des Peter von Amiens teilgenommen hatten, bei Nisch (50 Kilometer südlich der Donau) von byzantinischen Söldnern am Weitermarsch nach Konstantinopel gehindert worden waren und historisch außer Kontrolle gerieten. Es spricht vieles für die Annahme, dass diese Bauern im folgenden Winter die Donau überschritten, am Südhang der Karpaten entsprechende Siedlungsgebiete fanden und sich dem von der römischen Kirche betreuten Bischofssitz von Milkow (Vrancea-Gebiet) kirchlich unterordneten.

1154 nahmen die im Süden der Karpaten möglicherweise siedelnden Deutschen an dem Feldzug Geysas II. gegen den byzantinischen Kaiser Manuel teil und, da sie sich von den Kumanen arg bedrängt fühlten, folgten sie der Einladung Geysas II. und übersiedelten nach Siebenbürgen. Der Altdurchbruch war dafür der kürzeste Weg (im Winter auch mit Wagen und Schlitten passierbar). Sie siedelten in den später als Schenker, Leschkircher und Hermannstädter Stuhl bezeichneten Gebieten, fühlten sich aber der Milkower Diözese bis ins 15. Jahrhundert weiterhin verbunden.« (S. 26)

Demnach also landlose Bauern, Kreuzzügler und Abenteurer aus einem deutschen Reich, zu dem eben auch Luxemburger und Wallonen gehörten, als Gefahr für Stadt und Land – Belgrad plünderten sie – mit verständlicher Sehnsucht nach Land – heiligem, gelobtem, vor allem bewirtschaftbarem. Byzanz drängte sie ab und vergessen waren sie: »historisch außer Kontrolle.« Bis Horst Klusch kam, der sie mit seiner Theorie wieder einfiel. Die Luxemburger heute immerhin sanieren an der Hermannstädter Lügenbrücke im historischen Zentrum ein barockes Bürgerhaus, bleiben ihren Auswanderern verbunden und überlassen deren Nachkommen das Gebäude: Der Großherzog selbst kommt Ende März 2004 und zeigt luxemburgische Gegenwart wie sonst kaum in Europa, während auf dem Trans-

8 Horst Klusch: Zur Ansiedlung der Siebenbürger Sachsen, Bukarest/Klausenburg 2001. Seitenangaben im Text beziehen sich hierauf.

9 F. Klein, a. a. O., S. 71 über seine Ferien in Siebenbürgen 1938 und 1939: »Es waren jedes Mal wunder-volle Wochen – auch wenn wir uns in manchen Ge-sprächen wunderten über Töne blinder Begeisterung für das ›Grosse‹, das sich im verklärten Reich ereig-nete.« Vgl. zum bürgerlichen Nationalpathos auch a. a. O., S. 20 f.; für die 30er und 40er Jahre a. a. O., S. 56. Über die Zeit nach 1945 heißt es bei Klein, a. a. O., S. 309 f. zusammenfassend: »Über die Jahre war ich (...) Zeuge einer anscheinend unaufhaltsamen Auflösung, eines Ausrinnens der Exi-stenz des Volkes, dem ich mich verbunden fühlte. Dass die alten Formen einer bäu-erlich geprägten, vorindu-striellen Gesellschaft keinen Bestand haben würden in der Zeit einer entwickelten Industriegesellschaft schien mir sicher. Vieles hätte sich ändern müssen, was den überwiegend konservativ eingestellten Sachsen gewiss nicht leichtgefallen wäre. Die völkische Abge-schlossenheit der Vergan-genheit konnte keinen Bestand mehr haben. Veränderung aber hätte nicht notwendig Auflösung und Untergang bedeuten müssen. Dass der Zwang dazu ungerechnet von einer unter ›sozialistisch‹ firmierenden Ordnung aus-ging, vertiefte meine Distanz zu der Politik, die ich gewählt hatte.«

10 Vgl. Gerhard Möckel: »Bleiben«. Zur Frage unse-rer Identität und unserer ukunft (1971), in: Ders., *Fatum oder Datum*, München 1997, S. 55-68.

11 Vgl. Harold James: *Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und*

europäischen Korridor von Skandinavien bis zur Türkei die Schwer-laster durch die Stadt rasen. Historisch aber alles in allem mehr Be-züge etwa zur australischen Staatswerdung als zur Gründung der schweizerischen Eidgenossenschaft. So klingt das theoretische Pro-gramm denn auch entsprechend aus: »Die harten Lebensbedingun-gen bei der Urbarmachung des Bodens südlich und nördlich der Kar-paten werden vermutlich den zusammengerotteten Haufen von ver-armten Adligen und Bauern einer natürlichen Auslese unterzogen haben, so dass von den Kreuzfahrern und Pilgern eine größere Zahl arbeitsamer Siedler übriggeblieben sind, deren Nachkommen in den folgenden 900 Jahren, um ihre Kirche geschart, Sprache, Sitte und Brauch uns erhalten konnten.« (S. 49 ff.) Aber sie sind alle gegang-en – am 29. Juni 2002 beim Peter- und Paul-Fest erzählte mir eine Landfrau aus Marpod: »Wir Sachsen mussten viel leiden. Aber durch die Revolution bekamen wir auch Rechte; denn die Rumänen schätzen unseren Fleiß und unsere Ordnung. Wären sie geblieben, wären wir heute was! Aber sie sind alle gegangen.«

So sterben womöglich deutsche Legenden gleich zweimal. Aber die Menschen, die ich in zwei Sommern diesseits der Karpaten und jenseits der Legenden getroffen habe, leben mit der Geschichte von damals, mit ihrer theoretischen und vor allem praktischen Dekonstru-ktion und gehen durch die Mühen endloser Ebenen. Ein illusions-loser Optimist lud zu einem alten siebenbürgischen Brauch ein, alle, Rumänen, Ungarn und Siebenbürger »Sachsen«: »Kommt, macht mit! Hier braucht ihr kein Sachsenzertifikat.« Das könnte die Freundlich-keit der legendenlosen Zeiten sein in Transsilvanien – und selber Stoff für neue Legenden. Die jüngere Geschichte ist nur zu verste-hen, wenn neben Unterdrückung und Deportation auch der Nationa-lismus der Deutschen 1933-1945 nicht verdrängt wird.⁹ Die schon unter den Bundeskanzlern Schmidt und Kohl als Familienzusam-menführung betriebene Auswanderungspolitik war nicht die einzige Möglichkeit des Überlebens, die unter den Siebenbürger Sachsen diskutiert wurde.¹⁰ In dieser ambivalenten Geschichte eines kleinen und noch kleiner gewordenen Volkes lebt und webt Schlattner seine Literatur und macht Geschichte anschaulich. Der Horizont ihrer Lektüre wird sich erweitern, wenn im Herbst 2004 sein dritter Ro-man vorliegt: »Das Klavier im Nebel«.

Die jüngste Geschichte ist überhaupt noch nicht verarbeitet und Schlattner gerade erst ins Rumänische übersetzt. Susanne Brandstät-ers Filmrecherche »Schachmatt. Strategie einer Revolution« (Erst-ausstrahlung 25. Februar 2004 auf arte) zeigt die Zusammenarbeit zwischen alt-neuem Regime und westlichen Geheimdiensten. Den Volksaufstand von 1989 charakterisieren in diesem Film westliche Sicherheitsdienstler als eine Mischung aus interner Revolte im Pa-last und semispontaner Revolte auf der Straße.¹¹ Übrigens sprach Weihnachten 1989 auch der langjährige deutschstämmige Minister-präsident (1966-1974) Johann Georg Maurer im rumänischen Fern-sehen zur Beruhigung der Bevölkerung, offenbar mit Blick auf seine Minderheit.

Es gibt keinen Grund, mit oder ohne Schlattner die Perspektiven für Siebenbürgen euphorisch zu sehen. Alle Völker Siebenbürgens verlieren aufgrund der Wirtschaftslage immer noch Menschen durch

Ausreise. Die Siebenbürger kämpfen zudem immer noch um die Rückgabe enteigneten Besitzes.¹² Schlattner sieht die Zukunft seiner eigenen Leute skeptisch. Seine Stimme verdient allen Respekt. Sie ist aber nicht die einzige. Es fühlen sich mehr und mehr Deutsche nach Siebenbürgen hingezogen, um in den dortigen bescheidenen Verhältnissen zu bleiben. Auf einen Schlattner-Artikel von Andrea Strunk mit dem Titel »Ein Mann, der allein im Wind lebt« (Freitag, 12. Dezember 2003), reagierte ein neuer Siebenbürgener mit einem Leserbrief: »Herr Schlattner erzählt und leidet sein Leben. Doch lebt er nicht allein im Wind, sondern ist eine – wenn auch kräftige – Stimme unter vielen in Siebenbürgen. Dieses Land aber lassen viele gern aus der Zeit fallen und damit am Rande unserer Zeit in einem dunklen Märchenwald stehen. Schlattners Werke sind aber so stark, weil sie authentisch sind und Vergangenes bearbeiten. Die Gegenwart in Rumänien ist schwer, ebenso die Neudefinition der rumäniendeutschen Bevölkerung: beides jedoch ist nicht von apokalyptischem Charakter. Das Trauma einer auf Promille geschrumpften Ethnie ist ernst zu nehmen, doch macht diese nicht den Geist Siebenbürgens aus. Andere Themen stehen auf der Tagesordnung. Viele jüngere, gebliebene Rumäniendeutsche vor allem, wissen ganz gut, sich in den Verhältnissen zu positionieren und in die rumänische Gesellschaft einzubringen. Das bedeutet vor allem Offenheit bis an die Grenze des Verträglichen – das ist ein Experiment, von dem auch Rumänien profitiert.«¹³

Schlattner, der freundliche Patriarch seiner Roma im Dorf, ist eine tägliche Hoffnung für diese Fremden im eigenen Land.¹⁴ Kann er selber in den Rückkehrern und Neuanrücklingen samt Gebliebenen eine Hoffnung für die Zukunft sehen? Er lebt in seiner Geschichte und seinen Geschichten, die groß und abgründig sind. Ein einziges Leben wie das seine kann vielleicht gar nicht ausreichen, in den Neuanfängen Lebenskeime zu sehen, wie die jungen Leute sie in ihren Ebenen des Alltags bei ihren kleinen Erfolgen spüren, die, die im »Publik-Forum« ihre Wollsocken aus Viscri bei Brasov anbieten; andere, die sich freuen, das Sommerpalais Samuel von Brukenthals in Freck/Avrig namens der Evangelischen Kirche sachte zu sanieren und zu beleben;¹⁵ eine Wandergruppe gastfreundlich durch das Land geleiten und sich wünschen, dass im Dorfladen eingekauft wird; die mit einer Konfirmanden-Freizeit einen festlichen Gottesdienst unerwartet anders feiern ..., und alle die sehen Leben, die fremd in das Land kommen und vom langen Atem der Hoffnung inspiriert werden und darüber erzählen müssen. Vermutlich wird aus dem allen und der europäischen Neuorientierung der Reisebüros ein – nicht unproblematischer – Touristenstrom werden.

Was fasziniert in, mit und unter diesen Problemen an Siebenbürgen/Rumänien?

Europäische Kriechströme: »Zurück« + »Gratis«?

Ich will es für mich auf einen einzigen Punkt bringen: Mich fasziniert der jahrhundertealte Pluralismus – die hier so oft genannten Völker sind alle in einem Dorf vertreten. Sie kommen verträglich miteinander aus, ohne multikulturelle Musterschüler zu sein. Jede Kultur lebt für sich. Paradoxerweise werden sie sich füreinander öff-

Aufstieg 1914-2001, München 2004, S. 416 ff.

12 Klaus Johannis: Wahlen und Restitutionsfrage, in: Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien, 19. März 2004.

13 Joachim Cotaru: Ernst zu nehmen, in: Freitag, 16. Januar 2004.

14 Vgl. A. Strunk (Anm. 5).

15 Grit Friedrich: Plädiert für viele kleine Schritte, in: Hermannstädter Zeitung, 12. März 2004.

16 II. Verhandlungsbericht über die Sitzung des Landeskonsistoriums vom 4. April 2003: Landeskirchliche Information Nr. 9 /15. Mai 2003, S. 5.

17 Vgl. Jürgen Henkel: Gesellschaft und Kirche in Rumänien nach 1989, in: Südeuropa Mitteilungen 2003, Heft 6, S. 42 f., 50.

18 A. a. O., S. 45; Joachim Cotaru: Das verfluchte Gold, in: Die Wochenzeitung (Zürich), 18. September 2003, wo über die beabsichtigte Zerstörung einer Kulturlandschaft durch eine rumänisch-kanadische Goldminengesellschaft und den Kampf der Bevölkerung für ihre Heimat berichtet wird. Henkel, a. a. O., S. 43 f. resümiert: »Das Land ist heute mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert, die es vor der Revolution schlicht nicht gab. Hohe Arbeitslosigkeit ganzer Regionen (und das ohne soziale Absicherung wie in Deutschland), Armutspstitution in großem Umfang, Auswanderung junger Eliten, Zusammenbruch selbst rentabler Betriebe, nachdem der Ostmarkt

zusammengebrochen ist, Renten um die 25 Euro, Preisexplosionen und eine Zunahme an Kriminalität und Gewaltbereitschaft. Die Menschen wollten Freiheit, nun haben sie Armut und Inflation im Land. Früher hatten sie Geld und konnten dafür nichts kaufen. Auf Autos mussten sie jahrelang warten. Heute gibt es alles, aber die breite Bevölkerung kann es sich nicht leisten. Heute kostet Telefonieren, kosten Lebensmittel wie Kaffee und andere Konsumgüter oft deutlich mehr als in Deutschland und anderen westlichen Ländern. Gas- und Strompreise sind für die Durchschnittslöhne und Renten in astronomische Höhe gestiegen. Viele Eltern können ihren Kindern keine Schulbücher kaufen. Und auch die medizinische Versorgung ist katastrophal. Sterben ist billiger, als krank zu werden. Eine Zweiklassengesellschaft ist entstanden. Der gesunde Mittelstand fehlt völlig. Es gibt fast nur Superreiche und Arme.«

19 Karl Schlögel: *Im Raume lesen wir die Zeit*, München/Wien 2003, S. 227.

20 Vgl. Thomas Rietzschel: *Bürgerlichkeit durch die Hintertür*. Zum 70. Geburtstag des rumänien-deutschen Erzählers Eginald Schlattner, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. September 2003.

21 Joachim Krauß: *Bestätigt die Ausnahme die Regel? Stereotypen vom ›Zigeuner‹ und soziale Wirklichkeit*, in: *Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde*, 23. (94.) Jg. (2000), Heft 2, S. 228-236, hier 228.

nen müssen, wenn sie ihre Identität bewahren und so bewahren wollen. In der außerordentlich traditionellen Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses (A. B.) mit dem Verlust von 90 Prozent ihrer Gemeindeglieder gibt es z. B. starke Bemühungen, sich zu öffnen. Bischof Christoph Klein wirbt dafür, »dass unsere Kirche zukünftig in Offenheit und entschlossen auf das Umfeld und die Gesellschaft eingehen und einwirken soll.«¹⁶ Im Juli 2003 hat er zum Semesterabschluss des Theologischen Instituts in Sibiu/Hermannstadt erklärt, die Evangelische Kirche A. B. habe sich zu lange auf Traditionen und Institutionen konzentriert, es gehe jetzt um die Person Christi und die Personen im Lande. Anders sprach Luther auch nicht. Die Öffnung zeigt sich sowohl in praktischer Hilfe als auch in der Bereitschaft zur Zweisprachigkeit. Andererseits werden viele orthodoxe Rumänen angezogen durch deutschsprachige Gymnasien. Das wiederum führt zu vermehrten Anmeldungen zum Konfirmandenunterricht. Die Rumänisch-Orthodoxe Kirche strebt an, wieder Staatskirche wie vor 1944 zu werden. Ihre Angehörigen auf den Dörfern werden von amerikanischen Sektenpredigern umworben, was die Orthodoxie als theologische und soziale Herausforderung erkennen müsste.¹⁷ Denn der Druck der internationalen Banken und Corporationen auf das Land ist enorm.¹⁸

Diese historische, aktuelle und perspektivische Nähe der Kulturen macht Siebenbürgen zu einem Raum, in dem Europa liegt. In den Zwei- oder Dreifachbenennungen von Städten und Dörfern sind hier mehrere europäische Nationen anwesend.¹⁹ Thomas Rietzschel irrt, wenn er behauptet, Schlattners Rothberg heiße heute rumänisch Roşia; denn die Orte heißen immer so, wie die Völkerschaften jeweils sie in ihrer Sprache nennen.²⁰ Der Politologe Karl Schlögel hat auch noch auf eine andere Erfahrung hingewiesen, die von alten Kursbüchern belegt wird: Europäische Zugverbindungen waren oft vor dem II. Weltkrieg schneller als heute. Wir waren uns schon einmal näher in Europa! Diese ambulante Nähe zeigt sich in Siebenbürgen als stationäres Phänomen: Die Nationen, die irgendwann in der EU zusammen kommen sollen, sind in Transsilvanien längst beieinander. Dabei spielt die Präsenz der Zigeuner in Europa trotz ihrer Quantität kaum eine Rolle, und wenn, vorwiegend als Objekt von Repression. In Rumänien vermag sich der Blick auf dieses Volk zu weiten, weil der Betrachter Vielgestaltigkeit der Stämme und Sippen entdecken kann. Irgendwann wird jemand auch von den berühmten evangelischen Roma in Weilau/Uila/Vajola erzählen, die mit 186 Personen 92 Prozent der Kirchengemeinde bilden, nach dem Exodus der Deutschen die Kirche schützten und renovierten, aber bei der Wiedereinweihung durch Bischof Klein nicht entdeckt werden konnten, weil sie so unauffällig waren.²¹ Es ist schwer vorstellbar, dass das durch ganz Europa wandernde Volk im Namen der Globalisierung als einziges definitiv in jeweiligen Staatsgrenzen festgehalten werden kann. »Zurück!« hatten die deutschen Grenzer am Übergang nach Frankreich zu dem aus Polen kommenden Clan einer jungen Frau gesagt, die vom Dorf mit uns in die Stadt fuhr, um ihren einbehaltenen Pass abzuholen. Auf die Frage, wer denn den Rückflug von Deutschland nach Polen für den Clan bezahlt habe, antwortete sie strahlend: »Gratis.« Auf Dauer wird es nicht mit »zurück!«

und »gratis« gehen. Zwar gibt es bis jetzt keine erkennbare Struktur, innerhalb derer diese Ethnie ihre Mobilität durchsetzen können. Aber es existieren seit ewigen Zeiten die europäischen »Kriechströme«, die trotz neuer Grenzen fließen und mit denen europäische Wanderschaften unaufhaltsam sind. Grensräume sind immer auch Transferlandschaften.

Die unterdrückte zigane Energie ist im Februar 2004 in der Slowakei gegen die Reduzierung der Sozialhilfe im Interesse des EU-Beitritts explodiert: Die größten Polizeieinsätze seit 1989 mussten organisiert werden.²²

Stasiuk moniert, dass Landkarten nie Ortsnamen in Romani enthalten: »Ich glaube, die Zigeuner sind daran am wenigsten interessiert. Ihre Geografie ist beweglich und ungreifbar. Gut möglich, dass sie unsere überlebt.«²³ Zusammen mit der von Schlattners europäischen Sachsen.

Einführungsliteratur

Lucian Boia: Geschichte und Mythos. Über die Gegenwart des Vergangenen in der rumänischen Gesellschaft. *Studia Transylvanica* 30, Köln 2002.

Rajko Djurić u. a.: Ohne Heim – ohne Grab. Die Geschichte der Roma und Sinti, Berlin 1996/2002.

Peter Motzan, Stefan Sienerth (Hgg.): Worte als Gefahr und Gefährdung. Schriftsteller vor Gericht. Veröffentlichungen des Südostdeutschen Kulturwerks B 64, München 1993.

22 Jaroslav Polivka: Aufrührer der Roma, in: Neues Deutschland, 25. Februar 2004; vgl. auch Jacqueline Hénard: Die Westerweiterung der Angst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. März 2004; Christian Schmidt-Häuer: Die Kellerkinder kommen, in: Die Zeit, 4. März 2004; Hannes Hofbauer: Hungern für Europa, in: Konkret, Heft 14, April 2004, S. 36-37. Zur EU-Angleichung in Rumänien generell Elisabeth Schrödter: An den neuen Grenzen von Europa, Berlin 2003, S. 135-140, 194-202.

23 A. Stasiuk (Anm. 3).

GÜNTER WIRTH

»Der Todesgang des armenischen Volkes«

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist. 1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Hans Peters – ein Berliner Politiker, Heft 144 (Oktober 2002).

Im deutschen Protestantismus zur Zeit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert – in der Rückschau ist dies der Höhepunkt der wilhelminischen Ära – war es nur begrenzt zu deutlichen Reaktionen auf die Verfolgung der Armenier im Osmanischen Reich gekommen. Eine Schlüsselrolle in der Aufklärung und Aktivierung der deutschen protestantischen Öffentlichkeit hatte in solcher Konstellation die von Martin Rade geleitete Zeitschrift »Christliche Welt«, die heute gern als Selbstverständigungsorgan des deutschen Protestantismus bezeichnet wird, jedenfalls aber das zentrale Organ der »Welt des freien Protestantismus« war; so auch lautete der Titel der bekannten Monographie über die »Christliche Welt« und ihre Freunde von Johannes Rathje, der – beiläufig bemerkt – der Großvater Lothar de Maizières und seiner Schwester, der ersten Pröpstin der provinzsächsischen Kirche, war – ein Zeichen vielleicht auch für die die Zeiten übergreifenden Auswirkungen dieser »Welt des freien Protestantismus«.

In Heft 30/1896 dieses Wochenblattes hat der Herausgeber bemerkt: »Unser Blatt steht so einsam in der Vertretung der armenischen Sache, daß unsere Leser sich[']s gefallen lassen müssen, wenn wir immer und immer wieder darauf zurückkommen.« Tatsächlich hat die »Christliche Welt« 1896 – also in Reaktion auf die Greuel von 1895 – insgesamt 60 Aufsätze, Kommentare und Berichte veröffentlicht, und für das Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 1896 hatte der Herausgeber sogar eine eigene Rubrik für Armenien – zwischen Kunst/Literatur und Tagesfragen – eingerichtet, dies auch noch für den folgenden Jahrgang, in dem immerhin auch sieben Aufsätze erschienen sind.

Für die Linie der »Christlichen Welt« in der Aufklärung und Aktivierung der deutschen protestantischen Öffentlichkeit sind die folgenden Gesichtspunkte als besonders charakteristisch zu bezeichnen:

Erstens: Es ging Rade und seinen Freunden um die Vermittlung der Tatsachen, die in der offiziösen deutschen Publizistik eher verschwommen, wenn nicht verfälscht wiedergegeben wurden. Die »Christliche Welt« hatte übrigens schon 1894 (Nr. 40-42) vor solchen Entwicklungen gewarnt.

Zweitens: Es ging Rade und seinen Freunden darum, die deutsche Politik zum Eingreifen zugunsten der Armenier zu veranlassen. »Hat unser Kaiser«, so wurde in Heft 10/1896 gefragt, »hat unser Kaiser denn nicht ein Wort für unsre christlichen Glaubensbrüder in Ar-

menien?« Wörtlich: »... Tausende sind nicht hingemordet, nein hingeschlachtet ... Wie mögen die Machthaber im Serail wohl die Hände reiben ... über die Dummheit der christlichen Regierungen, die ... das Märchen glauben, das sie ihnen aufbinden von dem armenischen Wolf und dem türkischen Schafe ... Will unser Kaiser hier nicht Wortführer sein für die Christenheit?«

Ergänzend zu diesem mehr moralischen Appell, der allerdings den zum Rückzug des deutschen Botschafters einschloß, wurde von Rade in Heft 30/1896 das Völkerrecht herangezogen, der Artikel 61 des Berliner Vertrags von 1878, der von der Türkei gebrochen worden sei. Überdies wurde von ihm mit Sorge herausgestellt, daß das von deutschen militärischen Instruktoren reformierte Heer zu einem Instrument gegen die Armenier geworden sei: deutsche Diszipliniertheit als Mordinstrument.

Drittens: Weiter ging es Rade und seinen Freunden um die Formung des christlichen Gemeinschaftsgefühls in Deutschland gegenüber den Armeniern und ihrer Sache. Dieses müsse sich natürlich im diakonischen Handeln ausdrücken, dürfe sich indes nicht in ihm erschöpfen. Es müsse sich im gesamtgesellschaftlichen Willen zur Beendigung der Verfolgung und einer authentischen Lösung des Problems manifestieren.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang *viertens:* daß Rade nicht nur – schon in Heft 3/1896 – ein Gebet leitender englischer Geistlicher, darunter von drei anglikanischen Bischöfen, in großer Aufmachung abdruckte. Er hat auch – entsprechend etwa einer Mitteilung in Heft 6/1896 – englische Flugblätter zur armenischen Sache zur Versendung angeboten. Das heißt also in anderen Worten, daß die armenische Problematik zu einem ersten ernsthaften Prüfstein ökumenischen Handelns geworden war, dies noch vor der formellen Formierung der ökumenischen Gemeinschaft und angesichts starker Vorbehalte in Deutschland überhaupt, aber auch im deutschen Protestantismus gegenüber England, zumal im Hinblick auf die zeitgenössische Burenfrage.

Fünftens: Schließlich wurde in der »Christlichen Welt« das persönliche Engagement von Johannes Lepsius gewürdigt – 1896 in Heft 43 in einer ausführlichen Rezension seines Buchs »Armenien und Europa« und in einem Kommentar Rades zur »Amtsniederlegung des Pfarrers Lepsius«. In letzterem heißt es, daß der Evangelische Oberkirchenrat in seiner Entscheidung, Lepsius einen halbjährigen Urlaub zu verweigern trotz Vertretung auf eigene Kosten, »unter politischem Druck« gehandelt habe »(der kein äußerer gewesen zu sein braucht)«. Lepsius habe mit seiner daraufhin erfolgten Amtsniederlegung »dem Amt und Stande der evangelischen Pastoren den schönsten Dienst erwiesen«.

Ehe ich zu Lepsius noch einige Bemerkungen mache, muß ich auf den denkwürdigen Umstand hinweisen, daß die »Christliche Welt« auch unter den Kriegsbedingungen mindestens einen relativ scharfen Aufsatz zu den Greueln von 1915 unter dem Titel »Armenien im Weltkriege« von Kirchenrat Ewald Stier, einem Kampfgefährten von Lepsius, abgedruckt hat – in Nr. 30/1915. »Was jetzt in Armenien vor sich geht, erinnert an die schlimmsten Zeiten der an Leiden so reichen armenischen Geschichte«, heißt es dort, und es wird unter

Im Zusammenhang mit den Debatten über den Einritt der Türkei in die Europäische Union ist von Politikern, Publizisten, Kirchenführern und Historikern (u. a. Jürgen Kocka) an die Armenier-Frage erinnert worden. Sie hat in anderen Ländern, so in Frankreich (dort im Zusammenhang mit einer Resolution der Nationalversammlung), ebenfalls zu heftigen Auseinandersetzungen (auch diplomatischen mit der Türkei) geführt. Der nachfolgende Aufsatz geht auf einen Aspekt ein, der sich vor allem auf den mit Potsdam eng verbundenen und dort auch verstorbenen Pfarrer Dr. Johannes Lepsius bezieht (und Lepsius gehörte zum familiären Geflecht des bekannten Ägyptologen).

Anführung zahlreicher Tatsachen hinzugefügt: »Die Geschichte, die sich jetzt vor unseren Augen in Armenien abspielt, ist tragisch im höchsten Maße. Diesmal geht sie uns noch viel näher an, als vor zwanzig Jahren.« Jetzt, d. h. angesichts der Türkei unter den jung-türkischen Reformern als Kriegsverbündeten Deutschlands ...

Ich hatte auf die Würdigung von Lepsius in der »Christlichen Welt« 1896 hingewiesen. In der Folgezeit ist Lepsius mehrfach dort zu Wort gekommen, zumal auch mit Berichten über den deutschen Hilfsbund für die Armenier, und 1926 ist in Rades Blatt einer der würdigsten Nachrufe auf Lepsius von Ewald Stier erschienen. Unter den CW-Beiträgen von Lepsius verdient einer besonders hervorgehoben zu werden, zumal er nicht zufällig in die »Christliche Welt« geraten ist, der Aufsatz zum Zionismus im Anschluß an den Baseler Zionistenkongreß, bei dem Lepsius zugegen gewesen war und dessen Atmosphäre er geradezu literarisch beschworen hat. Dies nicht zufällig in der »Christlichen Welt« – es will dies besagen, daß Rade immer wieder für Jüdisches eingetreten ist, und 1913 hat er sich in mehreren Aufsätzen, auch in anderen Blättern, für jüdische theologische Fakultäten an preußischen Universitäten ausgesprochen, was damals stark beachtet wurde.

An dem Zionismus-Aufsatz ist zweierlei von besonderem Interesse:

Erstens bezweifelt Lepsius die Chance der sogenannten christlichen Judenmission. Er schreibt: »Sollten die Juden nach Palästina zurückkehren, so werden sie nicht als christgläubig, sondern als Juden das Land ihrer Väter in Besitz nehmen.« Allerdings fügte er als christlicher Theologe dies hinzu: »Aber ist nicht gerade die Wiederherstellung der jüdischen Nation die Voraussetzung für die Erfüllung der Paulinischen Weissagung von der Bekehrung ganz Israels?«

Als wichtiger ist zweifellos diese (zweite) Feststellung von Lepsius von 1897 festzuhalten:

»Man kann jetzt schon, ohne den Propheten zu spielen, mit Gewißheit sagen, daß, falls es über kurz oder lang zur Liquidation des türkischen Reiches kommt, die internationale Judenheit auf Palästina als das ihr nach geschichtlichem Rechte zustehende Teil aus dem Erbe des kranken Mannes Anspruch erheben wird.«

Es zeigt sich also, daß Lepsius in seinem Engagement für die Armenier den Gesamtblick auf die brisante nahöstliche Region hatte und dies – sein ursprüngliches Interesse galt ja der Mission unter den Muslimen – im Horizont der drei abrahamitischen Religionen.

Unter diesem Aspekt ist es eigentlich nicht auffällig, daß der in vielerlei Hinsicht umstrittene Lepsius zeitgenössisch sehr wohl seriös zur Kenntnis genommen wurde – gerade auch sichtbar in seiner Ehrung mit dem Dr. h. c. der Berliner theologischen Fakultät am 400. Jahrestag der Reformation. Leider habe ich im Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin feststellen müssen, daß die Unterlagen hierzu nicht erhalten geblieben sind. Ich gehe aber davon aus, daß diese Ehrung auf Initiative von Adolf Deißmann erfolgt ist, dem ökumenischen Protagonisten unter den Universitätstheologen, in dessen Nachlaß Briefe von Lepsius zu finden sind und die Kopie eines Briefs von Deißmann an Franz Werfel, in dem er sich für die Zusendung des Buchs »40 Tage des Musa Dagh« bedankt. Deißmann

war also als Gesinnungsfreund von Lepsius über die protestantische Gemeinschaft hinaus bekannt.

Ein wenig generalisierend ließe sich feststellen, daß die Würdigung des Engagements von Lepsius – auch in seinen intellektuellen Dimensionen – zu seinen Lebzeiten bzw. bis zum Ende der Weimarer Republik, mit Werfels Roman als Höhepunkt, relevanter gewesen ist als später. So bekam Lepsius in RGG I (1923) und in RGG II (Anfang der 30er Jahre) Personalartikel. In der 3. Auflage von 1960 fehlt ein solcher Artikel; nur in dem Artikel über die Deutsche Orient-Mission wird er erwähnt. (RGG = Religion in Geschichte und Gegenwart. Informations- und Orientierungslexikon des deutschen Protestantismus.)

Analoge Beobachtungen kann man hinsichtlich der Armenien-Artikel in RGG, im Evangelischen Kirchenlexikon und in der Theologischen Realencyklopädie machen. So wird in RGG I (1909) die Hinmetzelung der Armenier angeprangert und betont auf die Aktionen von Lepsius und den »Freunden der ›Christlichen Welt« hingewiesen. Analog in RGG II (1930) von dem bekannten Kirchenhistoriker Rückert. Während in RGG III (1957) die »blutigen Armenier-Massaker« auch zahlenmäßig erfaßt werden, ist in RGG IV (1998) unter Armenien lediglich subsumiert: I. Altertum, II. Armenische Apostolische Kirche.

Im Evangelischen Kirchenlexikon (1. Aufl. 1956) wird Lepsius zitiert: »Der Todesgang des armenischen Volkes«. In der 3. Auflage von 1986 schreibt Erwin Fahlbusch, der bekannte Konfessionskundler und Mitherausgeber des Lexikons eher bürokratisch: »Die türkisch beherrschten Armenier wurden im I. Weltkrieg das Opfer schwerer Pogrome; was den Türken entkommen konnte, floh aus Klein-Armenien.«

In der Theologischen Realencyklopädie Bd. IV von 1979 ist von B. Spuler, einem Islam-Spezialisten, zu lesen: »Gewiß nicht völlig zu Unrecht verdächtigten die Türken gar manchen von ihnen (den Armeniern; G. W.), heimlich Parteigänger des Zaren zu sein. Diese Tatsache und wirtschaftlicher Neid, auch nationaler Haß und mancherlei Eifersucht führten 1895/96 zu einem furchtbaren Ausbruch des Volkshasses gegen die Armenier in Kleinasien, der, wie es heißt, etwa 200 000 Menschen das Leben kostete ... Diese blutigen Zusammenstöße, bei denen die Armenier, wo sie konnten, gleiches mit gleichem vergalt, wiederholte sich ... 1914/15 ... Tod und Vertreibung verminderten die Zahl dieses Volkes in Anatolien um etwa 600 000 Seelen ...«

Die stärkste Formulierung findet sich im katholischen Lexikon für Kirche und Theologie (3. Aufl. 1993), wo lapidar davon gesprochen wird, daß »eine Mio. Armenier Opfer eines Völkermordes« geworden seien.

Abschließend müßte freilich bemerkt werden, daß im Kreis um Lepsius wie in dem um die »Christliche Welt« im Laufe der Zeit Differenzierungen auftraten, die durchaus einen retrograden Charakter erhalten konnten. Wenn etwa in dem frühen RGG-Artikel von 1909 als Exponent der »Freunde der ›Christlichen Welt« Dr. Paul Rohrbach genannt wird, wenn wir von ihm zahlreiche Aufsätze in der CW finden, überdies auch seine Unterschrift unter den Nachruf des

Vorstandes der Deutsch-Armenischen Gesellschaft auf Lepsius, wird man dennoch nicht außer acht lassen können, welche Haltung und Position Rohrbach später als Ideologe des Kolonialismus eingenommen hat. Gerade vor einem solchen Hintergrund werden freilich die Geradlinigkeit und Integrität von Lepsius um so profilierter sichtbar.

Vor einigen Jahren weilte die amerikanische Historikerin Margaret Savinia Anderson als Gast der American Academy in Berlin, um hier über die Armenierfrage zu forschen und zu arbeiten. In einem Gespräch mit mir warf sie die aus ihrer Sicht berechtigte Frage auf, warum denn in der DDR relativ viel über Lepsius gearbeitet und an ihn wiederholt repräsentativ erinnert worden sei. Ich antwortete hierauf, es habe dies meines Erachtens unterschiedliche Gründe. Für marxistische Historiker und Ethnologen sei es in diesem Fall einfacher gewesen, die Hürden weltanschaulicher Vorbehalte zu überspringen, weil sie sich auf Karl Liebknecht, der sich im Reichstag als einziger zu Lepsius bekannt hatte, berufen und von hier aus Lepsius würdigen konnten. Einige haben dies sehr wohl getan, vor allem Burchard Brentjes, der Hallenser Orientwissenschaftler, der im Rahmen der kulturhistorischen Reihe des CDU-Verlags Koehler & Amelang, Leipzig, 1973 das schöne Buch »Drei Jahrtausende Armenien« publiziert hat.

Im protestantischen Umfeld sah ich drei Gründe: Einmal ergab sich für uns die Notwendigkeit, gegenüber den permanent erfolgenden Vorwürfen oder Angriffen der m-l Propaganda über die Rückständigkeit des Christlichen und der Christen an Ereignisse und Persönlichkeiten zu erinnern, die dies anschaulich auch für die Gegenseite dementieren konnten. Zum anderen hatten Kirchen und Christen in der DDR, aus der volkskirchlichen Tradition in die Diaspora geworfen, viel Sensibilität für Minderheiten und deren Probleme (in der DDR selbst etwa auch für die der Sorben). Hier müssen vor allem die Bücher und Aufsätze des evangelischen Pfarrers und Schriftstellers Alfred Otto Schwede genannt werden. Schließlich waren die Traditionen und Probleme von Sowjetrepubliken wie Armenien und Georgien für Christen in der DDR insofern interessant, weil sie innerhalb des Systems der sowjetischen Gesellschaft ein gewisses eigenes Profil bewahrt hatten und uns daher näher waren. Nicht zuletzt mag das Stichwort fallen: Lepsius und Potsdam. Schließlich konnte die damals in Potsdam lebende Tochter von Lepsius, Veronika, in den siebziger Jahren in Begleitung des Hallenser Theologen und Lepsius-Spezialisten Hermann Goltz Armenien besuchen, und sie wurde dort fast wie ein Staatsgast begrüßt und vom Katholikos aller Armenier empfangen.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Die Rubrik nennt sich »DIE *letzte* MELDUNG«, könnte aber eben-
sogut »Vermischtes« heißen oder »Am Rande« oder sonstwie un-
wichtig. Doch manchmal finden sich dort Meldungen (in der Regel
nicht von der Redaktion recherchiert, sondern als Agenturmaterial),
die es durchaus verdient hätten, in der Zeitung prominenter position-
niert zu werden, ja, bei manchen wundert sich der gemeine Leser so-
gar darüber, daß diese oder jene *letzte* MELDUNG nicht gar zu
einem sogenannten Aufmacher avancierte. Doch wie das Leben
spielt: Die Rollen sind verteilt – der Leser denkt, der Redakteur
lenkt. Aber manchmal denkt er auch. Zum Beispiel, daß so etwas,
was in der nachfolgenden Meldung steht, doch nichts Besonderes,
nichts Neues, nichts Aufregendes – ergo für einen Aufmacher in sei-
nem Blatte nicht geeignet sei:

*LONDON – Ein Nahrungsmitteltransport der Extraklasse hat in
Afrika während des Besuchs des britischen Premierministers Tony
Blair stattgefunden: Das für den Aufenthalt in der äthiopischen
Hauptstadt Addis Abeba eingeplante Delikatessen-Menü für den
Premier und seine Gefolgschaft wurde eigens mit Blairs Flugzeug
aus der kenianischen Hauptstadt Nairobi abgeholt. Dort waren die
europäischen Köstlichkeiten zur Erhaltung ihrer Frische zwischen-
gelagert worden. Während Blair in Addis Abeba über die Bekämp-
fung von Armut und Hunger in Afrika diskutierte, legte die Regie-
rungsmaschine ohne Passagiere 2 300 Kilometer zurück und brachte
Blair und seinen Leuten Spargelmousse, Krabbenrisotto und Käse-
kuchen nach Addis Abeba.* AFP

Zugegeben, den Hungernden Afrikas wäre es möglicherweise keine
Spur besser gegangen, wenn Blair bei seiner Reise ohne Käsekuchen

oder Spargelmousse hätte auskommen müssen. Aber, nichts Genaues weiß man nicht, vielleicht hätten sie eine Chance, wenn es ihnen irgendwann gelänge, ohne Blair (und und und ...) auszukommen ...

Ja, das sind sie, die allseits beliebten Wunschträumereien an deutschen Kaminen. Übrigens las ich am gleichen Tage in einer anderen Zeitung und in anderen Zusammenhängen die Überschrift: »Demokratiefeindliche Stimmung wächst«. Und was ein wackerer Populist ist, der sieht in seinem dialektisch-verwirrten Kopf natürlich prompt Zusammenhänge zwischen Berichten und Meldungen, die nach gängiger Lesart nichts miteinander zu tun haben sollen. Populismus pur. Oder nicht? Weiß der Teufel. Aber das können wir ja dann vielleicht irgendwann nachts von Pritsche zu Pritsche ausdiskutieren. Aber leise, damit es der Kapo nicht hört.

Themenwechsel. Daß Prominente nicht nur eigene Köche, Chauffeure, Gärtner oder Visagisten beschäftigen, ist hinlänglich bekannt. Die werden nur selten bekannt. Und wenn, dann meist nach Ableben oder Ausscheiden ihrer Dienstherrn. Siehe den Diener von Lady Di. Doch jetzt ist der äußerst seltene Fall eingetreten, daß einem Schneider eine staatstragende Rolle zufiel, obwohl sein Auftraggeber noch lebt beziehungsweise noch amtiert. Als Bush und sein Herausforderer Kerry ihr Fernsehduell vortrugen, machten scharfblickende Beobachter eine Beule in Bushs Anzug aus. Und argwöhnten blitzschnell, darunter könne sich ein Sender befinden, mit dem Bush während des Auftritts Kontakt zu seinen Beratern halten könnte. Die ihm bei Bedarf – und Bushs diesbezüglicher Bedarf ist bekanntlich ein großer – Argumente und Verhaltensstrategien zuflüstern. Und das war gegen die Absprache. Doch ehe noch die Aufregung darüber so richtig geschürt werden und sich entfalten konnte, selbst die seriöse *Washington Post* und die *New York Times* stiegen ein, meldete sich in der *Seattle Times* Bushs Schneider zu Wort: Die verdächtige Beule sei ganz einfach auf die Rückennaht zurückzuführen, die stärker hervortrete, wenn sich der Präsident nach vorne beuge.

Kurzum: Nicht der Gärtner war's, sondern der Schneider.

In den sogenannten Qualitätszeitungen wurden sich letzstens die Mäuler zerrissen über die Idee des hauptstädtischen Kultursenators, dem Schriftsteller Christoph Hein die Leitung des Deutschen Theaters anzutragen. Und zwar zerrissen sie sich die Mäuler in einer Art und Weise, daß sie damit sogar Leser aufhorchen ließen, denen es in der Regel einigermaßen egal ist, wer in Berlin wann welchem Theater vorsteht. Besonders aus ihrer Rolle fiel dabei die *FAZ*. Der gelang es nur mit größter Anstrengung, einige sachliche Argumente gegen Hein aufzuzählen. Der Ärger darüber, daß ein »Ossi« das (ein) Deutsche(s) Theater leiten könnte, war eminent. Ach was, von wegen Ärger, Wut troff aus allen Zeilen. Und der arme Christoph Hein, der sich nie das holzschnittartige Rubrum »Ostschriftsteller« hatte aufdrücken lassen, sollte sich nun gleichsam als solcher diffamiert sehen. Es ist auch wirklich nicht zu verstehen, warum Berlins Kultursenator Flierl bei der seit bald fünfzehn Jahren im Beitrittsgebiet üblichen Besetzungspolitik nicht geblieben ist und diesmal die nach wie vor bereitstehenden Helfer und Postenbesetzer aus dem Altreich unberücksichtigt lassen möchte. Das kann doch nur als Provokation aufgefaßt werden.

Siegfried Unseld:
 »Und jeder Schritt ist
 Unermeßlichkeit«.
 Gedanken über Goethe,
 Insel Verlag Frankfurt am Main
 und Leipzig 2003,
 124 S. (12,80 €)

Die geschmackvoll aufgemachten Bändchen der Insel-Bücherei gehören nach wie vor zum Schönsten, was die deutschen Verlage anzubieten haben. Seit 1912 erscheinen sie, teils in größerer, teils in nur geringer Auflage, aber immer hübsch gestaltet und sorgfältig editiert, in Leipzig, Wiesbaden und Frankfurt am Main. Johann Wolfgang von Goethe zählt von Anfang an zu den Hauptautoren dieser Reihe. So erschienen »Goethes Briefe an Auguste zu Stolberg« bereits 1912 als Nr. 10 der Insel-Bücherei und »Pandora« 1913 als Nr. 30.1. Seitdem reißt die Kette von Werkpublikationen Goethes bzw. Goethe gewidmeten Veröffentlichungen nicht ab. Inzwischen sind es schon mehr als 40 Titel – eine kleine Sammlung und bibliophile Kostbarkeit.

Siegfried Unseld, von 1963 bis 2002 Chef des Insel-Verlages, hat das Goethe-Vorhaben tatkräftig gefördert und einige Jubiläumsausgaben wie die Nr. 1000 der Insel-Bücherei und die Nr. 2000 der Insel Taschenbücher für Goethe reserviert. Er griff aber auch selbst zur Feder und verfaßte eigene Beiträge zu Goethe, so das viel beachtete Büchlein »Goethe und der Ginkgo« (Insel-Bücherei Nr. 1188) sowie die hier vorliegenden, von Hans-Joachim Simm zusammengestellten und posthum publizierten »Gedanken über Goethe« (Insel-Bücherei Nr. 1244). Goethe, das Leben des Dichters wie sein Werk, war für Unseld Gegenstand der Verehrung und der Kritik zugleich. »Sich mit Goethe zu befassen« war für ihn sein Leben lang »ein Abenteuer. Ist man einmal in seiner Welt, läßt sie einen nicht mehr los.« (S. 13). In seiner Auseinandersetzung mit Goethe sah Unseld eine notwendige Ergänzung und ein Korrektiv zu seiner eigenen Verlagstätigkeit. Seine »Doppelperspektive« als Autor und Verleger ermöglichte es ihm, tiefe Einsichten in den literarischen Produktionsprozeß zu gewinnen. Aus der Fülle seiner Goethe-Publika-

tionen enthält dieses Bändchen eine repräsentative Auswahl. Die hier vereinigten Texte vermitteln einen unterhaltsamen und lehrreichen Einblick in Goethes Schaffen, insbesondere aber auch in die kommerzielle Seite desselben, die Vermarktung seiner Schriften. So stellt das Verhältnis des Dichters zu seinen Verlegern ein eigenes Feld der Goethe-Beschäftigung dar. Siegfried Unseld hat dazu ein opulentes Buch geschrieben (»Goethe und seine Verleger«, Frankfurt am Main und Leipzig 1991), woraus das vorliegende Büchlein vor allem schöpft. In den Tatsachen nicht unbedingt neu, in der Darstellung aber immer originell, enthält es viele lesenswerte Passagen über Goethes Mitarbeiterstab in Weimar (seine »wohlmeinenden Gehilfen«), über die Produktionsweise des Meisters (»Mein Lebenswerk ist das eines Kollektivwesens ...«), über seinen mitunter recht unbedenklichen Umgang mit dem geistigen Eigentum anderer (»Nur durch die Aneignung fremder Schätze entsteht ein Großes.« – Goethe 1824) und über seine in vielen Gesprächen geäußerten Lebensmaximen. So sagte der alte Goethe über seine Gebrechen: »Die Krankheit gehe den Menschen nichts an, er müsse sie ignorieren, nur die Gesundheit verdient remarkiert zu werden.« (S. 88) Als er 1831 den »Faust«, sein »Hauptgeschäft«, vollendet hatte, äußerte er gegenüber Eckermann: »Mein ferneres Leben kann ich nunmehr als reines Geschenk ansehen, und es ist jetzt im Grunde ganz einerlei, ob und was ich noch tue.« (S. 28). Wie weise doch: man muß eben wissen, wann es reicht und wann man aufhören sollte. – Goethe wußte dies!

Ein besonderer Abschnitt ist der Frage »Warum Goethe?« gewidmet. »Warum lesen wir heute immer noch in Goethes Werken? Warum kehren wir immer wieder zu ihm zurück?« – Die Antwort gibt uns Goethe selbst: »Das wahre Große hebt uns über uns selbst hinaus und leuchtet uns vor wie ein Stern.« Siegfried Unseld fügt hinzu: »Über uns selbst hinaus«, aber ich meine, zuallererst führt er uns zu uns selbst hin.« (S. 97). Auch das ist wohl richtig.

Nicht alles in dem Buch schmeichelt Goethe, man spürt aber selbst in der Kritik noch die Verehrung des Autors für den Dichter heraus. Nicht zuletzt aber auch seine Sympa-

thie für die Verleger, Buchhändler und anderen Mitwirkenden am großen Werk. So ist der Goethe-Text letztlich doch mehr als nur »eine geistvolle Liebhaberei« des Autors; er ist auch Beleg für seine intensive Forschung und Beschäftigung mit dem Meister, Ausdruck »einer fortwährenden Tätigkeit« (S. 113) also, wofür das gelungene Insel-Büchlein schließlich der Preis ist.

ULRICH BUSCH

**Alan Woods, Ted Grant:
Aufstand der Vernunft.
Marxistische Philosophie und
moderne Wissenschaft,
Promedia Wien 2002,
512 S. (42,90 €)**

Alan Woods und Ted Grant legen mit ihrem Buch »Aufstand der Vernunft« den Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme der modernen Naturwissenschaft vor.

Angesichts der mit dem Ende der Sowjetunion zunehmend erfolgreicher werdenden Angriffe bürgerlicher Kräfte gegen jeglichen Ansatz marxistischen Denkens sehen die Autoren ihre Aufgabe in der Verteidigung der wissenschaftlichen Methode des Marxismus, den dialektischen Materialismus: »Um die Arbeiterbewegung aus der Defensive wieder heraus zu bringen, ist eine Demaskierung der ideologischen Positionen der herrschenden Klasse unbedingt erforderlich. Gelingt dies nicht, so wird sich diese ideologische Schwächung der Bewegung in der nächsten Phase auch in ganz praktischen Dingen (Lohnkampf, Kampf gegen Sozialabbau und für demokratische Rechte ...) verheerend auswirken« (Woods in: junge welt, 4. 1. 2003). Nach dem Scheitern des »großen Versuchs« – als weite Teile der Linken der Resignation anheimzufallen drohten – sich dieser Aufgabe zu stellen, zeugt von der Aufrichtigkeit der beiden Autoren.

Woods und Grant streben eine »Demaskierung« bürgerlicher Positionen an, welche von materialistischen Anschauungen oft weit entfernt sind, wie etwa im Falle eines als Urknall verpackten Schöpfungsmythos, indem sie die

Gültigkeit des dialektischen Materialismus für die Naturwissenschaften zu belegen versuchen. Gerade die Ende des 20. Jahrhunderts entstandene Chaos- und Komplexitätstheorie scheint eine Renaissance der Postulate der Dialektik zu bedeuten. Es scheint also ein leichtes – wenn auch komplexes – Unterfangen zu sein, denn für zahlreiche weitere Themengebiete der modernen Wissenschaft erscheinen statische Interpretationen der Gegebenheiten als offensichtlich unbrauchbar und fordern geradezu eine dialektische Sichtweise ein. So etwa Kosmologie, Atomphysik, Geologie, Genetik und Evolutionstheorie.

Die Autoren nehmen entsprechend ihrem Ansatz nicht nur Bezug auf Wissenschaft und Philosophie, sondern weisen ebenso auf gesellschaftspolitische Zusammenhänge hin. Wissenschaft kann nicht als in einem Vakuum isoliert von Interessen verstanden werden. Wissenschaft ist immer gesellschaftlich verankert und muss daher vor dem Hintergrund herrschender Machtverhältnisse betrachtet werden. Die Autoren untersuchen daher detailliert, wie eng verbunden Wissenschaft und Politik sind, wenn »Forschungsergebnisse« der Gentechnik oder der Intelligenzforschung zur sozialen Selektion benutzt werden.

Mit ihrer Arbeit appellieren die Autoren auch für eine verstärkte Interdisziplinarität der Wissenschaft, denn in der enormen Spezialisierung, wie sie heute an Universitäten vorzufinden ist, sehen sie eine wesentliche Ursache für die Zunahme reaktionärer Ideen. Vor allem die »reine« Mathematik, die nicht nach der Richtigkeit der aufgestellten Gleichungen frage, sondern die Gültigkeit einer Gleichung einzig und allein als »eine Frage ihres ästhetischen Werts« (S. 430) betrachte, stelle ein gefährliches »revival« platonischer Positionen dar. In den Naturwissenschaften bestehe daher eine Tendenz zum Mystizismus und ideologischen Rückschritt. Wenn eine herrschende Ordnung in eine Krise schlittere, dann spiegele sich dies nicht nur im ökonomischen, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen wider: »Insofern finden sich heute auch durchaus Parallelen zu jeder historischen Epoche, die vom Niedergang einer bestehenden Gesellschaftsordnung gekennzeichnet war, wie etwa dem Niedergang des römischen Weltreichs: Mystizismus, Sekten, Fundamen-

talismus und andere Erscheinungen, wie sie derzeit weltweit sichtbar werden. So gibt es heute in Frankreich mehr professionelle Astrologen als römisch-katholische Priester« (Woods in: junge welt, 4. Januar 2003). Es verwundert daher nicht, wenn die Autoren von einem »Vorspiel für einen neuerlichen und letztendlich tödlichen Rückschlag« (S. 475) sprechen. Eine Hoffnung, die angesichts der nunmehr mehrfach bewiesenen Selbsterneuerungskräfte des Kapitalismus naiv erscheint. Naiv erscheint auch die stellenweise vertretene Auffassung, Wissenschaftler bedienten sich absichtlicher Heuchelei, um das Volk von revolutionären Erkenntnissen der Wissenschaft fern zu halten. So etwa im Falle des Wissenschaftlers Lemaitre, dessen Theorie die »Notwendigkeit zu Grunde lag, seine Physik mit der kirchlichen Doktrin der Schöpfung aus dem Nichts zu versöhnen« (S. 224) und dafür mit dem Posten des Direktors der päpstlichen Wissenschaftsakademie belohnt wurde. Engels definierte Ideologie als einen Prozess, »der zwar mit Bewußtsein vom sogenannten Denker vollzogen wird, aber mit einem falschen Bewußtsein. Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt; sonst wäre es eben kein ideologischer Prozeß« (MEW, Bd. 39, S. 97). Dagegen scheint die These von der hoffnungslosen ideologischen Dekadenz der Bourgeoisie, wie von den Autoren Woods und Grant vertreten, ein Rückschritt zur Kategorie der bewußten Lüge. Gramsci kritisierte einst eine solche Sichtweise. »Da man vergessen hat, dass die These, nach welcher die Menschen auf dem Terrain der Ideologien das Bewußtsein von den grundlegenden Konflikten erlangen, nicht psychologischer oder moralischer Art ist, sondern einen organisch erkenntnistheoretischen Charakter besitzt«, sei man zur Denkform gelangt, dass »die Politik und folglich die ganze Geschichte als einen einzigen marché dupes, ein Spiel von Illusionismen und Tricks, zu betrachten« sei (Gefängnishefte, Bd. 7, S. 1571).

Des Weiteren muß kritisch vermerkt werden, dass es den Autoren nicht gelang, ein »allgemein verständliches Werk« (S. 7) verfasst zu haben. Da es in weiten Teilen des Werkes nur darum geht, möglichst viele Wissenschaftler zu zitieren, die in der Regel, aber nach Woods und Grant ohne es selbst zu wis-

sen, dialektisch denken, wird die Darstellung unübersichtlich. Diese Unübersichtlichkeit liegt auch im Fehlen einfacher technischer Hilfsmittel, etwa in Form eines Registers, begründet. Einige simple Abbildungen könnten komplizierte Formulierungen überflüssig werden lassen. Zu oft tauchen neue Fachbegriffe ohne Erklärung auf. Das Heranziehen mehrerer Fachwörterbücher ist kaum zu umgehen. So wird dem Leser das Nachvollziehen von Argumentationsketten unnötig erschwert und eine kritische Diskussion der vertretenen Positionen schwierig.

Den an sich selbst gestellten Anspruch, eine »Art moderne Ausgabe der *Dialektik der Natur*« (S. 12) zu verfassen, erfüllen sie nicht – möglicherweise auch deshalb, weil sie statt Hegel eher Trotzki heranziehen, dessen Erläuterungen zur Dialektik gelegentlich an altrussische Bauernweisheiten erinnern.

MARKUS WÖHR

Intervention – Zeitschrift für Ökonomie.

Redaktion:

Prof. Dr. Ralf Blendowske,

Dr. Kai Eicker-Wolf,

Dr. Torsten Niechoj,

Dr. Sabine Reiner,

Dipl.-Volksw. Christoph Sauer.

Erscheint seit März 2004

halbjährlich

Abonnement 40 € p. a.

(Institutionen 80 €).

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement ist nicht depressiv, der wirkt nur so. Alles ein Vermittlungsproblem, deswegen ist das wirtschaftliche Klima in Deutschland auch eine »gefühlte Stagnation«. Da sich die misstrauische Bevölkerung kurzfristig nicht reformieren lässt, hilft nur noch Luther. Der Mann der Reformation empfahl Glaube und Arbeitsethos und dieses Rezept, da ist sich der Wirtschaftsminister sicher, wird »entrepreneurial spirit« vom Himmel regnen lassen. Da muss man nichts vermitteln, das ist schließlich reine

Wirtschaftsesoterik und wenn etwas boomt, dann die. Dem Aufruf gefolgt sind bisher nur wenige, und das hat schon Joseph Schumpeter in seiner Innovationstheorie nicht erklären können, den nachlassenden Unternehmergeist.

Wolfgang Clement meinte auch sicherlich nicht den Wettbewerb politischer Ideen zur Überwindung der Krise als vielmehr die Wiederentdeckung der Marktlücken. Beides haben sich jedoch einige Wirtschaftswissenschaftler zu Herzen genommen, um mit der Auflage von »Intervention – Zeitschrift für Ökonomie« den Wettbewerb der Ideen anzukurbeln und eine zwingende Marktlücke für wissenschaftliche Journals in Deutschland zu schließen: Ein in weiten Teilen zweisprachiges und anspruchsvolles Produkt für heterodoxe Debatten der Wirtschaftstheorie soll es werden. Zweisprachigkeit, d. h. hier sowohl deutsche und englische Artikel zu veröffentlichen und das Editorial in beiden Sprachen abzufassen, ist gerade für ein Journal abseits des Mainstreams unverzichtbar, um auf akademischen Level international wahrgenommen zu werden. Heterodox ist ein schlimmes Wort, weil schwer zu vermitteln, der Hintergrund des Fremdwortes für Vielfalt ist aber recht einfach: Der wirtschaftswissenschaftliche Mainstream in Deutschland hat bisher einige Entwicklungen noch nicht nachvollzogen, dazu gehören, dass zum erfolgreichen Management von Volkswirtschaften mehr Rezepte zur Verfügung stehen als »mehr Markt, mehr Wettbewerb, mehr Deregulierung«.

Der jüngere Trend, etwa bei Nobelpreisträgern, dokumentiert, dass es in den Debatten des wirtschaftspolitischen Establishment wieder Raum gibt für Wissenschaft, die den Glauben an den »Washington Consensus« und den »totalen Markt« nicht teilt. Daher will die Redaktion und der breit angelegte wissenschaftliche Beirat, um Wirtschafts- und Sozialforscher aus Deutschland, Großbritannien, Österreich und den USA sowie die ganze Disziplin zurückholen in ihr Milieu: die Gesellschaft. Es genügt ein Blick in den »Economist« oder der Besuch einer Vorlesung an einer angelsächsischen Universität, um zu begreifen, dass deutsche Akademiker oft schlecht imitieren. Während dort nämlich der politischen Ökonomie, die wirtschaftliche und politische Prozesse als verbunden versteht,

unabhängig von Überzeugungen Beachtung geschenkt wird, verabschiedet sich die hierzulande oft anzutreffende krude neoliberale Ideologie in ihrer wirtschaftspolitischen Analyse zunehmend von diesem Verständnis der Welt.

Damit es auch ja kein Vermittlungsproblem gibt, folgt der Aufbau des Journals dieser Philosophie, im »Forum« führen wirtschaftspolitische Analysen, Interviews u. ä. ein. Der zweite Teil der Publikation ist eher formalen und theoretischen Aufsätzen gewidmet. Dies scheint wichtig, um dem häufig erhobenen Vorwurf gegenüber keynesianisch oder nachfrageorientierten Theorien zu begegnen, dass diese nicht mithalten könnten bei der Formulierung von abstrakten Modellen und somit den »mathematischen Beweis« ihrer Statements schuldig blieben. Eben jene Theorien sollen ja wieder einen Platz haben in dem der wissenschaftlichen Offenheit verpflichteten Journal, das damit vielleicht einmal die Rolle der »Blätter für deutsche und internationale Politik« in den Wirtschaftswissenschaften einnehmen könnte.

Die erste Ausgabe des Journals löst seinen Anspruch vorerst ein, wenn auch noch ein thematischer Schwerpunkt fehlt, auf den aber wahrscheinlich im angebotspolitischen Sinne zur Stimulierung eines breiten Interesses verzichtet wurde. Die Ausgabe ist im Volltext im Internet erhältlich. Im Angebot sind ein Interview mit dem scheidenden Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, Jürgen Kromphardt, ein englischsprachiger Beitrag zur Situation der US-Wirtschaft von James K. Galbraith (University of Texas/Levy Economics Institute), ein Vortrag auf Einladung der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) zur Entwicklungsstrategie Lateinamerikas und der Schuldenproblematik von Barbara Fritz (Institut für Ibero-Amerikakunde, Hamburg), zur Einkommens- und Vermögensentwicklung in Deutschland von Dieter Eißel (Universität Gießen), der rot-grünen Gesundheitsreform von Nadja Rakowitz (Universitätsklinikum Frankfurt/Main, Institut für medizinische Soziologie) sowie einem Kommentar zur deutschen Wirtschaftspolitik von Heiner Flassbeck, ehemals Staatssekretär unter

Oskar Lafontaine im Finanzministerium und nun Chefvolkswirt der UNCTAD in Genf.

Die Beiträge werden in der zweiten Sektion fortgesetzt von Eckhard Hein (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung) zur inflationsstabilen Arbeitslosenquote oder der NAIRU (Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment), Birger P. Priddat (Zeppelin Universität Witten/Herdecke, Lehrstuhl für Politische Ökonomie) zur institutionenökonomischen Interpretation der Zivilgesellschaft sowie einem englischsprachigem Beitrag zu »Rent seeking and development theory« von Hartmut Elsenhans (Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft).

Die Beiträge sind alle in ihrer Länge überschaubar, prägnant und dennoch anspruchsvoll gehalten, ein Indikator für eine stilistisch intervenierende Redaktion. Das Journal erscheint halbjährlich und wird seinen nächsten Schwerpunkt in der Finanzpolitik haben. Es bleibt zu hoffen, dass die Publikation aus dem Hause des Instituts für Wirtschafts- und Politikforschung (Marburg) erfolgreich ist. An der Vermittlung sollte es nicht scheitern, der Markt für wirtschaftspolitische Ideen stagniert nämlich. Das fühlt man.

Mehr Informationen:

www.zeitschrift-intervention.de,

www.journal-intervention.org.

FABIO DE MASI

United Nations Industrial
Development Organization,
International Yearbook
of Industrial Statistics 2003,
Edward Elgar Publishing Limited,
Cheltenham 2003, 672 S. (297 €)

Hilflosigkeit kann den interessierten und durchaus nicht unkundigen Leser schon überfallen, wenn auf ihn bei der Lektüre der Tageszeitungen verschiedene Interpretationen von Entwicklungen einstürzen, die alle vorgeben, expertisengestützt zu sein, aber dabei oftmals diametral entgegengesetzte Aussagen enthalten. Derartiges konnte im Frühjahr 2004 jeder erleben, der sich darüber informieren

wollte, was sich in Europa nach der EU-Osterweiterung auf wirtschaftlichem Gebiet verändern werde. Untersuchungsergebnisse aus einer Quelle ließen – über die Zeit – eine Verbesserung der Lage jeden Landes vermuten. Horrorszenarien des Industrieabbaus und eine sukzessive Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut im Herzen Europas verkündeten andere Experten. Wenn der Leser dann verzweifelt versucht, sich eine eigene Meinung zu bilden, weil er nicht einfach glauben möchte, dass die mittelosteuropäischen Staaten, potent und anspruchsvoll, zum Mekka europäischen Unternehmertums werden und das »alte Europa« zur industriellen Wüste, oder dass Länder im Osten mit einem erheblichen Anteil von Kleinproduzenten, wie Polen oder Litauen, vom Zusammenbruch dieser Existenzen und daraus resultierend Massenverelendung betroffen sein werden, der wird vielleicht doch zu einer nicht so griffigen Informationsquelle wie der hier angezeigten greifen. Die hat zunächst einmal den Vorteil, dass ihre Statistiken nicht im Auftrage einer bestimmten Interessengruppe zusammengestellt wurden. Die hat zweitens den Vorteil, dass sie sich der Interpretation des Zahlenmaterials enthält. Der Leser kann sich – freilich nicht ohne Anstrengungen und ohne die ihm im Einleitungs- teil des Buches gegebenen Definitionen und methodischen Hinweise zu beherzigen – selbst ein Bild von der Lage in Regionen oder bestimmten Ländern machen, soweit es die Stellung, die Struktur und das Wachstum des industriellen Sektors und seine Beschäftigten betrifft, immerhin für die Jahre 1985, 1990 und 1995 bis 2002 – untereinander vergleichbar gemacht, versteht sich.

Die Aufteilung der Weltindustrieproduktion erfolgt im ersten der beiden Teile des Buches nach Ländergruppen und ist zunächst einmal geographisch-politisch. (So gehört der Anteil der DDR vor 1990 zu Osteuropa und danach zu Westeuropa). Zweitens wird eine Einteilung der Staaten nach Einkommensgruppen (Hoch, Mittel, Niedrig) vorgenommen und drittens nach »Entwicklungsgruppen« unterschieden: Niedrig entwickelte, sich industrialisierende sowie bereits industrialisierte »neue Industrieländer« in Asien, Afrika und Lateinamerika im Gegensatz zu den »alten Industrieländern« in Europa und Nordamerika.

Ein zweiter, fünf Sechstel des Statistikbandes umfassender Teil enthält Ländertabellen. In ihnen wird die Industriestruktur nicht nur auf Industriezweige (z. B. Textilindustrie), sondern auch auf einzelne Produktionsgruppen (für Ungarn z. B. 8, für Vietnam 10) niedergebrochen. Erkennbar werden: Strukturveränderungen von traditionellen zu modernen Industriezweigen, aber auch die Modernisierung innerhalb von Industriezweigen.

Die United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) hat die im Band veröffentlichten Daten, z. B. über Wertschöpfung, Lohnanteil, Materialkosten und Bruttogewinn pro Zweig, von den jeweiligen statistischen Landesämtern erhalten und international vergleichbar gemacht. Das bedeutet aber auch: Wer zum vorliegenden Band nicht berichtet hat, findet sich auch im statistischen Nachschlagewerk nicht wieder. Doch immerhin zu 82 Ländern wird im Band des Jahres 2003 direkt berichtet. Was die Transformationsländer Osteuropas betrifft, so sind Jugoslawien (als: Serbien und Montenegro) dabei ebenso wie Estland oder Slowenien, Polen dagegen fehlt ebenso wie Tschechien – allerdings nur in dieser Ausgabe. In der von 2002 sind beide Länder enthalten, haben also wahrscheinlich nicht mehr rechtzeitig für den Druck geliefert.

Zugegeben, wer nicht als Ökonom, Entwicklungsplaner oder Politiker direkt auf das Datenmaterial der UNIDO angewiesen ist, wird sich nicht begeistert auf das spröde Material stürzen. Aber es lohnt sich, mit seiner Hilfe tiefer zu loten und zu seiner eigenen, fundierten Meinung vom (ökonomischen) Weltgeschehen gegen alle Manipulationsversuche in der Tagespresse zu kommen.

JÖRG ROESLER

Detlev Claussen:
Theodor W. Adorno.
Ein letztes Genie,
S. Fischer Verlag Frankfurt a. M.,
485 S. (22,90 €)

War Adorno, ein letztes Genie? »Der Geniebegriff wäre,« so Adorno, »wenn irgend etwas an ihm zu halten ist, von jener plumpen Gleich-

setzung mit dem kreativen Subjekt loszureißen, die aus eitel Überschwang das Kunstwerk in das Dokument seines Urhebers verzaubert und damit verkleinert«. Diese Antwort steht ganz im Banne Kants, für den das Genie »ein Talent zur Kunst sei, nicht zur Wissenschaft«. Wollte also sein acht Jahre älterer Freund Horkheimer, als er Adorno in einem Nachruf ein Genie »unserer Zeit des Übergangs« nannte, als Künstler würdigen, um ihn als Denker zu schmälern? Sicher nicht! Sicher wollte der ältere Freund seine Hochachtung in eine Identität, einen Begriff, setzen. Nicht bedenkend, dass Adorno ein Freund des Nicht-Identischen war. Der Buchtitel stützt sich auf Horkheimer und löst dabei ganz die Vorahnung Adornos ein. Dieser hatte nämlich befürchtet, dass seine Würdigung als Genie seine geistige Arbeit verkleinern könnte. Als Genie ausgezeichnet, würde man ihn als Künstler verehren, »um ihn gleichzeitig als Wissenschaftler unmöglich zu machen.«

Detlev Claussen zeichnet einen Adorno, wie er den Lesern unbekannt sein dürfte, eben als Künstler, als Musiker, der, zweiundzwanzigjährig, als frisch promovierter Philosoph, 1925 von Frankfurt nach Wien auszog, um hier bei Alban Berg die Kunst des Komponierens zu perfektionieren, mit der er in Frankfurt bei seinem Lehrer Sekles begonnen hatte. Auch das Klavierspiel, im Elternhaus bereits an der Seite zweier professioneller Musikerinnen, seiner Mutter und seiner Tante, gelernt, wollte er bei dem »wohl qualifiziertesten Pianisten in der Umgebung Schönbergs«, Eduard Steuermann, verbessern. In Wien traf er auf Eisler, den späteren Komponisten der DDR-Nationalhymne. Eisler, fünf Jahre älter, erhielt Privatunterricht bei Arnold Schönberg. Ein Ziel, das Adorno selbst anstrebte, das er aber nicht erreichte. Die Begabung Eislers, dessen Bruder Gerhard und Schwester Ruth Fischer Parteifunktionäre in der KPD waren, scheint nicht unwesentlich daran beteiligt gewesen zu sein, dass Adorno wieder in seine Heimatstadt Frankfurt zurückkehrte, um sich dort im bereits gegründeten »Institut für Sozialforschung« zu engagieren, das der Sohn eines reichen Frankfurter Bürgers, Felix Weil, als Stiftung an der Universität ins Leben rief. Es sollte, so der Kommunist Weil, unabhängig sein, aber gleichzeitig akademische Akzeptanz ge-

nießen. Adorno soll noch wenige Jahre vor seinem plötzlichen Tod gesagt haben, es sei noch immer ein Trauma für ihn, dass er sich nicht ganz der Musik hingegeben habe. Für Adorno war Musik Revolution. »Der Zweck der Revolution ist die Abschaffung der Angst«, schreibt er 1936 an seinen Freund Walter Benjamin. Die Musik sei Abschaffung von Angst. Musik sei Verdopplung. Claussen sieht in diesem ästhetischen Radikalismus Adornos die Schranke, die Adorno, anders als Bloch, Eisler und Brecht, vor dem Mythos der »glorreichen« Sowjetunion schützte. »Wer singt ist nicht allein,« schrieb Adorno, »er hört die Stimme, ein Anderes, was doch er selbst ist. Sich selbst zum Anderen werden, sich entäußern. Darin liegt eine Fülle von Momenten: Die Wendung gegen die Angst (wer Angst hat singt weil er dann nicht mehr allein ist).« Adornos Kulturkritik war von diesem Gedanken getragen, dessen »negative Dialektik« er während seines Exils in Hollywood in der »Kulturindustrie«, ebenfalls an der Musik, bestens zu beschreiben verstand: »In der Ära des Tonfilms, des Radios und der gesungenen Reklamesprüche ist sie gerade in ihrer Irrationalität von der geschäftlichen Vernunft ganz beschlagnahmt worden.«

In Wien lernte Adorno recht bald den ungarischen Philosophen Lukács kennen, dessen Werke »Theorie des Romans« und »Geschichte und Klassenkampf« er noch in seiner Habilitationsschrift über Kierkegaard nutzte. »Von diesem Treffen«, so Claussen, »hat Teddie in Wien am 17. Juni 1925 seinem gespannten Freund Kracauer in Frankfurt am Main einen aufgeregten Bericht geliefert, aus dem bis heute nicht zitiert werden darf.« Man sprach über den Kommunismus, »wie er von Lukács diskutiert wurde, ... wie von einer intellektuellen Option, Parteizugehörigkeit hatte für fast alle eher etwas von einem existentiellen Mythos, außer paradoxerweise für den exponierten Lukács selbst, der sich schon damals heftigsten Attacken von Seiten der Kommintern ausgesetzt sah.« Als 1963 Lukács »Ästhetik« erscheint, stützt er sich an mehreren Stellen anerkennend auf die Musiktheorie Adornos, dessen Analysen sich im Wesentlichen stets auf seine frühe Formulierung stützte. Das kompositorische Subjekt sei »kein individuelles«, sondern »ein kollektives. Aller

Musik, und wäre es die dem Stil nach individualistischste, eignet unabdingbar ein kollektiver Gehalt: jeder Klang allein schon sagt Wir.« Hier stimmte der Gleichklang zu Lukács.

Doch das Interesse an Adorno, anlässlich seines hundertsten Geburtstages, ist weniger ein Interesse an seinem künstlerischem »Genie«, als an seiner Gesellschaftstheorie die er in den zwanziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts in Frankfurt, Berlin und Wien von Kracauer, Benjamin, Lukács, Brecht, Bloch, Eisler empfing, um sie in den dreißiger Jahren im amerikanischen Exil bis zu seinem Tod 1969 besonders an junge Menschen, die auf der Suche nach einem anderen Leben, als dem spätbürgerlichen, waren, weiterzugeben. Doch in dieser Beziehung vermittelt Claussen wenig Kenntnis.

Adornos Philosophie wird zwar im eifersüchtigen Spannungsfeld zwischen einzelnen Akteuren, wie Marcuse, Brecht, Bloch und immer wieder und besonders, Lukács, geschildert, sie bekommt aber keine eigene Farbe, die ja wirkungsvoll auf die Akteure der Studentenbewegung zu wirken verstand. Claussen zitiert Adornos hegelsche Umkehr »Das Ganze ist das Unwahre«, als Hegel »affirmativ«. Claussen zeigt nicht, warum Adorno sich diesen Satz als Leitlinie nahm, um das Ganze, nach Ausschwitz, in seiner unmenschlichen Wirkung auf den einzelnen Menschen zu brandmarken. Ein Zitat hätte ausgereicht, um das kritische Denken seiner Hegelumkehr deutlich zu machen. »Der Bürger,« schreibt Adorno, »ist tolerant. Seine Liebe zu den Menschen, wie sie sind, entspringt dem Haß gegen den richtigen Menschen.« (Minima Moralia) Das ist Adornos »negative Dialektik«. Alfred Schmidt, wohl einer der bekanntesten Adorno Assistenten, der bei Claussen nur als Augenzeuge zitiert wird, der belegen soll, dass Adorno seine erste Frankfurter Vorlesung »mit einer Windjacke bekleidet« dozierte, schrieb über Adorno, dass er »die zu bloßer Methode verkommene Philosophie wieder als das versteht, was sie schon im Altertum war: als ›Lehre vom richtigen Leben‹ des Einzelnen.« (Adorno – ein Philosoph des realen Humanismus) Hieraus ergibt sich Adornos Widerspruch zu Hegel. »Das Ganze ist das Unwahre, nicht bloß weil die These von der

Totalität selber die Unwahrheit, das zum Absolutum aufgeblähte Prinzip der Herrschaft ist.... Das ist das Wahre an Hegels Unwahrheit. Die Kraft des Ganzen, die sie mobilisiert, ist keine bloße Einbildung des Geistes, sondern die jenes realen Verblendungszusammenhangs, in den alles Einzelne eingespannt bleibt. Indem aber Philosophie wider Hegel die Negativität des Ganzen bestimmt, erfüllt sie zum letzten Mal das Postulat der bestimmten Negation, welche die Position ist.« (Adorno: Erfahrungsberichte der Hegelschen Philosophie, S. 89)

Die Phänomenologie Hegels betrachtete die »Realität des Allgemeinen als die Bewegung der Individualität«. Demgegenüber wollte Adorno die Dialektik von Individuum und Gesellschaft voll austragen. Adorno wollte auf die These hinaus, dass sich das Allgemeine in der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur »durchs Zusammenspiel der Einzelnen« realisiert, sondern dass ebenso sehr die Gesellschaft »wesentlich die Substanz des Individuums ist«. Adorno, anders als Lukács, glaubte nicht mehr an die Möglichkeit, das Ganze zu erkennen. Er negierte den Begriff der Totalität und kaprizierte sich auf die Rettung des Individuums. »Die Irrationalität der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Spätphase ist widerspenstig dagegen, sich begreifen zu lassen.« (Noten zu Literatur)

Die Dialektik von Individuum und Gesellschaft rückt in den Mittelpunkt von Adornos Denken. An ihr lässt sich seine Kulturkritik ablesen, die mit dem Prinzip Ernst macht, nicht Ideologie an sich sei unwahr, sondern ihre Präntention, mit der Wirklichkeit übereinzustimmen.

»Das objektive Ende der Humanität besagt in Adornos Analyse, dass der Einzelne als Einzelner, wie er das Gattungswesen Mensch repräsentiert, die Autonomie verloren hat, durch die er die Gattung verwirklichen könnte.« (Alfred Schmidt, ebenda.)

Lukács wird bei Claussen deutlich als Adornos zentraler theoretischer Widersacher erkannt. Doch statt die Widersprüche beider Denker exakt zu skizzieren, verläuft er sich in wüste Lukács Beschimpfungen. Dieser, von »linksradikaler Askese« gequälte Lukács, der selbst in einer hübschen Budapester Wohnung mit gutem Ausblick gelebt habe, werfe

Adorno vor, er bevorzuge das »Grand Hotel Abgrund«. Diesen Vorwurf wiederholt der Autor an drei verschiedenen Stellen seines Buches. Lukács' Vorwurf vom »Grand Hotel Abgrund« geht auf einen Aufsatz (1933) zurück, in dem er den bürgerlichen Intellektuellen vorwirft, sie würden in ihren Analysen stets von der Ideologie ausgehen und in ihr stecken bleiben, statt das gesellschaftliche Sein in seinen Klassenwidersprüchen zu erkennen. In diesem, vom Ort des wirklichen Lebens entfernten, ideologischen Gewirr, würden sie sich »häuslich« einrichten. »Das Grand Hotel Abgrund,« so Lukács, »verlangt von seinen Gästen keine Legitimation, nur die des geistigen Niveaus«. Wenn er Adorno in seinem Vorwort zur »Theorie des Romans« (1962) diesen Vorwurf macht, so ist dies keine Kritik an Adornos Wertschätzung eines feinen Hotels, sondern eben ein theoretischer. In Claussens Buch spricht nicht Adorno, wie es im Vorwort ankündigt, sondern Claussen. Adorno stritt sich mit Lukács auf einem anderen Niveau, dies kann unbeschwert nachprüfen, wer in der Adorno Gesamtausgabe des Suhrkamp Verlages stöbert.

JÜRGEN MEIER

Gazi Çağlar:

Der Mythos vom Krieg
der Zivilisationen.

Der Westen gegen den Rest

der Welt. Eine Replik auf

Samuel P. Huntingtons

Kampf der Kulturen, überarbeitete

und ergänzte Aufl., Unrast Verlag

Münster 2002, 185 S. (14 €)

Die USA im globalen Terrorkrieg, Koalitionen von Willigen und Unwilligen, Friedensdividenden, die zu Kriegsdividenden mutieren, eine neue alte Anarchie der internationalen Beziehung und ein damit einhergehendes zunehmendes Gefühl der Unsicherheit selbst bei den Bevölkerungen der »befriedeten« demokratischen Staaten. Eine pessimistische Lagebeschreibung der Welt könnte so oder ähnlich ausfallen. Spätestens seit dem 11. September

2001 finden simple Deutungsmuster wie Samuel P. Huntingtons »The Clash of Civilizations« starken Anklang im westlichen Kulturraum und führen die Tradition der Ein- und Ausschlussmechanismen und der Xenophobie fort. Ganz im Sinne der »Kalten Krieger« Washingtons.

Gazi Çağlar nahm sich 1997 – der Zeitpunkt der Erstauflage – dieser Problematik an und lieferte eine fundierte, wenngleich auch zu wenig differenzierende und in der Theorie verweilende Kritik des viel zitierten und oftmals als prophetisch wahrgenommenen Beitrages des Herrn Huntington ab. Im Taumel der sich geradezu überschlagenden Ereignisse der letzten Jahre schienen nun Nachtrag und Wiederauflage dieser Kritik fällig.

Çağlar arbeitet sich akribisch und überzeugend argumentierend über die Analyse des Huntingtonschen Zivilisationsparadigmas, Bassam Tibis »Diagnose unseres Zeitalters« hin zu seiner Kernthese der Kontinuität »Zyklischer Geschichtsphilosophien«, in deren Tradition sich Huntington und auch Tibi bewegen. Auf diesem Weg entlarvt er Huntington als Lieferanten eines politisierten Zivilisationsparadigmas das »... massenpsychologisch suggestiv und für die Militärhaushalte des Westens bereichernd wirken (soll).« (S.23) Bei Nichtbeachtung der Handlungsstrategien Huntingtons – von Çağlar deutlich als Strategie zum Ausbau der Rüstungsausgaben, also der zunehmenden Militarisierung identifiziert – drohe dem Westen der Rückzug seiner Kultur. Eben die Kultur sei es aber, die dem Menschen wichtiger sei als politische, ökonomische oder ideologische Interessen und für die er notfalls auch im Kampf eintreten würde, um Familie, Blut und Glauben zu verteidigen. Wobei diese Konstruktion generell für alle »Völker« gelte. Ein Kampf der Kulturen also.

Aus diesem Konstrukt schließend verweist Çağlar auf die Nähe von Huntingtons Thesen zu neodarwinistischen Konstruktionen: »Die Zivilisationen – selbstverständlich die der Anderen – haben eine Kultur, die durch Verwandtschaftsaltruismus, Glauben und Blut definiert ist, einen Anfang und ein Ende, ein Wachstum und eine Erosion. Das ist purer Biologismus in der Tradition der Kreislauftheorien, der das darwinistische Modell biolo-

gischer Evolution auf die Gesellschaftsgeschichte bruchlos überträgt.« (S. 23)

Diese Kritik leitet über zur Diagnose Bassam Tibis »Krieg der Zivilisationen«, die zukünftige Konflikte als Zivilisationskonflikt in einer globalisierten Welt beschreibt, in der die »westliche Zivilisation«, gleichzeitig die Moderne an sich repräsentierend, in einem Konflikt globalen Ausmaßes mit der Vormoderne – repräsentiert durch die nicht-westlichen Zivilisationen – aufeinanderpralle. Die Patentlösung wäre eine universell einzusetzende Ethik der Menschenrechte, die nur dann implementiert werden könne, wenn der Islam – nun werden Adressaten genannt – seine Weltsicht und kulturellen Handlungsmuster und Einstellungen nicht ändere.

Der Kampf für eine Politik der Vernunft gegen die Hetzer im Krieg der Zivilisationen sei hier legitim, so Tibi. Dem stellt Çağlar lediglich entgegen, dass gerade die zitierte Politik der Vernunft »... dafür verantwortlich war, daß die vielfach berechtigten Sensibilitäten des ›Nichtwestens‹ gegenüber dem ›Westen‹ entstanden. Unerwähnt bleiben darf aber auch nicht die Tatsache, daß die Kriegsursachen unseres Jahrhunderts nicht von einer fehlenden ›internationalen Moralität‹ herrührten. Im Gegenteil ging es immer wieder um konkrete und nackte ökonomische und geopolitische Interessen nicht zuletzt auch derjenigen, die sich als Träger der universellen Ethik und Politik der Vernunft verstehen.« (S. 35) Ein guter Punkt, doch wo bleibt die Analyse? Wo sind die Ansatzpunkte zur Auflösung dieser Doppelmoral? Hier bleibt Çağlar eine konkrete Antwort schuldig.

Stattdessen »kramt« der Autor nun auf den folgenden knapp 90 Seiten im Fundus der Geschichtsphilosophie, um die Mythenbildung – was zumindest einem Teil des Buchtitels entspricht – der Thesen Tibis und Huntingtons nachzuzeichnen. Hierbei geht er systematisch und geordnet vor und stellt den Bezug zu »Zyklischen Geschichtsphilosophien« her, in deren Tradition er die oben genannten Werke verortet.

In einer Reihe mit Oswald Spengler, Arnold Toynbee und Nikolaj Jakovlevič Danilevskij stehend, stellen Tibi und Huntington ihre Erklärungsmuster in die Cartesianische Tradition des »Denkens in Dichotomien« (S. 89),

die auf Rene Descartes Zwei-Substanzen-Lehre zurückgeht.

Hier folgt die mühsame Auseinandersetzung mit den Untiefen der Cartesianischen Tradition und deren partielle Demontage, bevor der Autor im sechsten Kapitel daran geht, den Zivilisationsbegriff Huntingtons und Tibis mit dem von Norbert Elias zu vergleichen, um den endgültigen Beweis des sozialdarwinistischen Gehalts der zur Kritik stehenden Autoren anzutreten. Ergebnis: »... eine ›wertfreie‹ wissenschaftliche Verwendung dieses Begriffes (Zivilisation Anm. E. K.) (ist) nicht nur problematisch ... Sie ist unmöglich (sic!).« (S. 126)

Im Siebten Kapitel wird noch schnell der zentrale Begriff Moderne seziert. Mythos und Wirklichkeit sollen unterschieden und die Verwendung des Begriffes als »Kampfbegriff« durchleuchtet werden. Dies gelingt auch partiell, endet aber bei der Einsicht, dass »Moderne« ein konstitutives Element der Mythenbildung selbsternannter »moderner Gesellschaften« darstellt: »Als mit ›magischem Sinngehalt‹ aufgeladener Kampfbegriff ist er vor allem ein Abgrenzungsbegriff metropolitaner kapitalistischer Gesellschaften ...« (S. 142)

In der Gesamtschau bietet das Buch Gazi Çağlars viele interessante Ansätze zur Kritik einer der öffentlich meistzitierten Makrotheorien der internationalen Beziehungen seit dem Ende des »Kalten Krieges« – genauer seit 1993, dem Zeitpunkt des Erscheinens von Huntingtons Thesen in der renommierten Zeitschrift »Foreign Affairs«. Es bleibt aber weitestgehend bei den Ansätzen. Sicherlich wird eine fundierte geschichtsphilosophische Einordnung Tibis und Huntingtons vorgenommen. Jedoch bleibt der Beitrag stets der Theorie verhaftet und zieht keine der mannigfaltigen Möglichkeiten, einen empirischen Bezug herzustellen, in Betracht. Die versöhnlich-kritischen Worte im Nachwort kranken an den gleichen Symptomen. Darüber hinaus könnte der Leser über weite Teile den Eindruck erhalten, dass eine persönliche Abrechnung mit Bassam Tibi angestrebt wird.

ERNESTO KIZA

Stefanie Wohmann:
Realität – Kunst – Propaganda.
Willi Bredel und die Exil-
zeitschriften »Internationale
Literatur« und »Das Wort«,
Schriften der Förderpreisträger
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg e.V.,
Schkeuditzer Buchverlag 2004,
148 S., 15,00 €

Deutsche Exilliteratur in den dreißiger Jahren – ein abgeschlossenes Thema? Überhaupt nicht. Noch immer sind in den Archiven in Moskau lange unter Verschluss gehaltene Schätze zu heben, und auch in Berlin gibt es noch reichlich Unentdecktes. Was allein schon bietet dieser schmale Band von Stefanie Wohmann an bisher unbekanntem Quellen, und was dann auch an frischen und erhellenden Interpretationen! In unaufgeregter Sprache nähert sich die Autorin vom (DDR-)Jahrgang 1976 ihrem Thema. Was für ein Glück, daß sie keine Rücksicht mehr nehmen muß auf Linienkämpfe und Geheimhaltungsverabredungen der einstmaligen handelnden Parteien und Personen!

Es ist eine überaus schwierige Problematik, der sich die Autorin gestellt hat. Es geht in hohem Maße um Politik, zugleich um Dichtkunst, zugleich um Propaganda, zugleich um Redaktions- und Verlagsarbeit, und dies alles in Zeiten mehrfacher Höchstspannung: des Kampfes gegen den deutschen Faschismus und zugleich des Kampfes ums Überleben im Stalinschen Terror. Das ist nicht mit einem einzigen großen Schwung zu meistern – natürlich nicht. Und Stefanie Wohmann versucht sich auch gar nicht an einem solchen, sondern an kleinen Schritten, mit denen sie sich an ihr Thema heranarbeitet. Das ist ein realistischer Umgang mit den Möglichkeiten des Beginns einer – hoffentlich mit Fortsetzungschancen ausgestatteten – Wissenschaftlerinnenkarriere, und gerade in diesem liegt auch der Gewinn für den Leser. Denn die verschiedenen Bausteine, die die Autorin anbietet, machen umso deutlicher, wie groß die Zahl der am Ende zu behandelnden Probleme ist und wie weit noch

der Weg ist, bis das alles zu einem Ganzen gefügt werden kann.

Von den deutschen antifaschistischen Zeitschriften »Internationale Literatur« und »Das Wort« ist im Buch die Rede – von Blättern also, die von 1936 bis 1939 »nebeneinander in Moskau« erschienen, »dem Informationsaustausch, der Solidarisierung und der Kontaktaufnahme von exilierten Autoren in der ganzen Welt« dienten und »ihren Teil dazu bei(trugen), daß die deutsche Literatur trotz Verfolgung und Bücherverbrennung fortleben konnte« (S. 16 f.). Wie wichtig allein dieser letzte Nebensatz! Und welche Aufgabe, den in ihm benannten Zusammenhang immer wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rufen.

Und eine Aufgabe natürlich auch, das bisher an Forschungen bereits Geleistete aufzuheben. Stefanie Wohmann würdigt die sowohl aus der DDR als auch aus der alten BRD stammenden Standardwerke zur Exilliteratur – die Arbeiten von Simone Barck und Klaus Jarmatz zum Exil in der UdSSR und von Klaus Hermsdorf zum Exil in den Niederlanden und in Spanien hie und von Hans-Albert Walter sowie Liselotte Maas da –, hebt spezielle bisherige Leistungen wie die in der DDR erarbeiteten Bibliografien beider Zeitschriften und eine in der alten BRD von Angela Huß-Michel verfasste vergleichende Analyse der in den beiden Blättern veröffentlichten Lyrik hervor und kommt dann aber richtig zu dem Schluß, daß zum Gesamtkomplex von »Internationale Literatur« und »Das Wort« umfassende Untersuchungen noch immer fehlen (S. 19).

Ihre Bausteine auf dem Weg dorthin nun also bestehen aus Kapiteln wie: Die Diskussion um »Reportage oder Gestaltung?« in der »Linkskurve«; Lage der Exilanten in der UdSSR; Die »Internationale Literatur«: Sozialfaschismusthese und Volksfrontgedanke; Vorherrschende Themen und literaturtheoretische Debatten; Der Spanische Bürgerkrieg und seine Bedeutung für die Schriftsteller. Dazu Exkurse: Prosa als die Gattung des Exils; Das Beispiel »Spanienprosa«. Und ihre Bausteine bestehen außerdem in der besonderen Heraushebung des Willi Bredel – eines Mannes, dessen Leistung sie trotz des zeitweilig hohen Bekanntheitsgrades seiner Romane »Die Prüfung«, »Die Väter«, »Die Söhne« und »Die Enkel« für bisher deutlich unterbewertet hält.

Indem sie Bredels Arbeit als Redakteur und Schriftsteller in jenen dramatischen Moskauer Exiljahren mit der Zwischenetappe Spanienkrieg (Bredel war dort 1937 bis 1939) nachzeichnet, bietet sie zugleich einen so noch nie geübten Einblick in die konkrete Redaktionsarbeit: in das komplizierte Geflecht aus Konzeptionsentwicklung, »Absicherung« der politischen Linie, umfangreichem Briefwechsel mit fast allen, die in der deutschen Exilliteratur Rang und Namen hatten, heftigen literaturtheoretischen Debatten und – es muss noch einmal wiederholt werden – dem Kampf ums nackte Überleben.

Im Frühjahr 1939 starb »Das Wort« – und zwar, wie die Autorin unterstreicht, in direktem Zusammenhang mit der von Stalin verfügte Verhaftung – und späteren Ermordung – von Michail Kolzow, Schriftsteller, »Prawda«-Korrespondent im Spanienkrieg und Leiter der Auslandskommission des sowjetischen Schriftstellerverbandes. »»Das Wort« verlor in ihm seinen Protektor und geriet gleichzeitig als Gesamtunternehmen in Verdacht« (S. 131). Die »Internationale Literatur« blieb bestehen. Bredel, im Sommer über Paris aus Spanien zurückgekehrt, wurde nun, nachdem er bereits vor 1936 für sie gearbeitet hatte, erneut deren Redaktion zugeteilt.

Mit einem kurzen Verweis auf Bredels Wirken in der DDR und auf die Vorbildrolle der beiden Zeitschriften für DDR-Publikationen wie »Aufbau« und »Neue deutsche Literatur« endet das Buch. Und mit der Feststellung, daß Forschungen für die Exilzeit 1939 bis 1945 einer weiteren Öffnung der Moskauer Archive bedürfen. Es ist eine solche Fortsetzung der Forschungen nur zu wünschen. Und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. zuzugestehen, daß sie gut daran getan hat, gerade diese Arbeit mit ihrem Förderpreis auszuzeichnen.

WOLFRAM ADOLPHI

NEUERSCHEINUNG

Anita Anand, Arturo Escobar,
Jai Sen, Peter Waterman (Hrsg.)

Eine andere Welt. Das Weltsozialforum

Aus dem Englischen
von Carla Krüger
und Wolfram Adolphi
(Redaktion)

Mit freundlicher Genehmigung
von The Viveka Foundation,
New Delhi, India

Texte 15
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Karl Dietz Verlag Berlin 2004
504 S., 19,90 €

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ
zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen
Termin zum Preis von 57 € incl. Versand
(Inland) bzw. 75 € (Ausland).
 - Ich abonniere UTOPIE kreativ
im Förderabonnement zum Preis von
75 € incl. Versand.
 - Ich bestelle das aktuelle Heft
zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
 - Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
 - Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 123 bis 146 zu je 2,50 €
 - Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 1 bis 122 (soweit vorrätig)
zum Preis von je 1 €
- (bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr,
wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des
Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.
Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen
widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

KURT PÄTZOLD

Paris in the Age of Arch-Enmity

August, 1944, Paris, suffering under German occupation since 1940, was liberated by French resistance fighters and US troops. The author looks back into the history of German-French relations since 1813, when, in the wake of the Napoleonic rule over Germany, Ernst Moritz Arndt claimed that »hatred for the French should last forever«. After repeated invasions of France by German troops, we, now for already six decades, have been living in peace. This is a reason for celebration – but a celebration that cannot be unreserved, after the two countries' participation in the aggression against Yugoslavia in 1999.

RAINER RILLING

Strong Economy and Strong Politics

The author discusses the conditions and prospects of a new and basically ambivalent kind of political rule: the neo-liberal empire. We are witnessing the formation of an imperial neo-liberalism, which is different from the neo-liberalist political order, we have become accustomed to, since the beginning of its political career in the mid-seventies. As a political order, the (US) neo-liberal empire is also very different from the imperial regimes of the early 20th century and must be analyzed as a political phenomenon in its own right.

KLAUS-RAINER RUPP

The TAMARA Project

The author describes his vision of an alternative to the TINA (There Is No Alternative) scheme of the neo-liberal »crusaders«: TAMARA (There Are Many And Real Alternatives). He pleads for a better connection between protest and real alternatives and discusses how the alternatives can be made understandable and attractive. He develops a »cone model« with four levels: (from top to bottom) eye-catching, informative, educational, and discursive. He outlines a »TAMARA town's« many interactive »cones« of alternatives.

HILARY WAINWRIGHT

The Forum As Jazz

The author, editor of »Red Pepper«, a British leftwing magazine, discusses her impressions of the World Social Forum in Porto Alegre in 2001, 2002, and 2003 and the problems the traditional political parties have in accepting the role of the new social movements. Her essay is included in the book »World Social Forum: Challenging Empires«, published by Viveka Foundation, New Delhi in 2004, and recently translated by the Rosa Luxemburg Foundation. The German edition is entitled »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum«.

MICHAEL LÖWY

A New International?

This essay is likewise taken from the recently translated book »World Social Forum: Challenging Empires«. The author dis-cusses the history of the International Workers' Association – the International – since its foundation in 1864 and asks whether this worldwide network of social movements could already be seen as a sort of Fifth International. His answer is »No« – because of the lack of a network of political organizations (parties, fronts, movements)

capable of proposing an alternative project, that transcends the borders set by capitalism: the perspective of a society without oppressors and oppressed.

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS The World Social Forum: Toward a Counter-Hegemonic Globalisation

This is another essay published in the recently translated book »World Social Forum: Challenging Empires«. The author dis-cusses the Forum as a new social and political phenomenon. It is not a scientific conference – although scientists participate; it is not an International of parties – although party members are active; it is neither an NGO nor a con-federation of NGO's – although NGO's contribute a great deal to its development; and it is not a social movement – although it sees itself as a movement of the movements. But what is it, the final analysis? The author describes it as a critical utopia, as epistemology of the south and as political emergence.

ARTURO ESCOBAR Other Worlds Are (Already) Possible: Self-Organisa- tion, Complexity, and Post Capitalist Cultures

This fourth essay of the recently translated book »World Social Forum: Challenging Empires« focuses on the question of whether the framework, in which our thinking takes place, is wide enough to understand what is happening in today's society. The author draws our attention to such scientific categories as self-organization, non-linearity, and non-hierarchy to understand the complexity of processes not only in nature but also in society. He argues that the network of global movements, as well as cyberspace, could be described by these and other categories of the theory of complexity.

JENS LANGER Europe in Transylvania. Eginald Schlattner, a Poet in Europe

The author makes a portrait of the poet Eginald Schlattner, an ethnic German of Siebenbürgen (Transylvania) in Romania and simultaneously gives an impression of the current situation of the various groups in the area. He discusses the history – beginning in the 11th century – of the ethnic Germans in this region, recalls the fate of Schlattner, as a prisoner in socialist Romania, describes his current activities and explains, what he calls, the age-old pluralism in the vil-lages where Romanians, Hungarians, Germans and Sinti and Roma have lived together for ages and are now having to confront new European developments.

GÜNTER WIRTH »The Way to Death of the Armenian People««

The author looks back to the years 1895/1896 and 1914/1915 when Arme-nians were the victims of genocide in Turkey. He discusses how the massacres were reflected in the German press at the time, especially in the weekly »Christliche Welt«. He draws a line leading to modern descriptions of those events and discusses the role of Johannes Lepsius who, at the time, was en-gaged in calling German attention to Armenia. He also discusses the broad acceptance Lepsius later enjoyed in the GDR.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.),

ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,

MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €